

Eine Übersicht

DAS AMERIKANISCHE REGIERUNGSSYSTEM



Eine Übersicht

DAS AMERIKANISCHE REGIERUNGSSYSTEM

**Office of International Information Programs
UNITED STATES DEPARTMENT OF STATE**

Eine Übersicht

DAS AMERIKANISCHE REGIERUNGSSYSTEM

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1	
Die Verfassung: Ein zeitloses Dokument	4
Kapitel 2	
Eine Erklärung der Verfassung: <i>Die Federalist Papers</i>	32
Kapitel 3	
Die Exekutive: Die Befugnisse des Präsidenten.	40
Kapitel 4	
Die Legislative: Die Kompetenzen des Kongresses.	68
Kapitel 5	
Die Judikative: Auslegung der Verfassung.	82
Kapitel 6	
Bahnbrechende Urteile des <i>Supreme Court</i>	90
Kapitel 7	
Ein Land zahlreicher Regierungen.	100
Kapitel 8	
Regierung des Volkes: Die Rolle des Bürgers.	108
Literaturhinweise	124

Bilder mit freundlicher Genehmigung von: (von links nach rechts durch Semikolon , von oben nach unten durch Gedankenstriche getrennt)

Einband: © Brian Lawrence/Pictor. 4–5: © Bettmann/CORBIS. 6, 11, 13, 14: North Wind Picture Archives. 16: File Photo. 26: AP/Wide World Photos 32–33, 35: North Wind Picture Archives. 40–41: © Robert Trippett/Sipa Press. 45: © Martin Simon/SABA. 46: AP/Wide World Photos 47: © Mark Reinstein /IPOL – Mare Anne Fackelman/The White House. 52: US-Landwirtschaftsministerium. 53, 54: AP/Wide World Photos 59: © Matthew McVay/SABA. 60: © Nina Bermann/Sipa Press. 62–63: AP/Wide World Photos (3). 65: © Kim Kulish/SABA – AP/Wide World Photos. 68–69: © James Colburn/IPOL. 71: © Christy Bowe/IPOL. 74: AP/Wide World Photos. 82–83: © Robert Trippett/Sipa Press. 86–87, 88: AP/Wide World Photos. 90–91: Lisa Biganzoli, National Geographic Society. 93, 94: North Wind Picture Archives. 95, 96: © Bettmann/CORBIS. 97: File Photo. 98: AP/Wide World Photos. 100–101: © Robert Daemmrich/Tony Stone Images. 103: AP/Wide World Photos. 105: © Cathlyn Melloan/Tony Stone Images. 106: © George Bellerose/Stock Boston, Inc. 107: AP/Wide World Photos. 108–109: © David Butow/SABA. 111: Hulton Getty Picture Library/Liaison Agency. 114: North Wind Picture Archives. 117: © Greg Smith/SABA. 118: © 1991–1999 The EnviroLink Network – mit freundlicher Genehmigung von libertynet.org. 120: Archive Photos.

Redaktion: Rosalie Targonski

Design: Chloe D. Ellis

Fotoredaktion: Maggie Johnson Sliker

Redakteure: Kathleen E. Hug

Carol Norton

Übersetzung: Amerika Dienst

Erstausgabe von Richard C. Schroeder. Überarbeitet und ergänzt 1989 von Nathan Glick, dem Autor von Kapitel 2: Eine Erklärung der Verfassung: *Die Federalist Papers*. Überarbeitet und ergänzt im Jahr 2000 von Rosalie Targonski, der Autorin von Kapitel 6: Bahnbrechende Urteile des Supreme Court. Kapitel 8: Regierung des Volkes: Die Rolle des Bürgers, wurde für diese Ausgabe von Robert L. Taylor verfasst.



In diesem Gemälde mit dem Titel *The Foundation of American Government* beugt sich George Washington über seinen Schreibtisch und sieht einem Delegierten zu, wie er die amerikanische Verfassung unterzeichnet. Weitere Delegierte der verfassungsgebenden Versammlung sind ebenfalls anwesend.

KAPITEL

1

DIE VERFASSUNG:

EIN ZEITLOSES DOKUMENT

*„Eine Verfassung, die lange
Zeit überdauern soll und
folglich an verschiedene
menschliche Krisen
angepasst werden muss,
muss entsprechende
Vorkehrungen enthalten.“*

*— John Marshall,
Präsident des Obersten
Gerichtshofs, *McCulloch ./.
Maryland* (1819)*



Ein Stich aus dem 18. Jahrhundert zeigt Bürger von Philadelphia vor der *Independence Hall*, wo die Verfassung 1787 ausgearbeitet wurde.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten ist das zentrale Instrument der amerikanischen Regierung und das oberste Gesetz des Landes. Seit 200 Jahren lenkt sie die Entwicklung der Regierungsinstitutionen und dient als Grundlage für politische Stabilität, individuelle Freiheit, wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt.

Die amerikanische Verfassung ist die älteste noch gültige schriftliche Verfassung der Welt. Sie diente weltweit als Vorbild für eine Reihe weiterer Verfassungen. Ihre Beständigkeit verdankt die Verfassung ihrer Einfachheit und Flexibilität. Ursprünglich wurde sie Ende des 18. Jahrhun-

derts als Rahmen für das Regieren von mehr als vier Millionen Menschen in 13 sehr unterschiedlichen Staaten an der amerikanischen Atlantikküste geschaffen. Ihre grundlegenden Bestimmungen wurden so sorgfältig ausgearbeitet, dass sie mit nur 27 Zusatzartikeln heute den Bedürfnissen von mehr als 260 Millionen Amerikanern in 50 noch vielfältigeren Staaten entspricht, die sich vom Atlantischen Ozean bis zum Pazifik erstrecken.

Der Weg zur Verfassung war weder geradlinig noch einfach. Nach intensiven Debatten und sechs Jahren Erfahrung mit einer früheren födera-

len Union entstand 1787 ein Entwurf. Die 13 britischen Kolonien in Amerika erklärten 1776 ihre Unabhängigkeit vom Mutterland. Ein Jahr zuvor war zwischen den Kolonien und Großbritannien Krieg ausgebrochen, ein Unabhängigkeitskrieg, der sechs bittere Jahre andauerte. Noch während des Krieges entwarfen die Kolonien – die sich nun die Vereinigten Staaten von Amerika nannten – einen Vertrag, der sie als Nation miteinander verband. Der als die „Artikel der Konföderation und ewigen Union“ (*Articles of Confederation and Perpetual Union*) bezeichnete Vertrag wurde 1777 von einem Kongress der Staaten verabschiedet und formell im Juli 1778 unterzeichnet. Die Vereinbarung wurde mit Ratifizierung durch den 13. Staat, Maryland, im März 1781 verbindlich.

Die „Artikel der Konföderation“ sahen einen losen Zusammenschluss der Staaten sowie eine Bundesregierung mit sehr eingeschränkten Machtbefugnissen vor. In wichtigen Angelegenheiten wie Verteidigung, öffentliche Finanzen und Handel hing die Bundesregierung vom guten Willen der Legislative der Bundesstaaten ab. Dieses System förderte nicht gerade Stabilität oder Stärke. Innerhalb kürzester Zeit wurde allen die Schwäche der Konföderation bewusst. Politisch und wirtschaftlich befand sich die junge Nation am Rande des Chaos. Mit den Worten George Washingtons, der 1789 zum ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden sollte, wurden die 13 Staaten lediglich durch ein „imaginäres Band“ zusammengehalten.

Unter diesen unheilvollen Umständen entstand die Verfassung der Vereinigten Staaten. Im Februar 1787 richtete der Kontinentalkongress (*Continental Congress*), die gesetzgebende Körperschaft der Republik, einen Aufruf an die Staaten, Delegierte nach Philadelphia (Pennsylvania) zu entsenden, um die Artikel zu überarbeiten. Die verfassungsgeschichtliche Versammlung (*Constitutional Convention*) wurde am 25. Mai 1787 in der Halle der Unabhängigkeit (*Independence Hall*) einberufen, in der elf Jahre zuvor am 4. Juli 1776 die Unabhängigkeitserklärung angenommen wurde. Obwohl die Delegierten lediglich autorisiert waren, die Artikel der Konföderation zu ändern, übergaben sie die Artikel und begannen mit der Erstellung einer Charta für eine völlig neue, zentralisiertere Regierungsform. Das neue Dokument, die Verfassung, wurde am 17. September 1787 vollendet und offiziell am 4. März 1789 verabschiedet.

Die 55 Delegierten, die die Verfassung entwarfen, setzten sich aus den herausragendsten Führungspersönlichkeiten, den Gründervätern der neuen Nation, zusammen. Sie vertraten eine Vielzahl von Interessen, waren Menschen verschiedenster Herkunft und gesellschaftlicher Schichten. Alle waren sich jedoch über die zentralen, in der Präambel der Verfassung genannten Ziele einig: „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, von der Absicht geleitet, unseren Bund zu vervollkommen, die Gerechtigkeit zu verwirklichen, die Ruhe im Innern zu sichern, für die Landesverteidigung zu sorgen, das allgemeine Wohl zu fördern und das Glück der Freiheit

uns selbst und unseren Nachkommen zu bewahren, setzen und begründen diese Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika.“

EINHEIT TROTZ VIELFALT

Das Hauptziel der Verfassung war die Schaffung einer starken, gewählten Regierung, die direkt dem Willen des Volkes untersteht. Das Konzept der Selbstverwaltung wurde nicht von Amerikanern entwickelt. Tatsächlich bestand zu der Zeit in England bereits ein gewisses Maß an Selbstverwaltung. Aber der Grad, zu dem die Verfassung die Vereinigten Staaten an die Macht durch das Volk band, war einzigartig, sogar revolutionär im Vergleich zu anderen Regierungssystemen auf der Welt. Zum Zeitpunkt der Annahme der Verfassung verfügten die Amerikaner bereits über beträchtliche Erfahrungen in der Kunst der Selbstverwaltung. Lange vor der Erklärung der Unabhängigkeit waren die Kolonien funktionierende Regierungseinheiten, die vom Volk gelenkt wurden. Nach Beginn des Unabhängigkeitskrieges – zwischen dem 1. Januar 1776 und dem 20. April 1777 – verabschiedeten 10 der 13 Staaten ihre eigenen Verfassungen. Die meisten Staaten verfügten über einen von der Legislative der Bundesstaaten gewählten Gouverneur. Die gesetzgebende Körperschaft selbst wurde vom Volk gewählt.

Die Artikel der Konföderation hatten versucht, diese selbstverwalteten Staaten zu einen. Die Verfassung hingegen begründete eine starke zentrale bzw. föderale Regierung mit weit reichenden Machtbefugnissen

zur Steuerung der Beziehungen zwischen den Staaten und der alleinigen Verantwortung in Bereichen wie auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung.

Vielen Menschen fiel es schwer, die Zentralisierung zu akzeptieren. Amerika wurde überwiegend von Europäern besiedelt, die ihre Heimat verlassen hatten, um religiöser oder politischer Unterdrückung sowie den starren wirtschaftlichen Strukturen der Alten Welt zu entgehen, die die Menschen unabhängig von ihren Fähigkeiten oder ihrer Tatkraft in bestimmte gesellschaftliche Stellungen zwängten. Diese Siedler schätzten die persönliche Freiheit sehr und ihnen war jede Macht suspekt – besonders die Macht von Regierungen – die individuelle Freiheiten beschränken könnte.

Die Vielfalt der neuen Nation war für die Einheit ebenfalls ein gewaltiges Hindernis. Die Menschen, denen von der Verfassung im 18. Jahrhundert das Recht verliehen wurde, ihre zentrale Regierung zu wählen und zu kontrollieren, waren unterschiedlicher Herkunft, gehörten verschiedenen Glaubensrichtungen an und hatten unterschiedliche Interessen. Viele stammten aus England, aber auch Schweden, Norwegen, Frankreich, Holland, Preußen, Polen und viele andere Länder entsandten Einwanderer in die Neue Welt. Es gab unterschiedliche Glaubensrichtungen, die meist vehement vertreten wurden. Es gab Anglikaner, Katholiken, Calvinisten, Hugenotten, Lutheraner, Quäker, Juden. Die wirtschaftliche und soziale Bandbreite reichte vom Landadel bis

hin zu afrikanischen Sklaven und zur Arbeit verpflichteten Bediensteten, die Schulden abarbeiten mussten. Aber das Rückgrat der Nation war die Mittelschicht – Landwirte, Geschäftsleute, Handwerker, Seeleute, Schiffszimmermänner, Weber, Tischler und viele andere.

Amerikaner hatten damals wie heute sehr unterschiedliche Ansichten zu fast allen Themen, einschließlich der Ablösung von der britischen Krone. Während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges floh eine große Zahl britischer Loyalisten – bekannt als Tories – aus dem Land und siedelte sich überwiegend im östlichen Teil Kanadas an. Diejenigen, die blieben, bildeten ein beträchtliches Gegengewicht, obwohl sie untereinander über die Gründe für den Widerstand gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen und die Art der Übereinkunft mit der neuen amerikanischen Republik uneins waren.

In den vergangenen zwei Jahrhunderten nahm die ethnische Vielfalt des amerikanischen Volkes zu. Dennoch wurde die für die Nation so wichtige Einheit gestärkt. Im Verlaufe des 19. und bis hinein in das 20. Jahrhundert brachte ein endloser Strom von Einwanderern seine Fähigkeiten und sein jeweiliges kulturelles Erbe mit in die wachsende Nation ein. Pioniere überquerten die Appalachen im Osten, siedelten im Mississippi-Tal und in den Great Plains im Zentrum des Kontinents, dann überquerten sie die Rocky Mountains und erreichten die Küste des Pazifischen Ozeans – 4.500 Kilometer westlich der ersten Kolonien an der Atlantikküste. Mit der Ausbreitung der Nation erkannten alle Siedler

den großen Schatz an natürlichen Ressourcen: ein großer Nutzholzbestand, enorme Kohle-, Kupfer-, Eisen- und Ölvorkommen, reichlich Wasserkraft und fruchtbare Böden.

Aus dem Reichtum der neuen Generation erwuchs ihre eigene Form der Vielfalt. Es entstanden spezielle regionale und wirtschaftliche Interessengruppen. Schiffseigentümer von der Ostküste unterstützten den freien Handel. Hersteller aus dem mittleren Westen befürworteten Importzölle zum Schutz ihrer Position auf dem wachsenden US-Markt. Landwirte forderten niedrige Frachtkosten und hohe Güterpreise, Müller und Bäcker waren für niedrige Getreidepreise und Eisenbahnbetreiber sprachen sich für die höchsten möglichen Frachtkosten aus. Banker in New York, Baumwollbauern aus den Südstaaten, texanische Rinderzüchter und Holzfäller aus Oregon hatten alle unterschiedliche Ansichten über die Wirtschaft und die Rolle der Regierung bei ihrer Steuerung.

Die Aufgabe der Verfassung und der durch sie geschaffenen Regierung war es, permanent diese gegensätzlichen Interessen zusammenzubringen, eine gemeinsame Basis zu schaffen und gleichzeitig die Grundrechte aller Menschen zu wahren.

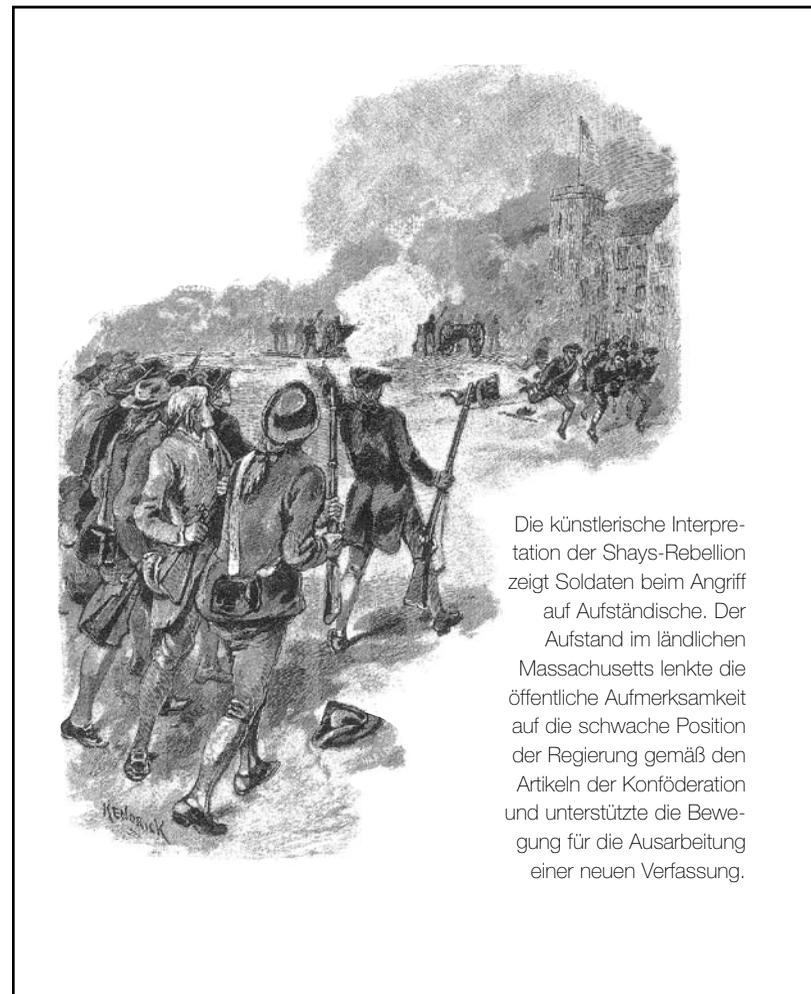
Verglichen mit der Komplexität zeitgenössischer Regierungssysteme erscheinen die Probleme bei der Regierungsgewalt über 4 Millionen Menschen unter wesentlich weniger entwickelten wirtschaftlichen Bedingungen in der Tat klein. Die Väter der Verfassung dachten aber nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die Zukunft der Nation. Sie waren

sich der Notwendigkeit bewusst, eine Regierungsstruktur zu schaffen, die nicht nur zu ihren Lebzeiten, sondern auch für kommende Generationen funktionieren würde. Daher wurde eine Bestimmung in die Verfassung aufgenommen, die Änderungen der Urkunde ermöglicht, wenn es die sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Bedingungen erfordern. Seit der Ratifizierung wurden 27 Zusatzartikel verabschiedet, und die Flexibilität der Verfassung hat sich als eine ihrer größten Stärken herausgestellt. Ohne diese Flexibilität wäre es undenkbar, dass ein Dokument, das vor mehr als 200 Jahren entworfen wurde, noch immer wirkungsvoll den Bedürfnissen von 260 Millionen Menschen und tausenden von Regierungseinheiten auf allen Ebenen der Vereinigten Staaten von heute gerecht wird. Auch hätte es nicht mit gleicher Kraft und Präzision auf die Probleme kleiner Dörfer und großer Städte angewandt werden können.

Die Verfassung und die Bundesregierung stehen an der Spitze der Regierungspyramide, die kommunale und bundesstaatliche Zuständigkeiten einschließt. Im US-System verfügt jede Regierungsebene über ein hohes Maß an Autonomie, mit speziell ihr vorbehaltenen Zuständigkeiten. Kompetenzstreitigkeiten werden durch Gerichte geklärt. Dennoch gibt es Fragen, die sich auf die nationalen Interessen auswirken und die der zeitgleichen Zusammenarbeit aller Ebenen der Regierung bedürfen. Auch dafür gibt es Regelungen in der Verfassung. Öffentliche Schulen in den Vereinigten Staaten werden beispielsweise überwiegend durch Kommunalbehör-

den verwaltet, die sich an die bundesstaatlichen Richtlinien halten. Aber die Bundesregierung unterstützt auch Schulen, da Alphabetisierung und Bildung Angelegenheiten von großem nationalen Interesse sind. Sie setzt darüber hinaus einheitliche Standards durch, um die Chancengleichheit in der Bildung zu fördern. Auf anderen Gebieten, wie Wohnungsbau, Gesundheit und Sozialhilfe gibt es eine ähnliche Partnerschaft zwischen den verschiedenen Ebenen der Regierung.

Kein Produkt einer menschlichen Gesellschaft ist perfekt. Trotz der Änderungen enthält die Verfassung der Vereinigten Staaten wahrscheinlich noch immer Schwachstellen, die erst im Verlauf zukünftiger schwieriger Phasen sichtbar werden. Aber zwei Jahrhunderte des Wachstums und unvergleichlichen Wohlstands haben die Weitsicht der 55 Männer bewiesen, die im Sommer des Jahres 1787 den Grundstein für das amerikanische Regierungssystem gelegt haben. Archibald Cox, ehemaliger Stellvertretender Justizminister der Vereinigten Staaten, drückte es einmal folgendermaßen aus: „Die ursprüngliche Verfassung erweist uns trotz der erheblichen Veränderungen noch immer in jedem Bereich amerikanischen Lebens gute Dienste, weil die Verfassungsväter klug genug waren, ausreichend viel zu sagen, aber nicht zu viel.... Mit dem Erfolg des in der verfassungsgebenden Versammlung vorgestellten Plans, und mit der Ausdehnung des Landes und der Erhöhung des Wohlstands in materieller Hinsicht als auch bei der Verwirklichung der Ideale, gewann die Verfassung weitaus mehr an Erhabenheit



Die künstlerische Interpretation der Shays-Rebellion zeigt Soldaten beim Angriff auf Aufständische. Der Aufstand im ländlichen Massachusetts lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die schwache Position der Regierung gemäß den Artikeln der Konföderation und unterstützte die Bewegung für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

und Autorität als irgendeine andere Person oder ein anderes Gremium.“

DER ENTWURF DER VERFASSUNG

Die Zeit zwischen der Annahme der Artikel der Konföderation 1781 und dem Entwurf der Verfassung 1787 war gekennzeichnet von Schwäche, Meinungsverschiedenheiten und Aufruhr. Die Artikel der Konföderation enthielten keine Bestimmungen über die Exekutive zur Durchsetzung von Gesetzen oder für ein landesweites Gerichtssystem zu ihrer Auslegung. Der Kongress als Legislative war das einzige Organ der nationalen Regierung, er verfügte aber nicht über ausreichend Macht, um irgendetwas gegen den Willen der Bundesstaaten durchzusetzen. Er konnte – theoretisch – Krieg erklären und eine Armee aufbauen, aber er konnte keinen Bundesstaat zwingen, die zugewiesenen Truppenstärken bereitzustellen oder die notwendigen Waffen und die erforderliche Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Er war hinsichtlich seiner Aktivitäten auf finanzielle Mittel der Einzelstaaten angewiesen, verfügte jedoch nicht über die Mittel, einen Staat für fehlende Beiträge zum Bundeshaushalt zu bestrafen. Die Kontrolle der Besteuerung und Zölle war den Staaten überlassen, und jeder Staat konnte seine eigene Währung einführen. Bei Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten – und es gab viele ungeklärte Streitigkeiten über Staatsgrenzen – spielte der Kongress die Rolle eines Vermittlers und Richters, konnte aber keinen Staat zwingen, seine Entscheidung zu akzeptieren.

Das Ergebnis war Chaos. Ohne die Macht, Steuern zu erheben, ver-

schuldete sich die Bundesregierung. Sieben der 13 Staaten druckten große Mengen Papiergeldes – mit hohem Nominalwert, aber niedriger Kaufkraft – um Veteranen des Unabhängigkeitskrieges und eine Reihe Gläubiger bezahlen zu können sowie Schulden zwischen Kleinbauern und großen Plantagenbesitzern zu begleichen.

Im Gegensatz dazu wurden durch die Legislative in Massachusetts eine streng begrenzte Währung und hohe Steuern eingeführt. Dies führte zur Bildung einer kleinen Bauernarmee, angeführt von Daniel Shays, einem ehemaligen Hauptmann des Heeres im Unabhängigkeitskrieg. Mit dem Versuch, das Kapitol von Massachusetts zu übernehmen, forderten Shays und andere die Beendigung der Zwangsvollstreckungen und ungerechten Hypotheken. Zur Unterdrückung des Aufstands wurden Truppen entsandt, aber die Bundesregierung nahm den Vorfall zur Kenntnis.

Das Fehlen einer einheitlichen, stabilen Währung behinderte den Handel zwischen den Bundesstaaten und mit anderen Ländern. Es war nicht nur der Wert der Papierwährung, der von Staat zu Staat variierte. Einige Staaten (wie New York und Virginia) erhoben sogar Zölle auf Produkte, die aus anderen Bundesstaaten in ihre Häfen kamen und provozierten dadurch Vergeltungsmaßnahmen. Die Staaten konnten, wie der oberste Finanzinspektor auf Bundesebene anführen, dass „unser öffentliches Ansehen verspielt ist“. Diese Probleme wurden noch dadurch verschärft, dass sich die neuen unabhängigen Staa-

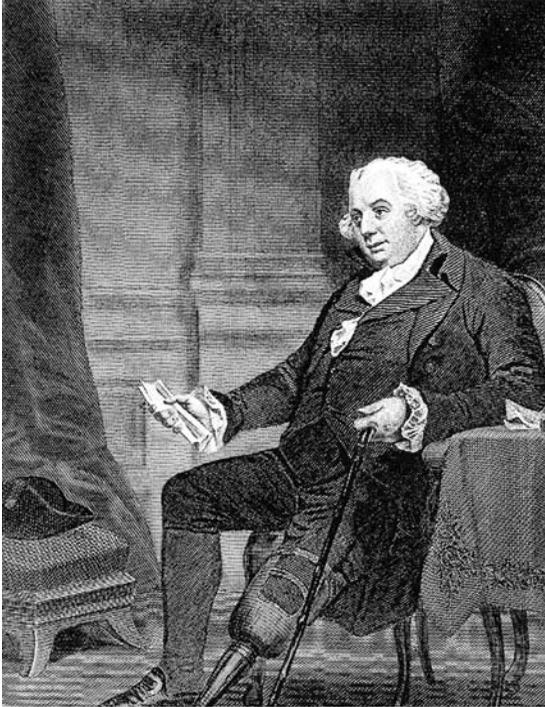


In dieser auf einem Bild des amerikanischen Malers Henry Bacon dargestellten Szene diskutiert Benjamin Franklin (sitzend, in Richtung des Betrachters blickend) im Garten seines Hauses in Philadelphia mit Alexander Hamilton und anderen die Ausarbeitung der amerikanischen Verfassung.

ten gewaltsam von England getrennt hatten und somit in britischen Häfen nicht mehr bevorzugt behandelt wurden. Als US-Botschafter John Adams 1785 versuchte, einen Wirtschaftsvertrag auszuhandeln, lehnten die Briten mit der Begründung ab, dass die einzelnen Bundesstaaten nicht daran gebunden wären.

Eine schwache Zentralregierung, ohne Macht, ihre Politik mit militärischer Stärke zu untermauern, war in der Außenpolitik ebenfalls unweigerlich eingeschränkt. Die Briten lehnten es ab, ihre Truppen aus den Forts und Handelsposten im Northwest Territorium der jungen Nation abzuziehen,

wie sie es im Friedensvertrag von 1783 zugesagt hatten, der das Ende des Unabhängigkeitskrieges markierte. Verschlimmert wurde die Lage noch durch britische Offiziere an den nördlichen Grenzen und spanische Offiziere im Süden, die Waffen an die verschiedenen indianischen Stämme lieferten und sie zu Angriffen auf amerikanische Siedler ermutigten. Die Spanier, die Florida und Louisiana kontrollierten sowie das Territorium westlich des Mississippi River, verweigerten westlichen Bauern die Benutzung des Hafens von New Orleans, um ihre Erzeugnisse zu verschiffen.



Gouverneur Morris aus Pennsylvania war Vorsitzender des Ausschusses, der die endgültige Version der Verfassung erarbeitete.

Obwohl es in einigen Gebieten Anzeichen für einen wieder wachsenden Wohlstand der jungen Nation gab, nahmen die nationalen und internationalen Probleme zu. Es wurde immer deutlicher, dass die Zentralregierung der Konföderation nicht stark genug war, um ein solides Finanzsystem aufzubauen, den Handel zu regulieren, Verträge durchzusetzen oder, falls nötig, militärische Stärke gegen ausländische Widersacher einzusetzen. Interne Brüche zwischen Bauern und Händlern, Schuldnern

und Gläubigern sowie zwischen den Bundesstaaten wurden ernster. George Washington warnte angesichts des noch sehr präsenten Shay-Aufstands verzweifelter Bauern von 1786: „In jedem Staat existiert ein Pulverfass, das durch nur einen Funken in Brand geraten könnte.“

Das Gefühl einer möglichen Katastrophe und das Bedürfnis nach weitreichenden Veränderungen durchdrang die verfassungsgebende Versammlung, die ihre Beratungen am 25. Mai 1787 aufnahm. Alle Delegierten waren davon überzeugt, dass eine effektive Zentralregierung mit breit angelegten durchsetzbaren Befugnissen den machtlosen durch die

Artikel der Konföderation geschaffenen Kongress ersetzen müsse. Gleich zu Beginn des Verfahrens einigten sich die Delegierten, dass sich die neue Regierung aus drei getrennten Gewalten – der Legislative, der Judikative und der Exekutive – zusammensetzen sollte. Jede sollte über spezielle Befugnisse verfügen, um die der beiden anderen auszugleichen. Es herrschte ebenfalls Einigkeit darüber, dass die Legislative – wie das britische Parlament – aus zwei Kammern bestehen sollte.

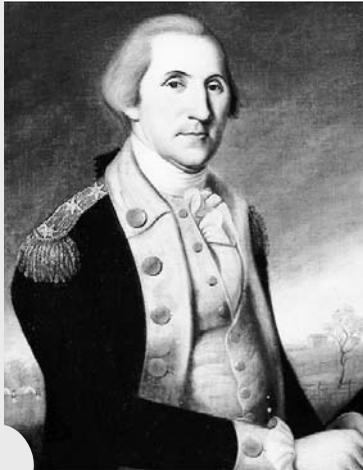
Darüber hinaus gab es jedoch erhebliche Meinungsunterschiede, die zeitweise drohten, die Versammlung scheitern zu lassen und das Verfahren noch vor Erstellung eines Verfassungsentwurfs plötzlich zu beenden. Die größeren Staaten argumentierten zugunsten des Verhältniswahlsystems in der Legislative – jeder Staat sollte über ein Stimmrecht gemäß seiner Bevölkerungszahl verfügen. Die kleineren Staaten befürchteten die Dominanz der größeren und bestanden auf einer gleichen Stimmverteilung für alle Staaten. Das Problem wurde im „Großen Kompromiss“ beigelegt, einer Maßnahme, gemäß derer in der einen Kammer des Kongresses gleiche Stimmverteilung für alle Staaten und in der anderen Kammer das Verhältniswahlrecht galt. Im Senat sollte jeder Staat über zwei Sitze verfügen. Im Repräsentantenhaus sollte die Zahl der Sitze von der Bevölkerungszahl abhängen. Da das Repräsentantenhaus als empfänglicher für die Stimmung der Bevölkerungsmehrheit angesehen wurde, verlieh man dem Repräsentantenhaus die Befugnis, alle Gesetze in Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt und den Einnahmen einzubringen.

Der „Große Kompromiss“ beendete die Kluft zwischen den großen und den kleinen Staaten, aber während des langen Sommers arbeiteten die Delegierten noch eine Vielzahl anderer Kompromisse aus. Einige Delegierte, die sich vor einer zu umfangreichen Übertragung der Befugnisse auf die Bevölkerung fürchteten, sprachen sich für die indirekte Wahl aller Bundesbediensteten

aus; andere befürworteten eine Wählerbasis, die so breit wie möglich sein sollte. Einige wollten die westlichen Gebiete von einer eventuellen Souveränität ausschließen; andere sahen die zukünftige Stärke der Nation in den unberührten Gebieten hinter den Appalachen. Es mussten Partikularinteressen ausgeglichen werden und unterschiedliche Ansichten hinsichtlich der Bedingungen, Befugnisse und Auswahlmethode des Präsidenten und widerstreitender Ideen über die Rolle der Judikative miteinander verbunden werden.

Die fachliche Kompetenz der Delegierten bei der Versammlung vereinfachte die Einigung auf Kompromisse. Nur einige der großen Führungspersonlichkeiten des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges waren nicht anwesend: Thomas Jefferson und John Adams – beides zukünftige Präsidenten – dienten als amerikanische Gesandte in Frankreich und England. John Jay war als Außenminister der Konföderation tätig. Eine Hand voll weiterer Personen, darunter Samuel Adams und Patrick Henry, nahmen nicht teil, da sie der Überzeugung waren, die damalige Regierungsstruktur sei solide. Von den Anwesenden war der Vorsitzende der Versammlung, George Washington, der Befehlshaber der amerikanischen Truppen und Held des Unabhängigkeitskrieges, bei weitem der bekannteste. Benjamin Franklin, der weise, reife Wissenschaftler, Gelehrte und Diplomat, nahm ebenfalls teil. Darüber hinaus waren herausragende Männer wie James Madison aus Virginia, Gouverneur Morris aus Pennsylvania

Fortsetzung auf Seite 17



George Washington, Oberbefehlshaber der Kontinentalarmee (*Continental Army*)

Als die Zahl der in Philadelphia eingetroffenen Delegierten für die Beschlussfähigkeit der verfassunggebenden Versammlung ausreichte, wurde George Washington einstimmig zu ihrem Präsidenten gewählt. Er nahm die Auszeichnung nur zögernd an, da er seiner Meinung nach nicht über die erforderlichen Qualifikationen verfügte. Seine Begrüßungsworte sprachen den Stolz und Idealismus der Mitglieder an: „Lassen Sie uns Maßstäbe aufstellen, die weisen und ehrlichen Menschen zur Ehre gereichen.“

Als Vorsitzender war Washington bestimmt und höflich, wenn auch teilnahmslos. Er beteiligte sich erst am letzten Tag der Versammlung an Diskussionen. Er war sowohl physisch als auch moralisch eine so beeindruckende Per-

sönlichkeit, dass ein Delegierter bemerkte, Washington sei der „einzige Mann, in dessen Gegenwart ich Ehrfurcht empfinde“.

Washingtons Befürwortung einer starken Union war durch seine Erfahrung als Oberbefehlshaber der Kontinentalarmee (*Continental Army*) während des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs begründet. Er erinnerte sich an seinen Versuch, die Truppen von New Jersey zum Treueschwur auf die Vereinigten Staaten zu bewegen. Sie weigerten sich und erklärten: „New Jersey ist unser Land!“ Während einer Pause der Versammlung kehrte Washington auf ein nahe gelegenes Schlachtfeld im Unabhängigkeitskrieg in Valley Forge (Pennsylvania) zurück, wo er und seine Truppen einen schweren Winter verbracht hatten, da sich die Einzelstaaten nur zögerlich der gemeinsamen Sache anschlossen.

Als die Versammlung endete und das Ratifizierungsverfahren begann, gab Washington sein Schweigen auf und setzte sich nachdrücklich für die Verfassung ein, wodurch er einige Gegner in seinem Geburtsstaat Virginia zur Änderung ihrer Haltung bewegte. Er erkannte die Weisheit der Kritiker, die den Wählern die *Bill of Rights* (den Grundrechtskatalog, der später zu den ersten zehn Zusatzartikeln werden sollte), unterbreiteten. Gleichzeitig würdigte er James Madison und Alexander Hamilton für ihre Unterstützung der Verfassung in den *Federalist Papers*, als er schrieb, dass sie „ein neues Licht auf die Wissenschaft des Regierens geworfen haben; sie haben die Rechte des Menschen vollständig und fair erörtert und sie auf eine so deutliche und überzeugende Weise erklärt, die nicht umhin kann, einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen“.

und Alexander Hamilton, der brillante junge Anwalt aus New York anwesend.

Sogar die jüngsten unter den Delegierten, die sich noch in den Zwanzigern oder Dreißigern befanden, zeigten bereits ihre politischen und intellektuellen Fähigkeiten. Wie Thomas Jefferson in Paris an John Adams in London schrieb: „Es ist wahrhaftig eine Versammlung der Halbgötter.“

Einige der in der Verfassung verankerten Ideen waren neu, aber viele stammten aus der britischen Regierungstradition und aus der praktischen Erfahrung der Selbstverwaltung der 13 Staaten. Die Unabhängigkeitserklärung war eine wichtige Leitlinie bei der Konzentration der Delegierten auf die Ideen der Selbstverwaltung und den Schutz der grundlegenden Menschenrechte. Die Schriften europäischer Philosophen, wie Montesquieu und John Locke, beeinflussten die Delegierten ebenfalls.

Ende Juli ernannte die Versammlung einen Ausschuss, der auf Basis der erzielten Übereinkünfte ein Dokument ausarbeiten sollte. Nach einem weiteren Monat der Diskussionen und Feinarbeit brachte ein zweiter Ausschuss, der von Gouverneur Morris geleitet wurde, die endgültige Version hervor, die am 17. September zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Nicht alle Delegierten waren mit dem Ergebnis zufrieden. Einige verließen die Feierlichkeiten und drei der verbliebenen verweigerten die Unterschrift: Edmund Randolph und George Mason aus Virginia sowie Elbridge Gerry aus Massachusetts. Von den 39 Unterzeichnern war wahrscheinlich keiner vollkommen zufried-

den. Ihre Ansichten wurden von Benjamin Franklin geschickt mit den Worten zusammengefasst: „Es gibt mehrere Bereiche in der Verfassung, denen ich zurzeit nicht zustimmen kann, aber das heißt nicht, dass ich ihnen niemals zustimmen werde.“ Er akzeptiere die Verfassung jedoch, „weil ich nichts Besseres erwarte und weil ich nicht ausschließen kann, dass das bereits das Beste ist“.

RATIFIZIERUNG: EIN NEUANFANG

Der Weg war nun frei für den mühsamen Ratifizierungsprozess, also die Annahme der Verfassung durch wenigstens neun Staaten. Delaware war der erste Staat, der handelte, gefolgt von New Jersey und Georgia. Die Zustimmung in Pennsylvania und Connecticut wurde mit einer komfortablen Mehrheit erteilt. In Massachusetts brach eine erbitterte Debatte aus. Der Staat verknüpfte die Ratifizierung letztendlich mit der Beifügung der 10 Zusatzartikel, die einige grundlegende Rechte garantierten, einschließlich der Religions-, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, ebenso wie das Recht auf ein Geschworenenv erfahren und das Verbot unzumutbarer Durchsuchungen und Verhaftungen. Eine Reihe weiterer Staaten fügten ähnliche Klauseln an und die zehn Zusatzartikel – nun bekannt als *Bill of Rights* – wurden 1791 in die Verfassung aufgenommen.

Ende Juni 1788 gaben Maryland, South Carolina und New Hampshire ihre Zustimmung und erfüllten damit die Anforderung der Ratifizierung durch neun Staaten. Die Verfassung war nun rechtlich in Kraft getreten.

Aber zwei mächtige und entscheidende Staaten – New York und Virginia – blieben unentschieden, ebenso wie die zwei kleineren Staaten North Carolina und Rhode Island. Es war offensichtlich, dass die Verfassung ohne die Zustimmung von New York und Virginia auf wackeligen Füßen stehen würde.

Virginia war tief gespalten, aber der Einfluss von George Washington, der sich für die Ratifizierung aussprach, überzeugte die Legislative des Bundesstaates am 26. Juni 1788 mit knapper Mehrheit. In New York taten sich Alexander Hamilton, James Madison und John Jay zusammen, um eine erstaunliche Reihe niedergeschriebener Argumente zugunsten der Verfassung zusammenzustellen – *The Federalist Papers* – und damit am 26. Juli einen knappen Abstimmungssieg zu erringen. Im November stimmte auch North Carolina zu. Rhode Island hielt bis 1790 durch, als die Position als kleiner und schwacher Staat, umringt von einer großen und mächtigen Republik, unhaltbar wurde.

Der Aufbau der Regierung begann kurz nach der Ratifizierung durch Virginia und New York. Am 13. September 1788 legte der Kongress New York als Sitz der neuen Regierung fest. (Die Hauptstadt wurde 1790 nach Philadelphia und 1800 nach Washington verlagert.) Der erste Mittwoch im Januar 1789 wurde als Wahltag für die Wahlmänner des Präsidenten festgelegt. Am ersten Mittwoch im Februar wurde der Präsident durch die Wahlmänner gewählt und am ersten Mittwoch im März wurde die neue Sitzungsperiode des neuen Kongresses eröffnet.

Laut Verfassung hat die Legislative eines Bundesstaates die Befugnis zu entscheiden, wie die Wahlmänner des Präsidenten sowie Vertreter und Senatoren ausgewählt werden sollen. Einige Staaten votierten für direkte Wahlen durch das Volk, andere für Wahlen durch die Legislative und einige wenige für eine Kombination aus beidem. Die Rivalitäten waren groß und Verzögerungen bei den ersten Wahlen nach der neuen Verfassung unvermeidlich. New Jersey sprach sich zum Beispiel für direkte Wahlen aus, lehnte es aber ab, einen Zeitpunkt für das Schließen der Wahllokale festzulegen, die für drei Wochen geöffnet blieben.

Die vollständige und endgültige Einsetzung der Verfassung fand am 4. März 1789 statt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren allerdings lediglich 13 der 59 Vertreter und 8 der 22 Senatoren in New York angekommen. (Die North Carolina und Rhode Island zugeteilten Sitze wurden erst nach Ratifizierung der Verfassung durch diese Staaten besetzt.) Schließlich wurde am 1. April im Repräsentantenhaus und am 6. April im Senat ein Quorum erreicht. Die beiden Häuser tagten dann gemeinsam, um die Wahlmännerstimmen zu zählen.

Es war keine Überraschung, dass George Washington einstimmig zum ersten Präsidenten und John Adams aus Massachusetts zum Vizepräsidenten gewählt wurden. Adams traf am 21. April und Washington am 23. April in New York ein. Sie wurden am 30. April 1789 in ihrem Amt vereidigt. Die Aufstellung der neuen Regierung war abgeschlossen. Die Arbeit, die weltweit erste Repub-

lik zu bewahren, hatte gerade erst begonnen.

DIE VERFASSUNG ALS OBERSTES GESETZ

Die Verfassung der Vereinigten Staaten bezeichnet sich selbst als „oberstes Gesetz des Landes“. Gerichte interpretierten diese Klausel so, dass eine von der Legislative eines Bundesstaates oder dem nationalen Kongress verabschiedete Verfassung oder Gesetze keine Gesetzeskraft erlangen, wenn sie der amerikanischen Verfassung widersprechen. Entscheidungen, die vom Obersten Gerichtshof im Verlaufe von zwei Jahrhunderten getroffen wurden, haben diese Leitlinie der Vorherrschaft der Verfassung bestätigt und verstärkt.

Die endgültige Machtbefugnis wurde dem amerikanischen Volk übertragen. Es kann grundlegende Gesetze ändern, wenn es das möchte, indem die Verfassung geändert oder – zumindest in der Theorie – eine neue ausgearbeitet wird. Dennoch übt das Volk seine Macht nicht direkt aus. Es delegiert die tägliche Regierungsarbeit an öffentliche Vertreter, die sowohl gewählt als auch ernannt werden.

Die Macht der öffentlichen Vertreter wird durch die Verfassung eingeschränkt. Ihre öffentlichen Handlungen müssen in Einklang mit der Verfassung und den Gesetzen stehen, die selbst in Übereinstimmung mit der Verfassung erlassen wurden. Gewählte Vertreter müssen sich regelmäßig zur Wiederwahl stellen, wo ihre Leistungen sorgfältig von der Öffentlichkeit überprüft werden. Ernante Vertreter

dienen der Person oder Behörde, von der sie ernannt wurden und können jederzeit entlassen werden. Die Ausnahme bilden die vom Präsidenten auf Lebenszeit ernannten Richter des Obersten Gerichtshofs und andere Bundesrichter, damit diese frei von politischen Verpflichtungen oder Einfluss sind.

Im Allgemeinen drückt das amerikanische Volk seinen Willen an der Wahlurne aus. Die Verfassung trifft durch das Amtsenthebungsverfahren im Falle erheblichen Missverhaltens oder strafbarer Handlungen jedoch Vorkehrungen für die Entlassung öffentlicher Vertreter aus ihrem Amt. Artikel II, Abschnitt 4 lautet: „Der Präsident, Vizepräsident und alle Zivilangestellten der Vereinigten Staaten sollen ihrer Ämter enthoben werden, wenn sie wegen Verrats, Bestechung oder anderer schwerer Verbrechen und Vergehen verurteilt worden sind.“

Beim Amtsenthebungsverfahren handelt es sich um eine Anklage wegen Amtsvergehen, die durch eine gesetzgebende Körperschaft gegen einen Regierungsvertreter vorgebracht wird. Es bezieht sich nicht, wie allgemein angenommen, auf eine Verurteilung aufgrund dieser Vergehen. Wie in der Verfassung weiter ausgeführt, muss das Repräsentantenhaus die Anklage wegen Amtsvergehen durch Abstimmung über die Amtsenthebung einleiten. Über den beschuldigten Amtsträger wird im Senat verhandelt, wobei der Präsident des Obersten Gerichtshofs der Verhandlung vorsitzt.

Die Amtsenthebung wird als drastische Maßnahme betrachtet, die in

den Vereinigten Staaten bisher sehr selten angewandt wurde. Seit 1797 hat das Repräsentantenhaus gegen 16 Bundesbeamte ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet – zwei Präsidenten, ein Kabinettsmitglied, einen Senator, einen Richter des Obersten Gerichts und 11 Bundesrichter. Von den einem Amtsenthebungsverfahren unterworfenen Bundesbeamten wurden sieben vom Senat verurteilt – sie alle waren Richter.

1868 wurde Präsident Andrew Johnson im Zusammenhang mit dem richtigen Umgang mit den besiegten Konföderationsstaaten nach dem amerikanischen Bürgerkrieg einem Amtsenthebungsverfahren unterzogen. Dem Senat fehlte jedoch eine Stimme für die für eine Verurteilung notwendige Zweidrittelmehrheit, und Johnson beendete seine Amtszeit regulär. 1974 trat Präsident Richard Nixon als Folge der Watergate-Affäre zurück, nachdem der Justizausschuss des Repräsentantenhauses das Amtsenthebungsverfahren empfohlen hatte, aber bevor das vollzählige Repräsentantenhaus über das Verfahren abstimmen konnte.

Erst unlängst wurde Präsident Bill Clinton 1998 einem Amtsenthebungsverfahren durch das Repräsentantenhaus wegen Meineids und Behinderung der Justiz unterzogen. Nach einer Anhörung sprach der Senat den Präsidenten von beiden Vorwürfen frei und befand ihn mit 55 zu 45 Stimmen nicht des Meineids und mit 50 zu 50 nicht der Behinderung der Justiz für schuldig. Zur Amtsenthebung des Präsidenten wäre ein Schuldspruch mit einer Stimmenmehrheit von 67 Stimmen

bei beiden Anschuldigungen erforderlich gewesen.

Die Grundlagen des Regierungssystems

Obwohl die Verfassung seit ihrer Verabschiedung in vielerlei Hinsicht geändert wurde, gelten weiterhin dieselben Grundlagen wie 1789:

□ Die drei Regierungszweige – Exekutive, Legislative, Judikative – sind geteilt und unterscheiden sich voneinander. Die Befugnisse der drei werden genau durch die Befugnisse der jeweils anderen beiden ausgeglichen. Jede der Gewalten dient als Kontrolle um eine zu große Machtanhäufung der anderen zu verhindern.

□ Die Verfassung steht, gemeinsam mit den gemäß ihrer Bestimmungen und Verträge verabschiedeten Gesetzen, die durch den Präsidenten aufgestellt und vom Senat gebilligt wurden, über allen anderen Gesetzen, Exekutiverlassen und Vorschriften.

□ Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben das gleiche Anrecht auf Schutz durch das Gesetz. Alle Staaten sind gleich und keiner erhält eine Sonderbehandlung durch die Bundesregierung. Innerhalb der Grenzen der Verfassung muss jeder Staat die Gesetze der anderen anerkennen und respektieren. Die Regierungen der Einzelstaaten müssen, ebenso wie die Bundesregierung, demokratisch sein, wobei die letztendliche Autorität beim Volk liegt.

□ Das Volk hat das Recht, die Form der Bundesregierung durch rechtliche Mittel, die in der Verfassung selbst festgelegt sind, zu ändern.

Änderungen der Verfassung

Die Autoren der Verfassung waren sich bewusst, dass von Zeit zu Zeit Änderungen notwendig sein würden, wenn die Verfassung mit der wachsenden Nation Schritt halten soll. Sie waren sich darüber hinaus bewusst, dass der Prozess der Verfassungsänderung nicht einfach sein sollte, um schlecht durchdachte und übereilte Änderungen zu verhindern. Aus dem gleichen Grund wollten sie sicherstellen, dass keine Minderheit Maßnahmen behindern kann, die von der Mehrheit gewünscht werden. Ihr Lösungsansatz war die Entwicklung eines zweigleisigen Prozesses zur Änderung der Verfassung.

Der Kongress kann mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern eine Verfassungsänderung einleiten. Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass die Legislative in zwei Drittel der Staaten den Kongress auffordert, eine nationale Versammlung einzuberufen, um eine Verfassungsänderung zu erörtern und auszuarbeiten. In beiden Fällen müssen drei Viertel aller Bundesstaaten einem Zusatzartikel zustimmen, bevor er in Kraft tritt.

Abgesehen von der direkten Änderung der Verfassung kann die Wirkung ihrer Bestimmungen durch juristische Auslegung verändert werden. In der frühen Geschichte der Republik legte der Oberste Gerichtshof 1803 im Fall Marbury gegen Madison den rechtlichen Grundsatz der Normenkontrolle (*judicial review*) fest, d. h., die Befugnis des Gerichtes die Gesetze des Kongresses auszulegen und über ihre Verfassungsmäßigkeit zu entscheiden. Der Grundsatz umfasst darüber

hinaus die Befugnis des Gerichtes, verschiedene Abschnitte der Verfassung zu erläutern, da sie an veränderliche rechtliche, politische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen angepasst werden muss. Im Verlaufe der Jahre brachten eine Reihe von Gerichtsurteilen zu Themenbereichen wie der staatlichen Regulierung von Rundfunk und Fernsehen bis hin zu den Rechten von Angeklagten in Strafverfahren das Verfassungsrecht auf den neuesten Stand, ohne wesentliche Änderungen an der Verfassung selbst vorzunehmen.

Durch den Kongress verabschiedete Gesetze zur Umsetzung der Bestimmungen des Grundgesetzes oder zur Anpassung an veränderte Bedingungen erweitern und verändern – auf unterschwellige Art und Weise – die Bedeutung der Verfassung. Bis zu einem gewissen Grad haben die Grundsätze und Vorschriften der vielen Behörden der Bundesregierung ähnliche Auswirkungen. Die Feuerprobe besteht in beiden Fällen in der Bestätigung durch die Gerichte, dass die Gesetzgebung und Grundsätze mit dem in der Verfassung ausgedrückten Willen übereinstimmen.

Die Bill of Rights

Die Verfassung wurde seit 1789 27 Mal geändert und wird in der Zukunft höchstwahrscheinlich weiterhin geändert werden. Die umfassendsten Änderungen wurden in den zwei Jahren nach ihrer Annahme durchgeführt. In diesem Zeitraum wurden die ersten 10 Zusatzartikel angefügt, die zusammen als die *Bill of Rights* bekannt sind. Der Kongress

nahm diese Zusatzartikel im September 1789 im Gesamtpaket an, und bis zum Jahresende 1791 hatten sie 11 Staaten ratifiziert.

Der anfängliche Widerstand gegen die Verfassung ging nicht von jenen aus, die gegen eine Stärkung der föderalen Union waren, sondern von Staatsmännern, die der Ansicht waren, dass die Rechte des Einzelnen ganz besonders betont werden müssten. Einer von ihnen war George Mason, Autor der *Declaration of Rights of Virginia*, dem Vorläufer der *Bill of Rights*. Als Delegierter der verfassungsgebenden Versammlung (*Constitutional Convention*) lehnte es Mason ab, das Dokument zu unterzeichnen, da es seines Erachtens individuelle Rechte ungenügend schützte. Der Widerstand Masons verhinderte beinahe die Ratifizierung durch Virginia. Da Massachusetts ähnliche Ansichten vertrat, knüpfte der Staat seine Ratifizierung an die Bedingung, dass besondere Garantien für die Rechte des Einzelnen hinzugefügt werden. Bis zur Zusammenkunft des ersten Kongresses (*First Congress*) gab es eine fast einhellige Meinung zugunsten der Annahme derartiger Zusatzartikel, und der Kongress erstellte in kurzer Zeit Entwürfe.

Diese Zusatzartikel gelten bis heute so, wie sie vor zwei Jahrhunderten verfasst wurden. Der erste sichert die Religions-, Rede- und Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit sowie das Recht, die Regierung durch Petitionen um das Abstellen von Missständen zu ersuchen. Der zweite gewährleistet das Recht der Bürger, Waffen zu tragen. Der dritte

sieht vor, dass Truppen nicht ohne Zustimmung des Eigentümers in Privatunterkünften untergebracht werden dürfen. Der vierte schützt vor willkürlicher Durchsuchung, Verhaftung und Beschlagnahmung von Eigentum.

Die nächsten vier Zusatzartikel befassen sich mit dem Rechtssystem. Der fünfte untersagt bei schwereren Straftaten eine Anklage ohne Anklagebeschluss durch ein großes Geschworenengericht. Er untersagt wiederholte Anklagen für die gleiche Straftat, verbietet Bestrafung ohne vorheriges ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz und sieht vor, dass ein Angeklagter die Aussage verweigern kann, falls er sich sonst selbst belasten würde. Der sechste gewährleistet in Strafverfahren einen unverzüglichen und öffentlichen Prozess. Er sieht ein durch ein unparteiisches Geschworenengericht durchgeführtes Strafverfahren vor, garantiert das Recht auf Rechtsbeistand für den Angeklagten und sieht vor, dass Zeugen zur Anwesenheit im Verfahren und zur Aussage in Gegenwart des Beklagten gezwungen werden können. Der siebte Artikel fordert in Zivilprozessen, in denen der Streitwert über einem Wert von 20 Dollar liegt, ein Verfahren durch eine Jury. Der achte untersagt unangemessen hohe Kauttionen oder Geldstrafen sowie grausame oder ungewöhnliche Strafen.

Die letzten beiden der zehn Zusatzartikel beinhalten sehr weit gefasste Aussagen über die Verfassungsautorität. Der neunte erklärt, dass die Auflistung der individuellen Rechte keinen

Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, und dass die Bürger auch andere Rechte haben, die in der Verfassung nicht gesondert aufgeführt werden. Der zehnte sieht vor, dass Befugnisse, die von der Verfassung weder an die Bundesregierung übertragen, noch den Einzelstaaten entzogen wurden, den Bundesstaaten oder dem Volke vorbehalten bleiben.

Wichtiger Schutz individueller Freiheiten

Die Genialität der Verfassung bei der Organisation des Staatsapparates auf Bundesebene gab den Vereinigten Staaten im Verlauf von zwei Jahrhunderten außerordentliche Stabilität. Die *Bill of Rights* und darauf folgende Zusätze machten die grundlegenden Menschenrechte zum Kern des Rechtssystems der Vereinigten Staaten.

Zu Zeiten nationaler Krisen gab es die Verlockung für Regierungen, diese Rechte im Interesse der nationalen Sicherheit auszusetzen, aber in den Vereinigten Staaten wurden solche Versuche nur widerwillig und unter den gewissenhaftesten Vorsichtsmaßnahmen unternommen. Während eines Krieges zensierten militärische Behörden zum Beispiel Post zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Ländern. Dies galt besonders für Post aus umkämpften Gebieten an die Familien zu Hause. Aber nicht einmal im Krieg wurde das verfassungsmäßige Recht auf einen fairen Prozess abgeschafft. Personen, die eines Verbrechens beschuldigt werden – und das schließt Bürger feindlicher Staaten ein, die der Spionage, der Staatsgefährdung und anderer

gefährlicher Aktivitäten beschuldigt werden – haben das Recht sich zu verteidigen. Im amerikanischen System gilt die Unschuldsvermutung, bis die Schuld nachgewiesen wird.

Verfassungszusätze, die nach den *Bill of Rights* hinzugefügt wurden, decken ein breites Themenspektrum ab. Einer der weitreichendsten Artikel ist der 14., der 1868 ratifiziert wurde. Er enthält eine klare und einfache Definition der Staatsbürgerschaft sowie die Garantie der Gleichbehandlung vor dem Gesetz. Im Kern wird im Vierzehnten Zusatzartikel von den Bundesstaaten verlangt, dass sie die in den *Bill of Rights* vorgesehenen Rechte einhalten. Andere Zusatzartikel beschränkten die rechtlichen Befugnisse der Bundesregierung, veränderten die Wahlmethode bei den Präsidentschaftswahlen, untersagten die Sklaverei, verboten die Verweigerung des Wahlrechts aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht oder vorhergehender Knechtschaft, erweiterten die Befugnisse des Kongresses zur Erhebung von Steuern auf individuelle Einkünfte und bestimmten die Direktwahl als Wahlmodus für die US-Senatoren.

Unter den jüngsten Zusatzartikeln befinden sich der 22., der die Amtszeit des Präsidenten auf zwei Legislaturperioden begrenzt, der 23., der den Bürgern des District of Columbia das Wahlrecht gewährt, der 24., der den Bürgern das Wahlrecht unabhängig von der Zahlung einer Kopfsteuer gewährt, der 25. Zusatzartikel, der vorsieht, dass das Amt des Vizepräsidenten neu besetzt werden muss, wenn es bis zur Hälfte der Amtszeit frei wird, der 26., der das aktive Wahl-

Fortsetzung auf Seite 28

GRUNDRECHTEKATALOG

ZUSATZARTIKEL I – Der Kongress darf kein *Bill of Rights* Gesetz erlassen, das die Einführung einer Staatsreligion zum Gegenstand hat, die freie Religionsausübung verbietet, die Rede- oder Pressefreiheit oder das Recht des Volkes einschränkt, sich friedlich zu versammeln und die Regierung durch Petition um Abstellung von Missständen zu ersuchen.

ZUSATZARTIKEL II – Da eine gut ausgebildete Miliz für die Sicherheit eines freien Staates erforderlich ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.

ZUSATZARTIKEL III – Kein Soldat darf in Friedenszeiten ohne Zustimmung des Eigentümers in einem Hause einquartiert werden und in Kriegszeiten nur in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise.

ZUSATZARTIKEL IV – Das Recht des Volkes auf Sicherheit der Person und der Wohnung, der Urkunden und des Eigentums vor willkürlicher Durchsuchung, Verhaftung und Beschlagnahme darf nicht verletzt werden, und Haussuchungs- und Haftbefehle dürfen nur bei Vorliegen eines eidlich oder eidesstattlich erhärteten Rechtsgrundes ausgestellt werden und müssen die zu durchsuchende Örtlichkeit und die in Gewahrsam zu nehmenden Personen oder Gegenstände genau bezeichnen.

ZUSATZARTIKEL V – Niemand darf wegen eines Kapitalverbrechens oder wegen eines sonstigen schimpflichen Verbrechens zur Verantwortung gezogen werden, es sei denn auf Grund eines Antrages oder einer Anklage durch ein Großes Geschworenengericht. Hiervon ausgenommen sind Fälle, die sich bei den Land- oder Seestreitkräften oder bei der Miliz ereignen, wenn diese in Kriegszeiten oder bei öffentlichem Notstand im aktiven Dienst stehen. Niemand darf wegen derselben Straftat zweimal durch ein Verfahren in Gefahr des Leibes und des Lebens gebracht werden. Niemand darf in einem Strafverfahren zur Aussage gegen sich selbst gezwungen noch des Lebens, der Freiheit oder

des Eigentums ohne vorheriges ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz beraubt werden. Privateigentum darf nicht ohne angemessene Entschädigung für öffentliche Zwecke eingezogen werden.

ZUSATZARTIKEL VI – In allen Strafverfahren hat der Angeklagte Anspruch auf einen unverzüglichen und öffentlichen Prozess vor einem unparteiischen Geschworenengericht desjenigen Staates und Bezirks, in welchem die Straftat begangen wurde, wobei der zuständige Bezirk vorher auf gesetzlichem Wege zu ermitteln ist. Er hat weiterhin Anspruch darauf, über die Art und Gründe der Anklage unterrichtet und den Belastungszeugen gegenübergestellt zu werden, sowie auf Zwangsvorladung von Entlastungszeugen und einen Rechtsbeistand zu seiner Verteidigung.

ZUSATZARTIKEL VII – In Zivilprozessen, in denen der Streitwert zwanzig Dollar übersteigt, besteht ein Anrecht auf ein Verfahren vor einem Geschworenengericht, und keine Tatsache, über die von einem derartigen Gericht befunden wurde, darf von einem Gerichtshof der Vereinigten Staaten nach anderen Regeln als denen des gemeinen Rechts erneut einer Prüfung unterzogen werden.

ZUSATZARTIKEL VIII – Übermäßige Bürgschaften dürfen nicht gefordert, übermäßige Geldstrafen nicht auferlegt und grausame oder ungewöhnliche Strafen nicht verhängt werden.

ZUSATZARTIKEL IX – Die Aufzählung bestimmter Rechte in der Verfassung darf nicht dahin gehend ausgelegt werden, dass durch sie andere dem Volke vorbehaltene Rechte versagt oder eingeschränkt werden.

ZUSATZARTIKEL X – Die Machtbefugnisse, die von der Verfassung weder den Vereinigten Staaten übertragen noch den Einzelstaaten entzogen werden, bleiben den Einzelstaaten oder dem Volke vorbehalten.



Im Nationalarchiv in Washington stellen Soldaten den Bürgerkrieg nach und bewachen das Original der von Präsident Abraham Lincoln 1863 unterzeichneten Befreiungsproklamation (*Emancipation Proclamation*) mit der die Sklaverei abgeschafft wurde.

DIE DEBATTE ÜBER DIE SKLAVEREI

Das Wort „Sklaverei“ wird in der Verfassung der Vereinigten Staaten nicht erwähnt, aber das Dokument billigt diese Institution indirekt. Die Delegierten der verfassungsgebenden Versammlung legten fest, dass bei der Bestimmung der Zahl von Kongressabgeordneten, die jeder Bundesstaat in das Repräsentantenhaus wählen darf, drei Fünftel aller Sklaven gezählt würden. Die Verfassung verlangte dann die Rückgabe von über Staatsgrenzen flüchtenden Sklaven („Personen, die für Dienstleistungen oder Arbeit verdingt wurden“) an ihre Eigentümer. Außerdem wurde ein Datum festgelegt – 1808 – nach dem es dem Kongress nicht mehr untersagt war, den Sklavenhandel zu verbieten („die Migration oder Einfuhr von Personen, deren Einreise die bestehenden Staaten für zulässig halten“).

Jede dieser Bestimmungen wurde bei der Versammlung heiß diskutiert und letztendlich im Geiste des Kompromisses angenommen. Sogar Mitglieder von Organisationen zur Bekämpfung der Sklaverei in den nördlichen Staaten wie Alexander Hamilton waren gegen die Verfolgung der Sklavenfrage, da derartige Bestrebungen seines Erachtens unweigerlich zur Teilung der Staaten führen und das seiner Meinung nach dringlichere Ziel einer starken nationalen Regierung gefährden würden. Auf Kompromisse drängten auch prominente Südstaatler wie George Washington und James Madison, die die Sklaverei verachteten, aber der Meinung waren, sie würde verschwinden, sobald die Union bestätigt wäre.

Der moralische Aspekt wurde während der Versammlung allerdings mehrfach leidenschaftlich vorgebracht. Gouverneur Morris aus Pennsylvania verurteilte die Sklaverei als „schändliche Institution, als Fluch des Himmels, der auf den Staaten lastet, in denen sie existierte“. Er zeigte den Gegensatz zwischen dem Wohlstand und der Menschenwürde in den freien Regionen und „dem Notleiden und der Armut“ der Sklavenstaaten auf.

Ironischerweise stammt der wortgewandteste Angriff auf die Sklaverei während der Versammlung von George Mason aus Virginia, den Jefferson den „weisesten Mann dieser Generation“ nannte. Sklaverei, so Mason, „hat den verderblichsten Einfluss auf das Verhalten. Jeder Gebieter über Sklaven wird als kleinlicher Tyrann geboren... Die Sklaverei ist kunst- und gewerbefeindlich. Die Armen verachten Arbeit, wenn sie sehen, wie sie von Sklaven geleistet wird. Ich halte es für unverzichtbar, ... der Regierung die Macht zu übertragen, die Zunahme der Sklaverei zu verhindern.“

In den folgenden Jahren bediente sich die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei der gleichen Argumente und äußerte das gleiche Gefühl moralischer Entrüstung, aber zum damaligen Zeitpunkt umging man die Frage der Sklaverei, sowohl als Begriff als auch als moralische Herausforderung. Letztlich musste es zu dem tragischen Ereignis des Bürgerkriegs (1861–1865) kommen, um die Sklaverei in den Vereinigten Staaten abzuschaffen und das Land auf den schwierigen Weg zu vollständiger Gleichberechtigung zu bringen.

recht auf 18 herabsetzt und der 27., der sich mit der Besoldung der Senatoren und Abgeordneten befasst.

Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Mehrheit der 27 Zusatzartikel aus dem kontinuierlichen Bemühen hervorgegangen ist, die Bürgerrechte oder politischen Freiheiten zu erweitern, während sich nur wenige mit der Erweiterung der 1787 in Philadelphia entworfenen grundlegenden Regierungsstruktur befassen.

DAS FÖDERALE SYSTEM

Die Väter der Verfassung hatten einige klare Ziele vor Augen. Sie schrieben diese mit erstaunlicher Klarheit in einer 52 Worte umfassenden Sechs-Punkte-Präambel in diesem wichtigen Dokument nieder.

Das Problem des Aufbaus „einer perfekteren Union“ war das vorherrschende Problem der 13 Staaten des Jahres 1787. Es war ziemlich eindeutig, dass fast jede andere Union der Perfektion näher kommen würde als die, die unter den Artikeln der Konföderation bestand. Aber die Entwicklung einer anderen Struktur als Ersatz beinhaltet schwierige Entscheidungen.

„... um eine perfektere Union zu schaffen“

Alle Bundesstaaten verteidigten erbittert ihre unabhängigen Befugnisse, die sie seit dem Bruch mit England elf Jahre zuvor besaßen. Das Gleichgewicht zwischen den Rechten der Bundesstaaten und den Bedürfnissen einer Bundesregierung zu finden war keine leichte Aufgabe. Die Autoren der Verfassung erreichten

dies, indem sie den Bundesstaaten die Befugnisse beließen, die notwendig waren, um das tägliche Leben der Bürger zu regeln, vorausgesetzt, diese Befugnisse standen nicht im Gegensatz zu den Bedürfnissen und dem Wohlergehen der Nation als Ganzes. Die als Föderalismus bezeichnete Machtaufteilung ist grundsätzlich die gleiche wie heute. Die Kompetenzen eines jeden Staates im Bereich der kommunalen Angelegenheiten – wie Bildung, öffentliche Gesundheit, Unternehmensorganisation, Arbeitsbedingungen, Eheschließung und Scheidung, kommunale Besteuerung und allgemeine Polizeibefugnisse – werden so weitgehend anerkannt und akzeptiert, dass zwei benachbarte Staaten häufig sehr unterschiedliche Gesetze zu gleichen Themen haben.

So klug dieses Verfassungssystem auch war, die Kontroverse über die Rechte der Staaten garte weiter, bis 75 Jahre später, im Jahr 1861 ein vierjähriger Krieg zwischen den Staaten im Norden und denen im Süden ausbrach. Der Krieg wurde als Bürgerkrieg oder Krieg zwischen den Staaten (*War Between the States*) bekannt. Das zu Grunde liegende Problem war das Recht der Bundesregierung, die Sklaverei in den jüngeren Bundesstaaten einzuschränken. Die Nordstaatler bestanden darauf, dass die Bundesregierung dieses Recht habe, während die Südstaatler der Meinung waren, dass jeder Staat selbst über die Sklaverei entscheiden solle. Als eine Gruppe Südstaaten versuchte, sich von der Union abzuspalten, brach der Krieg aus und wurde mit dem Ziel des Erhalts der Repub-

lik geführt. Mit der Niederlage der Südstaaten und ihrem Wiedereintritt in die Union wurde der Vorrang der Bundesregierung untermauert und die Sklaverei abgeschafft.

„... zur Verwirklichung der Gerechtigkeit“

Der Kern der amerikanischen Demokratie spiegelt sich in der Unabhängigkeitserklärung wieder. Dort findet sich der bekannte Satz „Alle Menschen sind gleich geschaffen“, und die darauf folgende Aussage, „dass sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, zu denen Leben, Freiheit und Streben nach Glück gehören“.

Die Verfassung macht keine Unterschiede aufgrund von Wohlstand oder Status eines Menschen. Alle sind vor dem Gesetz gleich und bei Gesetzesverstößen unterliegt jeder gleichermaßen einer Verurteilung und Bestrafung. Das gleiche gilt für zivile Streitigkeiten im Zusammenhang mit Eigentum, rechtlichen Vereinbarungen und Geschäftsabkommen. Der offene Zugang zu Gerichten ist eine der wichtigsten Garantien der *Bill of Rights*.

„... zur Sicherung der Ruhe im Innern“

Die stürmische Geburtsstunde der Vereinigten Staaten und die ungeklärten Umstände entlang der amerikanischen Westgrenze überzeugten die Amerikaner von der Notwendigkeit einer inneren Stabilität, um es der neuen Nation zu ermöglichen, zu wachsen und zu gedeihen. Die durch die Verfassung geschaffene Bundesregierung musste stark genug sein,

um die Staaten vor einer Invasion von außerhalb und vor Streitigkeiten und Gewalt im Innern schützen zu können. Seit 1815 kam es zu keiner Invasion Kontinentalamerikas durch eine ausländische Nation. Die Regierungen der Bundesstaaten waren im Allgemeinen stark genug, um die Ordnung innerhalb ihrer eigenen Grenzen aufrechtzuerhalten. Aber hinter ihnen stand die furchteinflößende Macht der Bundesregierung, die durch die Verfassung in die Lage versetzt wurde, die notwendigen Schritte zur Aufrechterhaltung des Friedens zu unternehmen.

„... für eine gemeinsame Landesverteidigung“

Trotz der gesicherten Unabhängigkeit sah sich die junge Nation am Ende des 18. Jahrhunderts von vielen Seiten sehr realen Gefahren ausgesetzt. An der Westgrenze wurden Siedler permanent durch feindliche Indianerstämme bedroht. Im Norden besaßen die Briten noch immer Kanada, in dessen östlichen Provinzen viele auf Rache sinnende amerikanische Tories lebten, die während des Unabhängigkeitskrieges loyal gegenüber der britischen Krone geblieben waren. Die Franzosen besaßen das große Territorium Louisiana im kontinentalen Mittleren Westen. Im Süden besaßen die Spanier Florida, Texas und Mexiko. Alle drei europäischen Mächte verfügten über Kolonien in der Karibik, in alarmierender Nähe zur amerikanischen Küste. Darüber hinaus waren die europäischen Nationen in eine Reihe von Kriegen verwickelt, die auch die Neue Welt erfassten.

In den Anfangsjahren konzentrierte sich das Hauptziel der Verfassung – die „gemeinsame Verteidigung“ – auf die Erschließung der Gebiete hinter den Appalachen und die Aushandlung eines Friedens mit den Stämmen der amerikanischen Ureinwohner, die in diesen Gebieten lebten. Innerhalb kurzer Zeit unterstrich der Ausbruch des Krieges mit England 1812, militärische Streitigkeiten mit Spanien in Florida und der Krieg mit Mexiko 1846 die Bedeutung militärischer Stärke.

Mit der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Macht der Vereinigten Staaten wuchs auch die Verteidigungsstärke. Die Verfassung teilt die Verantwortung für die Verteidigung zwischen Legislative und Exekutive auf: Der Kongress alleine hat die Macht, Krieg zu erklären und angemessene finanzielle Mittel für die Verteidigung bereitzustellen, während der Präsident der Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist und die Hauptverantwortung für die Landesverteidigung trägt.

„... zur Förderung des allgemeinen Wohls“

Am Ende des Unabhängigkeitskrieges befanden sich die Vereinigten Staaten in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Ihre Ressourcen waren aufgebraucht, die Kreditwürdigkeit wackelig und ihr Papiergeld fast wertlos. Handel und Industrie kamen praktisch zu einem Stillstand. Die Bundesstaaten und die Regierung der Konföderation waren stark verschuldet. Die Menschen liefen nicht direkt Gefahr zu verhungern, die Aussichten auf wirtschaft-

liche Entwicklung waren aber sehr gering.

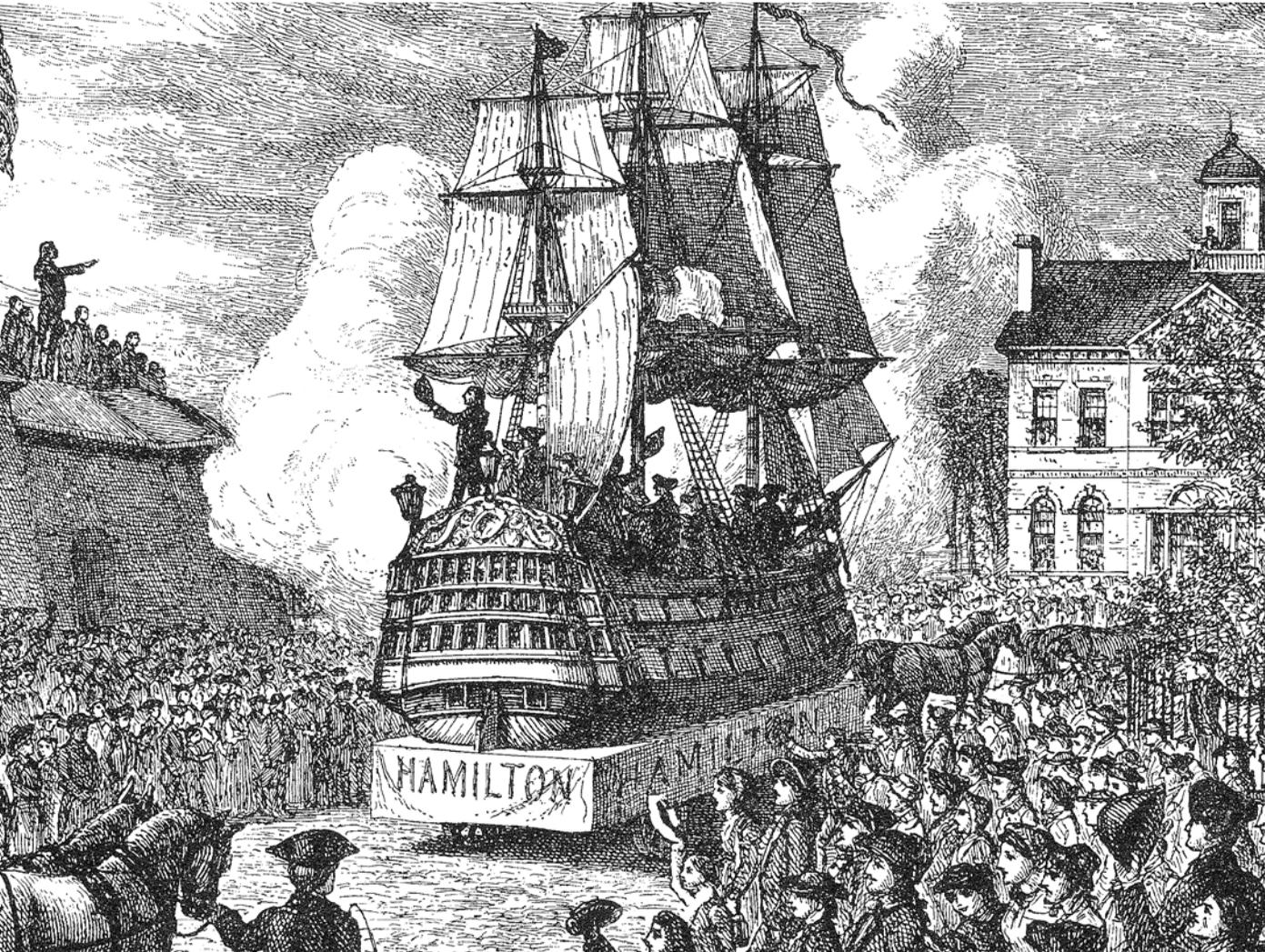
Eine der ersten Aufgaben der neuen nationalen Regierung war es, die Wirtschaft auf eine solide Basis zu stellen. Der erste Artikel der Verfassung sah vor, dass: „Der Kongress das Recht hat, Steuern ... aufzuerlegen und einzuziehen, um für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen, für ... das allgemeine Wohl der Vereinigten Staaten zu sorgen.“

Die Befugnis, Steuern zu erheben, versetzte die Regierung in die Lage, ihre Kriegsschulden zu begleichen und die Währung auf eine solidere Grundlage zu stellen. Ein Finanzminister wurde ernannt, um sich um die Steuerangelegenheiten der Nation zu kümmern und ein Außenminister, um sich um die Beziehungen zu anderen Staaten zu kümmern. Darüber hinaus wurde ein Kriegsminister ernannt, der für die militärische Sicherheit der Nation verantwortlich war und ein Justizminister als oberster Justizbeamter der Bundesregierung. Später, mit Ausdehnung des Landes und der zunehmenden Komplexität der Wirtschaft, erforderte das Wohlergehen der Menschen die Schaffung zusätzlicher Ministerien der Exekutive.

„... das Glück der Freiheit uns selbst und unseren Nachkommen zu bewahren“

Die Betonung der persönlichen Freiheit war eines der herausragendsten Merkmale der neuen amerikanischen Republik. Da viele Amerikaner Erfahrungen mit politischer oder religiöser Unterdrückung gemacht hatten, waren sie entschlossen, die Freiheit in der Neuen Welt zu bewahren. Die Gestalter der Verfassung achteten bei der Übertragung der Macht an die Bundesregierung sorg-

sam auf den Schutz der Rechte aller Menschen durch die Beschränkung der Befugnisse sowohl der Bundesregierung als auch der Regierungen der Einzelstaaten. Daher können Amerikaner von einem Ort zum anderen ziehen, ihre eigenen Entscheidungen über Arbeit, Religion und politische Ansichten treffen und vor Gericht gehen, um Gerechtigkeit und Schutz zu erhalten, wenn sie sich in diesen Rechten eingeschränkt fühlen. □



Auf einer Parade in New York zu Ehren der Ratifizierung der amerikanischen Verfassung ist einer der Wagen als Schiff geschmückt, das den Namen *Hamilton* trägt und das „Schiff des Staates“ symbolisieren soll. Alexander Hamilton, Mitverfasser der *Federalist Papers*, war der Hauptbefürworter der Verfassung in New York.

KAPITEL 2

EINE ERKLÄRUNG DER
VERFASSUNG:

DIE FEDERALIST PAPERS

*„Aber was ist die Regierung,
wenn nicht die größte aller
Betrachtungen des
menschlichen Wesens?“*

*– James Madison,
The Federalist Papers,
1787–88*

Für Thomas Jefferson, einer der amerikanischen Gründerväter und später der dritte Präsident der jungen Nation, waren die *Federalist Papers* „der beste Kommentar zu den Prinzipien der Regierung ... der jemals geschrieben wurde“. Für den britischen Philosophen aus dem 19. Jahrhundert, John Stuart Mill, war die Sammlung von 85 kurzen Essays, die allgemein *The Federalist* genannt wurde, „die aufschlussreichste Abhandlung zur amerikanischen Regierung, die wir besitzen“. Der scharfsinnige politische Kommentator Alexis de Tocqueville aus Frankreich schrieb 1835, es sei ein „ausgezeichnetes Buch, das den Staatsmännern aller Länder bekannt sein sollte“.

Zeitgenössische Historiker, Juristen und Politikwissenschaftler waren sich im Allgemeinen darüber einig, dass *The Federalist* das bedeutendste Werk politischer Philosophie und pragmatischer Regierungsführung sei, das jemals in den Vereinigten Staaten geschrieben wurde. Es wurde mit Platons „Republik“, Aristoteles' „Politik“ und Thomas Hobbes' „Leviathan“ verglichen. Zudem wurde es von den Politikern zahlreicher neu entstandener Nationen in Lateinamerika, Asien und Afrika zurate gezogen, als diese ihre eigenen Verfassungen ausarbeiteten.

Die Delegierten, die am 17. September 1787 in Philadelphia den Entwurf der amerikanischen Verfassung unterzeichneten, setzten fest, dass sie nur nach Zustimmung der ratifizierenden Versammlungen in 9 der 13 Staaten Wirksamkeit erlangen sollte. Obwohl nicht explizit festgelegt, konnte eine Ablehnung einer

der beiden Schlüsselstaaten New York oder Virginia aufgrund deren Größe und Einfluss das ganze Vorhaben gefährden. Die Delegierten aus New York und Virginia waren in ihrer Meinung zur Verfassung stark gespalten. Der Gouverneur von New York, George Clinton, hatte seiner Ablehnung auch bereits Ausdruck verliehen.

Man würde meinen, dass ein so hochgelobtes und einflussreiches Werk wie die *Federalist Papers* das Ergebnis lebenslanger Erfahrungen in den Geisteswissenschaften und der Regierungsarbeit ist. In der Tat geht es größtenteils auf zwei junge Männer zurück: den 32-jährigen Alexander Hamilton aus New York und den 36-jährigen James Madison aus Virginia, die in großer Eile schrieben – manchmal bis zu vier Essays in einer einzigen Woche. John Jay, ein älterer Geisteswissenschaftler, der später zum ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofs ernannt wurde, verfasste fünf der Essays.

Hamilton, der während des Unabhängigkeitskrieges ein Verbündeter Washingtons war, bat Madison und Jay, ihn bei diesem wichtigen Projekt zu unterstützen. Ihre Absicht war, die Versammlung in New York zu überzeugen, die soeben entworfene Verfassung zu ratifizieren. Sie wollten unter dem gemeinsamen Pseudonym „Publius“ einzeln Briefe an New Yorker Zeitungen schreiben, in denen sie die Verfassung erklären und verteidigen würden.

Hamilton initiierte das Projekt, entwarf die Reihenfolge der zu behandelnden Themen und sprach die meisten davon energisch in 51 der Briefe an



James
Madison

Die 29 Briefe Madisons erwiesen sich mit ihrer Mischung aus Offenheit, Ausgewogenheit und Scharfsinn jedoch als die denkwürdigsten Briefe. Es ist nicht klar, ob die *Federalist Papers*, die zwischen

Oktober 1787 und Mai 1788 geschrieben wurden, einen entscheidenden Einfluss auf die schwierige Ratifizierung der Verfassung hatten. Aber es besteht kein Zweifel darüber, dass die Essays der maßgeblichste Kommentar zu diesem wichtigen Dokument wurden und noch heute sind.

EINE NEUE ART VON FÖDERALISMUS

Der vorrangigste und offensichtlichsste Ansatz, der den *Federalist Papers* zu Grunde lag, war eine neue Definition des Föderalismus. Die ehemaligen amerikanischen Kolonisten hatten gerade erst den Unabhängigkeitskrieg gegen die Unterdrückung durch eine Monarchie gewonnen und wollten diese keinesfalls durch ein weiteres zentralisiertes, uneingeschränktes Regime ersetzen. Andererseits waren sie durch ihre Erfahrungen mit der Instabilität und Desorganisation zu Zeiten der Artikel der Konföderation – aufgrund von Missgunst und Wettbewerb zwischen den einzelnen Bundesstaaten – der Schaffung einer stärkeren Bundesregierung nicht abgeneigt. Einige der *Federalist Papers* argumentierten, dass eine neue noch nirgendwo erzielte Form des Gleichgewichts unmöglich sei. In der Tat stellten die *Federalist Papers* selbst ein Gleichgewicht her zwischen den natio-



Alexander
Hamilton

nalistischen Neigungen von Hamilton, der sich für die kommerziellen Interessen der Hafenstadt New York aussprach, und der Vorsicht von Madison, der wie zahlreiche Landwirte in Virginia weit

entfernter Staatsgewalt misstrauisch gegenüberstand.

Madison schlug vor, dass die Bundesstaaten anstelle einer absoluten Souveränität jedes Bundesstaates, wie es die Artikel der Konföderation vorsehen, eine „Restsouveränität“ in all jenen Bereichen bewahren sollten, die keine nationale Koordination erforderte. Der Prozess der Ratifizierung der Verfassung selbst symbolisierte seiner Auffassung nach das Konzept des Föderalismus, nicht des Nationalismus. Er sagte: „Die Zustimmung und Ratifizierung muss von den Menschen erteilt werden, nicht als Individuen, die eine gemeinsame Nation ausmachen, sondern als Repräsentanten der unterschiedlichen einzelnen Bundesstaaten, denen sie angehören... Das Gesetz, mit dem die Verfassung verabschiedet wird, wird deshalb kein nationales, sondern ein föderales Gesetz sein.“

Hamilton schlug ein „Zusammenwirken“ der Kräfte der Regierungen des Landes und der Bundesstaaten vor. Aber sein Bild der um die Sonne kreisenden Planeten, die trotzdem ihren eigenen Status bewahren, setzte die stärkere Bedeutung einer zentralen Regierung voraus. Hamilton und Jay (ebenfalls aus New York) fügten als Beispiel Bündnisse im Griechen-

land der Antike und dem Europa der damaligen Zeit an, die in Krisenzeiten zwangsläufig auseinanderbrachen. Für die Verfasser der *Federalist Papers* war die Lektion trotz aller Differenzen klar: das Überleben einer geachteten Nation erforderte die Übertragung bedeutender, wenn auch eingeschränkter Befugnisse auf die zentrale Bundesregierung. Sie waren der Auffassung, dass dies möglich sei, ohne die Identität oder Autonomie der einzelnen Bundesstaaten zu zerstören.

DAS SYSTEM DER GEGENSEITIGEN KONTROLLE UND GEMEINSAMEN VERANTWORTUNG (CHECKS AND BALANCES)

Die *Federalist Papers* weisen auch zum ersten Mal in der Geschichte der politischen Literatur auf die Idee der *checks and balances* als Möglichkeit der Einschränkung der Macht der Regierung und der Verhinderung eines Machtmissbrauchs hin. Das Konzept bezieht sich hauptsächlich auf die aus zwei Kammern bestehende Legislative, die für Hamilton und Madison der mächtigste Regierungszweig war. Das vermeintlich impulsive, direkt vom Volk gewählte Repräsentantenhaus sollte, so war der ursprüngliche Gedanke, von einem konservativeren Senat kontrolliert werden. Die Parlamente der Bundesstaaten sollten die Senatoren bestimmen. (Der 17. Verfassungszusatz aus dem Jahr 1913 änderte diese Bestimmung und ordnete die direkte Wahl der Senatoren durch das Volk an.) In einem Schreiben argumentierte Madison jedoch ganz allgemein, dass die „Ämter und Ministerien sich gegenseitig kontrollieren

sollten“ und „eine demokratisch gewählte Versammlung von einem demokratisch gewählten Senat und beide Institutionen von einem demokratisch gewählten Präsidenten kontrolliert werden müssen“.

In seinem herausragendsten Essay (Nr. 78) verteidigte Hamilton das Recht des Obersten Gerichts (*Supreme Court*), über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen zu entscheiden, die von den Parlamenten des Landes oder der Bundesstaaten verabschiedet wurden. Diese historisch entscheidende Befugnis der Normenkontrolle (*judicial review*), so argumentierte er, war eine angemessene Kontrolle der Legislative, bei der die Wahrscheinlichkeit am höchsten sei, dass „der ansteckende Hauch der Zersplitterung die Quellen der Gerechtigkeit vergiften kann“. Hamilton lehnte das britische Regierungssystem ausdrücklich ab, in dem das Parlament mit einer Mehrheit jede Entscheidung eines Gerichts aufheben kann, der es nicht zustimmt. Er war vielmehr der Meinung, dass die Gerichte als „das Bollwerk einer eingeschränkten Verfassung gegen die Übergriffe der Legislative“ wirken sollten. Nur der mühsame und schwierige Prozess einer Verfassungsänderung oder die schrittweise Überzeugung der Mitglieder des Obersten Gerichts von einer anderen Meinung konnte die Interpretation dieses Dokuments durch das Gericht ändern.

DAS MENSCHLICHE WESEN, DIE REGIERUNG UND DIE RECHTE DES EINZELNEN

Hinter dem System der gegenseitigen Kontrolle und gemeinsamen Verantwortung stand eine sehr realistische Sichtweise des menschlichen Wesens. Obwohl Madison und Hamilton glaubten, dass die besten menschlichen Eigenschaften Vernunft, Selbstdisziplin und Gerechtigkeit sind, erkannten sie auch die Anfälligkeit für Gefühlsausbrüche, Intoleranz und Habgier. In einer berühmten Textstelle schrieb Madison nach einer Erörterung der für den Erhalt der Freiheit notwendigen Maßnahmen Folgendes: „Es mag dem menschlichen Wesen zugrunde liegen, dass solche Instrumente nötig sind, um Machtmissbrauch innerhalb der Regierung zu verhindern. Aber was ist die Regierung, wenn nicht die größte aller Betrachtungen des menschlichen Wesens? Wenn die Menschen Engel wären, wäre keine Regierung nötig. Wenn Engel regieren würden, müsste es keine externen oder internen Kontrollen für die Regierung geben. Bei der Gestaltung einer Regierung von Menschen über Menschen gibt es folgende große Schwierigkeit: Zuerst muss die Regierung in der Lage sein, die Regierten zu kontrollieren; dann muss sie zur Selbstkontrolle verpflichtet werden.“

Im eindrucksvollsten und neuartigsten Artikel der *Federalist Papers* (Nummer 10) befasst sich Madison mit dieser doppelten Herausforderung. Seine Hauptsorge galt der Notwendigkeit, „die Heftigkeit der Zersplitterung zu durchbrechen und zu

kontrollieren“. Er bezog sich hier auf politische Parteien und sah Zersplitterung als die größte Gefahr für die Volksherrschaft an: „Ich weiß, dass einige Bürger ... von einer gemeinsamen Leidenschaft oder einem gemeinsamen Interesse angetrieben werden, die sich gegen die Interessen anderer Bürger wenden oder gegen die dauerhaften und gemeinsamen Interessen der Gemeinschaft.“

Diese Wünsche oder Interessen, die die Rechte anderer Menschen gefährden, können religiöser oder politischer Natur sein, meistens jedoch wirtschaftlicher. Splittergruppen können sich entlang der Trennlinien von reich und arm, Gläubiger und Schuldner oder entlang der Art des Besitzes einer Person bilden. Madison schrieb: „Ein an Grundbesitz, die verarbeitende Industrie, Handel oder Finanzgeschäfte geknüpftes Interesse oder viel kleinere Interessen erwachsen in zivilisierten Nationen aus Notwendigkeit und unterteilen sich noch in verschiedene Klassen, je nach Geisteshaltung und Ansicht. Die Regulierung dieser verschiedenen und wettstreitenden Interessen ist die Hauptaufgabe der modernen Gesetzgebung...“

Wie können faire, rationale und freie Menschen so viele wettstreitende Forderungen oder die Splittergruppen, die aus ihnen hervorgehen, koordinieren? Da es nicht möglich ist, Leidenschaft oder Eigeninteressen für ungesetzlich zu erklären, muss eine funktionierende Regierung in der Lage sein, zu verhindern, dass Splittergruppen, unabhängig von ihrem Einfluss, ihren Willen gegen

das öffentliche Wohl durchsetzen. Eine Vorkehrung gegen anmaßende Splittergruppen ist laut Madison das republikanische (oder repräsentative) Regierungssystem, das dazu beiträgt, „die öffentlichen Ansichten zu verfeinern und zu erweitern, da sie das Medium eines gewählten Bürgergremiums durchlaufen müssen“.

Noch wichtiger war laut Madison jedoch die Ausweitung der geografischen und öffentlichen Basis der Republik, wie es die von der neuen Verfassung vorgeschlagene Bundesregierung vorsah. Er schrieb: „Da jeder Abgeordnete in der großen Republik von einer größeren Anzahl von Bürgern als in der kleinen Republik gewählt wird, ist es für unwürdige Kandidaten schwieriger, erfolgreich die verwerflichen Künste zu praktizieren, mit denen Wahlen zu oft durchgeführt werden... Der Einfluss faktiöser Politiker kann vielleicht innerhalb deren Bundesstaat Begeisterung auslösen, wird aber in den anderen Staaten keinen allgemeinen Begeisterungssturm entfesseln.“

Hier wird das Prinzip des Pluralismus gefordert, das Vielfalt sowohl um seiner selbst willen als Zeugnis persönlicher Vielseitigkeit und Freiheit gutheißt, wobei die positive Wirkung beim Ausgleich widerstreitender Wünsche und Interessen noch wichtiger ist. So wie die große Vielfalt der Glaubensrichtungen in den Vereinigten Staaten die Vorherrschaft einer einzigen Staatskirche unwahrscheinlich macht, macht die Vielzahl der Bundesstaaten mit ihren zahlreichen unterschiedlichen Regionen und Anliegen den nationalen Sieg einer fanatischen und potenziell

tyrannischen Splittergruppe oder Partei unwahrscheinlich. Eine Bestätigung von Madisons Argument kann in der Entstehungsgeschichte der großen amerikanischen politischen Parteien gefunden werden, die tendenziell stets moderat und nichtideologisch waren, weil sie eine so große Vielfalt spezifischer und wirtschaftlicher Interessen in sich vereinen.

DIE GEWALTENTEILUNG

Um eine Willkürherrschaft durch Machtkonzentration auszuschließen, gehört die Aufteilung der Staatsgewalten auf verschiedene Regierungszweige zum übergeordneten Konzept des Systems der gegenseitigen Kontrolle und gemeinsamen Verantwortung. Die *Federalist Papers* sehen in der Gewaltenteilung jedoch einen weiteren Vorzug und zwar die Erhöhung der Effizienz und Wirksamkeit der Regierung. Indem ihre Zuständigkeit auf spezielle Funktionen beschränkt ist, entwickeln die verschiedenen Regierungszweige sowohl Expertenwissen als auch Stolz auf ihre Rolle. Dies wäre nicht der Fall, wenn sie zusammenhängen oder sich ihre Zuständigkeiten zu sehr überschneiden würden.

Qualitäten, die für die eine Funktion von ausschlaggebender Bedeutung sind, könnten für eine andere ungeeignet sein. Hamilton war deshalb der Meinung, dass „Energie in der Exekutive“ bei der Verteidigung des Landes, einer gerechten Rechtsprechung und dem Schutz von Eigentum und Bürgerrechten – für ihn eng miteinander verbundene Rechte – unverzichtbar sei. Andererseits sind „Bedächtigkeit und Weisheit“

die wichtigsten Charaktereigenschaften eines Gesetzgebers, nicht Energie. Er muss sich das Vertrauen der Menschen verdienen und ihre verschiedenen Interessen miteinander in Einklang bringen.

Die Verschiedenheit der Bedürfnisse erklärt auch, warum eine Person – der Präsident – die Vollzugsgewalt innehaben sollte, da eine aus mehreren Personen bestehende Exekutive zu Stillstand führen könnte und „die wichtigsten Maßnahmen der Regierung in den schlimmsten Notfällen des Staates behindern“ könnte. Wenn die Legislative, die den Willen der Menschen widerspiegelt, ihr überlegtes und wohlwogeneres Urteil abgegeben hat, indem sie ein Gesetz verabschiedet, muss demnach die Exekutive dieses Gesetz ohne jegliche Bevorzugung oder Ausnahmeregelungen im Fall von Eigeninteressen umsetzen. Im Fall des Angriffs durch einen anderen Staat muss die Exekutive die Macht und Energie besitzen, um unmittelbar und mit Stärke reagieren zu können. Die Judikative wiederum muss sich auch durch besondere Qualitäten auszeichnen: nicht die Energie und Schnelligkeit der Exekutive, auch nicht die Aufgeschlossenheit der Legislative gegenüber der öffentlichen Meinung oder ihre Kompromissfähigkeit, sondern „Integrität und Mäßigung“. Da sie auf Lebenszeit ernannt werden, sind die Richter zudem frei von Druck aus der Öffentlichkeit, der Exekutive oder Legislative.

DIE STETS WIEDERKEHRENDEN FRAGEN DER POLITIK

Die denkwürdigen Beobachtungen der *Federalist Papers* zu Regierung, Gesellschaft, Freiheit, Tyrannei und der Wesensart von Politikern sind nicht immer leicht zu finden. Vieles in den Essays erscheint überholt, sich wiederholend oder stilistisch veraltet. Die Verfasser hatten weder die Zeit noch die Intention, ihren Gedanken eine ordentliche und umfassende Form zu verleihen. Die *Federalist Papers* sind jedoch für Menschen, die sich für die stets wiederkehrenden Fragen der politischen Theorie und Praxis ernsthaft interessieren, mit denen sich Hamilton und Madison befassten, unentbehrlich. „Keine eloquenteren, prinzipientreueren und aufschlussreicheren Antworten wurden je von einem amerikanischen Schriftsteller gegeben“, schrieb der berühmte politische Historiker Clinton Rossitor im 20. Jahrhundert. „Die Botschaft der *Federalists* ist die folgende: kein Glück ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Selbstverwaltung, keine Selbstverwaltung ohne verfassungsmäßige Regierungsform, keine verfassungsmäßige Regierungsform ohne Moral – und keine dieser großen Güter ohne Stabilität und Ordnung.“ □



Das Weiße Haus

KAPITEL

3

DIE EXEKUTIVE:

DIE BEFUGNISSE DES PRÄSIDENTEN

„Der Präsident leitet seine gesamte Amtsgewalt vom Volk ab...“

*– Abraham Lincoln,
erste Amtsantrittsrede, 1861*

Zu einer Zeit, in der alle großen Länder in Europa von Erbmonarchen regiert wurden, erschien allein die Vorstellung eines Präsidenten mit einer begrenzten Amtszeit revolutionär. Aber die 1787 ratifizierte Verfassung übertrug die Regierungsgewalt einem Präsidenten, und das ist noch heute der Fall. Die Verfassung sieht auch die Wahl eines Vizepräsidenten vor, der das Präsidentenamt übernimmt, falls der Präsident stirbt, zurücktritt oder unfähig ist, das Amt weiter auszuüben. In der Verfassung werden zwar die Pflichten und Befugnisse des Präsidenten einigermaßen detailliert, beschrieben, dem Vizepräsidenten, dem 14-köpfigen Kabinett des Präsidenten (bestehend aus den Ministern der Ministerien) oder anderen Bundesbeamten werden jedoch keine speziellen Exekutivgewalten zugewiesen.

Die Schaffung eines starken, einheitlichen Präsidentenamts führte in der verfassungsgebenden Versammlung (*Constitutional Convention*) zu einigem Streit. Einige Bundesstaaten hatten mit aus mehreren Mitgliedern bestehenden Exekutivräten bereits Erfahrungen gesammelt – einem System, das in der Schweiz bereits seit einigen Jahren mit beträchtlichem Erfolg praktiziert wurde. Der Delegierte Benjamin Franklin forderte, dass ein ähnliches System in den Vereinigten Staaten umgesetzt werden sollte. Darüber hinaus standen viele Delegierte einer mächtigen Rolle des Präsidenten argwöhnisch gegenüber, da sie noch immer unter der übermäßigen Exekutivgewalt der britischen Krone zu leiden hatten. Nichtsdestotrotz setzten sich die

Befürworter einer einzelnen Person als Präsident durch, der jedoch in das System der gegenseitigen Kontrolle und gemeinsamen Verantwortung eingebunden sein sollte.

Die Verfassung gibt vor, dass der Präsident ein in den Vereinigten Staaten geborener Bürger sein muss, der mindestens 35 Jahre alt ist. Einige Monate vor den Präsidentschaftswahlen, die alle vier Jahre (in durch vier teilbaren Jahren) stattfinden, küren die politischen Parteien am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November ihren Präsidentschaftskandidaten. Der 1951 ratifizierte 22. Verfassungszusatz beschränkt die Präsidentschaft einer Person auf zwei Amtszeiten.

Der Vizepräsident ist in seiner Tätigkeit und Amtszeit an den Präsidenten gebunden. Der Vizepräsident hat das Recht der Amtsnachfolge und ist zudem der Vorsitzende des Senats. Der 1967 ratifizierte 25. Verfassungszusatz erläutert den Prozess der Amtsnachfolge im Präsidentenamt. Er beschreibt bestimmte Bedingungen, unter denen der Vizepräsident das Amt des Präsidenten übernehmen kann, sollte der Präsident aus irgendeinem Grund geschäftsunfähig werden. Er enthält auch Regelungen zur Wiederaufnahme des Amtes durch den Präsidenten für den Fall seiner Genesung. Außerdem ermöglicht es dieser Verfassungszusatz dem Präsidenten, mit der Zustimmung des Kongresses einen Vizepräsidenten zu bestimmen, wenn dieses Amt frei wird.

Die Verfassung verleiht dem Kongress die Befugnis, die Machtfolge nach dem Vizepräsidenten festzulegen. Derzeit ist es so, dass der *Speaker*

des Repräsentantenhauses das Präsidentenamt übernehmen würde, sollte sowohl der Präsident als auch der Vizepräsident aus dem Amt scheiden. Der nächste in der Machtfolge ist der Senatspräsident *pro tempore* (ein Senator, der vom Senat gewählt wird, ihm in der Abwesenheit des Vizepräsidenten vorzusitzen), danach folgen die Kabinettsmitglieder in einer festgelegten Reihenfolge.

Der Sitz der Regierung ist Washington, D.C. (im District of Columbia), eine Enklave zwischen den Bundesstaaten Maryland und Virginia an der Ostküste. Das Weiße Haus, zugleich Residenz und Amtssitz des Präsidenten, befindet sich dort.

Die Wahl des Präsidenten erfolgt im amerikanischen Wahlsystem nach einer besonderen Methode. Obwohl die Namen der Kandidaten auf den Stimmzetteln erscheinen, geben die Menschen ihre Stimme eigentlich nicht direkt für den Präsidenten (und den Vizepräsidenten) ab. Stattdessen wählen die Wähler jedes Bundesstaates eine Liste mit „Wahlmännern“ aus, deren Anzahl sich nach der Anzahl der Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses dieses Bundesstaates im Kongress richtet. Der Kandidat mit den meisten Stimmen in einem Bundesstaat erhält alle Stimmen der Wahlmänner dieses Bundesstaates.

Die Wahlmänner aller 50 Bundesstaaten und des District of Columbia – insgesamt 538 Personen – bilden zusammen das so genannte Wahlmännerkollegium. Gemäß der Vorgaben der Verfassung trifft das Wahlmännerkollegium nie als Körperschaft zusammen. Stattdessen kommen die

Wahlmänner jedes Bundesstaates in der Hauptstadt ihres Staates zusammen und geben ihre Stimmen für den Kandidaten mit den meisten Wählerstimmen im Bundesstaat ab. Um gewählt zu werden, muss ein Präsidentschaftskandidat 270 der möglichen 538 Wahlmännerstimmen erhalten. Die Verfassung setzt fest, dass, falls kein Kandidat eine Mehrheit bekommt, die Entscheidung vom Repräsentantenhaus getroffen werden muss, wobei alle Mitglieder eines Bundesstaates zusammen stimmen müssen. In diesem Falle hätte jeder Bundesstaat und der District of Columbia nur eine Stimme.

Die Amtszeit des Präsidenten beginnt nach der Wahl im November am 20. Januar (früher im März, dies wurde durch den 1933 ratifizierten 20. Verfassungszusatz geändert). Der Präsident beginnt seine offiziellen Verpflichtungen mit einer Amtseinführungszereemonie, die traditionsgemäß auf den Stufen des Kapitols abgehalten wird, in dem der Kongress zusammenkommt. Der Präsident leistet öffentlich einen Amtseid, der traditionsgemäß vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofs abgenommen wird. Der Wortlaut ist in Artikel II der Verfassung vorgegeben: „Ich gelobe (oder beteure) feierlich, dass ich das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten getreulich verwalten und die Verfassung der Vereinigten Staaten nach besten Kräften erhalten, schützen und verteidigen will.“ Der Eideszereemonie folgt eine Amtsantrittsrede, in der der neue Präsident die politischen Strategien und Pläne seiner Regierung skizziert.

DAS AMT DES PRÄSIDENTEN

Amtszeit: Gewählt vom Volk, durch das Wahlmännerkollegium, für eine Amtszeit von vier Jahren, beschränkt auf zwei Legislaturperioden

Gehalt: 400.000 Dollar jährlich seit dem 20. Januar 2001

Amtseinführung: Am 20. Januar, nach der allgemeinen Wahl im November

Voraussetzungen für das Amt: In den Vereinigten Staaten geborener Bürger, mindestens 35 Jahre alt, seit mindestens 14 Jahren in den Vereinigten Staaten wohnhaft

Wichtigste Aufgabe: Schutz der Verfassung und Durchsetzung der vom Kongress verabschiedeten Gesetze

Weitere Befugnisse: Gesetzgebungsempfehlungen an den Kongress, Einberufung außerordentlicher Sitzungen des Kongresses, Sprechen vor dem Kongress, Unterzeichnung oder Ablehnung von Gesetzen per Veto, Nominierung von Bundesrichtern, Nominierung der Leiter von Ministerien und Behörden sowie anderer wichtiger Bundesbeamter, Nominierung von Vertretern im Ausland, Gestaltung der offiziellen Beziehungen zu anderen Ländern, Ausübung der Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Gewährung von Begnadigungen bei Verstößen gegen die Gesetze der Vereinigten Staaten

Fortsetzung von Seite 43



Präsident George Bush kündigt 1992 im Hauptquartier der NASA (National Aeronautics and Space Administration) eine Umweltinitiative an.

DIE BEFUGNISSE DES PRÄSIDENTEN

Das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist eines der mächtigsten der Welt. Der Präsident, so die Verfassung, hat „Sorge zu tragen, dass die Gesetze gewissenhaft angewandt werden“. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, sitzt er der Exekutive des Regierungssystems des Landes vor – ein großer Apparat, der etwa vier Millionen Menschen umfasst, eine Million davon militärisches Personal im aktiven Dienst. Außerdem hat der Präsident bedeutende Befugnisse im Bereich der Legislative und Judikative.

Exekutive Befugnisse

Innerhalb der Exekutive hat der Präsident bedeutende Machtbefug-

nisse, um die nationalen Angelegenheiten und die Arbeit der Bundesregierung leiten zu können. Der Präsident kann Vorschriften, Verordnungen und Weisungen ausgeben, die Präsidialerlasse genannt werden und für Bundesbehörden bindende Gesetzeskraft haben, aber keine Zustimmung des Kongresses erfordern. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten kann der Präsident auch die Einheiten der Nationalgarde auf Bundesstaatenebene zum nationalen Dienst einberufen. In Zeiten von Krieg oder nationalen Krisen kann der Kongress dem Präsidenten noch weitere Befugnisse zur Regelung der nationalen Wirtschaft und der Gewährleistung der Sicherheit der Vereinigten Staaten zugestehen.

Der Präsident nominiert – und der Senat bestätigt – die Leiter aller Ministerien der Exekutive und Behörden sowie hunderte anderer hochrangiger Regierungsvertreter. Die Mehrheit der Angestellten von Bundesbehörden werden jedoch über das System des öffentlichen Dienstes ausgewählt, in dem sich Anstellung und Beförderung nach Fähigkeiten und Erfahrung richten.

Legislative Befugnisse

Trotz der Bestimmung der Verfassung, dass die gesamte „legislative Macht“ beim Kongress liegen soll, spielt der Präsident als wichtigster Repräsentant des öffentlichen Interesses eine große Rolle in der Legislative. Der Präsident kann sein Veto gegen vom Kongress verabschiedete Gesetzesvorlagen einlegen, so dass die Vorlage kein Gesetz wird, wenn die Mitglie-



Präsident Bill Clinton unterzeichnet 1998 umgeben von Abgeordneten des US-Kongresses ein Gesetz für weiterführende Bildung.

der beider Kammern des Kongresses sein Veto nicht mit einer Zweidrittelmehrheit außer Kraft setzen.

Ein Großteil der Gesetzgebung, mit der sich der Kongress befasst, wird auf Initiative der Exekutive ausgearbeitet. In seinen alljährlichen und außerordentlichen Reden vor dem Kongress kann der Präsident Gesetze vorschlagen, die seines Erachtens wichtig sind. Wenn der Kongress die Entscheidung vertagt, ohne auf die Vorschläge einzugehen, kann der Präsident ihn auffordern, eine Sondersitzung einzuberufen. Über seine offizielle Rolle hinaus kann der Präsident als Vorsitzender einer politischen Partei und als oberster Regierungsbeamter jedoch die öffentliche Meinung und so die Richtung der Gesetzgebung im Kongress beeinflussen.

Um ihre Arbeitsbeziehung zum Kongress zu verbessern, haben die letzten Präsidenten im Weißen Haus ein Verbindungsbüro für die Arbeit

mit dem Kongress eingerichtet. Die Berater des Präsidenten verfolgen alle wichtigen Aktivitäten der Legislative und versuchen, die Vertreter beider Parteien im Senat und Repräsentantenhaus zu überzeugen, die Politik der Regierung zu unterstützen.

Befugnisse im Bereich der Judikative

Zu den in der Verfassung genannten Befugnissen des Präsidenten zählt die Ernennung wichtiger Beamter. Wenn der Präsident Bundesrichter, einschließlich der Richter am Obersten Gerichtshof (*Supreme Court*), ernannt, müssen diese vom Senat bestätigt werden. Eine weitere wichtige Befugnis des Präsidenten ist



Präsident Ronald Reagan trifft sich mit Sandra Day O'Connor, nachdem er sie 1981 zur ersten weiblichen Richterin am Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten ernannte.

die vollständige oder an Bedingungen geknüpfte Begnadigung von Personen, die wegen Verstößen gegen Bundesgesetze verurteilt wurden – mit Ausnahme von Fällen, in denen höhere Beamte wegen Hochverrat oder Amtsmissbrauchs verurteilt wurden. Die Begnadigung schließt heute die Möglichkeit der Verkürzung von Freiheitsstrafen und die Verringerung von Geldstrafen ein.

Außenpolitische Befugnisse

Gemäß der Verfassung ist der Präsident der Bundesbeamte, der primär für die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu anderen Ländern zuständig ist. Der Präsident beruft Botschafter, Minister und Konsuln, die vom Senat bestätigt werden müssen, und empfängt Botschafter und andere Beamte des öffentlichen Dienstes aus dem Ausland. Zusammen mit dem Außenminister oder der Außenministerin unterhält der Präsident alle offiziellen Kontakte zu den Regierungen anderer Länder. Der Präsident nimmt gelegentlich persönlich an Gipfeltreffen teil, auf denen sich Staatsoberhäupter direkt austauschen: So führte Präsident Woodrow Wilson die amerikanische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz Ende des Ersten Weltkriegs an, und Präsident Franklin D. Roosevelt traf sich während des Zweiten Weltkriegs mit den Staatsoberhäuptern der Alliierten. Seit dieser Zeit hat sich jeder amerikanische Präsident mit den Staatsoberhäuptern der Welt zusammengesetzt, um wirtschaftliche und politische Themen zu diskutieren und bilaterale sowie multilaterale Abkommen abzuschließen.

Über das Außenministerium ist der Präsident verantwortlich für den Schutz im Ausland lebender Amerikaner und der in den Vereinigten Staaten lebenden ausländischen Staatsangehörigen. Der Präsident entscheidet, ob neue Länder und neue Regierungen anerkannt und



Präsident Jimmy Carter 1980 bei einem seiner wöchentlichen Frühstückstreffen mit seinen wichtigsten außenpolitischen Beratern.

ob Verträge mit anderen Ländern ausgehandelt werden, die für die Vereinigten Staaten bindend werden, wenn ihnen zwei Drittel des Senats zustimmen. Der Präsident kann auch Staatsverträge (so genannte „*executive agreements*“) mit Ländern aushandeln, die nicht die Zustimmung des Senats erfordern.

EINSCHRÄNKUNGEN DER MACHT DES PRÄSIDENTEN

Aufgrund der Vielzahl der Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Präsidenten und seiner herausragenden Präsenz auf nationaler und

internationaler Ebene messen politische Analysten seinen Befugnissen im Allgemeinen eine große Bedeutung bei. Einige haben sogar von einer „imperialen Präsidentschaft“ gesprochen und bezogen sich dabei auf die ausgedehnte Rolle des Amtes während Franklin D. Roosevelts Präsidentschaft.

Eine der ersten ernüchternden Realitäten, die ein neuer Präsident entdecken muss, ist eine ererbte bürokratische Struktur, die schwer zu bewältigen ist und deren Kurs sich nur langsam verändern lässt. Der Präsident hat lediglich die Befugnis, etwa 3.000 von etwa drei Millionen zivilen Regierungsangestellten zu ernennen.

Er findet zumeist heraus, dass die Maschinerie der Regierung oft unabhängig von Eingriffen des Präsidenten tätig ist, dies bereits unter vorherigen Regierungen war und es auch in der Zukunft sein wird. Neue Präsidenten werden sofort mit ausstehenden Entscheidungen der scheidenden Regierung konfrontiert. Sie übernehmen einen Haushalt, der ausgearbeitet und verabschiedet wurde, lange bevor sie ins Amt kamen, sowie umfassende Ausgabenprogramme (wie Leistungen für Kriegsveteranen, Sozialversicherungsleistungen und Medicare-Krankenversicherungen für Senioren), die per Gesetz vorgegeben sind. In den auswärtigen Angelegenheiten muss sich der Präsident nach Verträgen richten, die von seinen Vorgängern ausgehandelt wurden.

Wenn die fröhliche Euphorie der „Schonzeit“ nach den Wahlen nachlässt, muss der neue Präsident feststellen, dass der Kongress sich als

weniger kooperativ und die Medien als kritischer herausstellen, als sie es zuvor waren. Er muss zumindest temporäre Bündnisse zwischen vielfältigen, oft widerstreitenden Interessen aufbauen – wirtschaftlicher, geografischer, ethnischer und ideologischer Art. Wenn Gesetze umgesetzt werden sollen, müssen mit dem Kongress Kompromisse eingegangen werden. „Es ist sehr leicht, eine Gesetzesvorlage im Kongress zu Fall zu bringen“, beklagte sich Präsident John F. Kennedy. „Es ist weitaus schwieriger, ein Gesetz zu verabschieden.“

Trotz dieser Einschränkungen setzt jeder Präsident zumindest einige seiner Gesetzesvorhaben durch und verhindert mit seinem Veto die Verabschiedung anderer Gesetze, die seiner Meinung nach nicht im ureigensten Interesse des Landes sind. Die Befugnisse des Präsidenten in Zeiten von Krieg und Frieden, einschließlich der Aushandlung von Verträgen, ist beachtlich. Außerdem kann der Präsident seine einzigartige Position dazu verwenden, Ideen zu artikulieren und politische Strategien zu befürworten, die so eine bessere Chance haben, ihren Weg ins öffentliche Bewusstsein zu finden, als die seiner politischen Rivalen. Präsident Theodore Roosevelt nannte diesen Aspekt des Präsidentenamts „die Macht der Kanzel“, denn wenn ein Präsident ein Thema anspricht, wird es zwangsläufig Teil der öffentlichen Debatte. Die Macht und der Einfluss eines Präsidenten sind also eingeschränkt, aber in jedem Fall größer als die eines jeden anderen Amerikaners in einem oder ohne ein Amt.

DIE MINISTERIEN

Die tägliche Durchsetzung und Anwendung nationaler Gesetze obliegt den verschiedenen Ministerien, die vom Kongress eingesetzt sind, um sich bestimmten Bereichen in den nationalen und internationalen Beziehungen anzunehmen. Die vom Präsidenten nominierten und vom Senat bestätigten Minister der 14 Ministerien bilden zusammen ein Beratergremium, das allgemein als „Kabinettnett“ des Präsidenten bezeichnet wird. Zusätzlich zu den Ministerien gibt es eine Reihe von Einrichtungen, die Teil der Präsidentskanzlei sind. Dazu gehören der Stab des Weißen Hauses, der Nationale Sicherheitsrat, das Haushalts- und Verwaltungsbüro, der Wirtschaftsbeirat, das Büro des amerikanischen Handelsbeauftragten und die Dienststelle für wissenschaftliche und technologische Entwicklungen.

Die Verfassung enthält keine Regelungen bezüglich des Kabinetts des Präsidenten. Sie sieht vor, dass der Präsident in schriftlicher Form die Meinung der Leiter der Ministerien zu einem Thema in ihrem Zuständigkeitsbereich einholen kann, benennt aber weder die Ministerien, noch beschreibt sie ihre Funktionen. Es gibt zudem keine verfassungsmäßig festgelegten Voraussetzungen für den Dienst im Kabinettnett.

Das Kabinettnett entwickelte sich außerhalb der Verfassung aus praktischer Notwendigkeit heraus. Selbst in den Tagen George Washingtons, dem ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten, war es für den Präsidenten nicht möglich, seinen Pflichten ohne Rat und Unterstützung nachzukommen. Kabinettnette sind das, was der jeweili-

ge Präsident aus ihnen macht. Einige Präsidenten haben sich sehr auf ihren Rat gestützt, andere wenig, und einige wenige haben sie größtenteils ignoriert. Unabhängig davon, ob Kabinettnettmitglieder als Berater auftreten, sind sie für die Koordination der Regierungsaktivitäten in bestimmten Bereichen verantwortlich.

Jedes Ministerium hat tausende von Angestellten in Büros in Washington und dem ganzen Land. Die Ministerien sind in Abteilungen, Geschäftsbereiche, Büros und Dienste unterteilt, und jeder Kategorie kommen bestimmte Pflichten zu.

Das Landwirtschaftsministerium

Das US-Landwirtschaftsministerium (*Department of Agriculture – USDA*) unterstützt die Agrarproduktion, um faire Preise und stabile Märkte für Hersteller und Konsumenten zu gewährleisten, arbeitet auf eine Verbesserung und Beibehaltung der Einkünfte aus der Landwirtschaft hin und unterstützt die weitere Erschließung von ausländischen Märkten für Agrarprodukte. Das Ministerium hat es sich zum Ziel gesetzt, Armut, Hunger und Unterernährung zu bekämpfen, indem Lebensmittelmarken an arme Menschen ausgegeben werden, Bildungsprogramme über Ernährung finanziert und andere Programme zur Ernährungsunterstützung, primär für Kinder, schwangere Frauen und ältere Menschen, angeboten werden. Das Ministerium sichert die Produktionskapazitäten, indem es Landbesitzern dabei behilflich ist, ihre Boden-, Wasser-, Wald- und andere natürlichen Ressourcen zu schützen.

Fortsetzung auf Seite 52

DAS KABINETT

Der amerikanische Titel aller Minister lautet *Secretary*, bis auf den des Justizministers, dessen Titel im Amerikanischen *Attorney General* ist.

Das Landwirtschaftsministerium: Geschaffen 1862

Das Wirtschaftsministerium: Geschaffen 1903. Das Wirtschafts- und Arbeitsministerium wurde 1913 in zwei separate Ministerien aufgeteilt.

Das Verteidigungsministerium: Zusammengeschlossen 1947. Das Verteidigungsministerium wurde durch die Zusammenführung des Kriegsministeriums (geschaffen 1789), des Marineministeriums (geschaffen 1798) und des Luftwaffenministeriums (geschaffen 1947) ins Leben gerufen. Obwohl der Verteidigungsminister Mitglied des Kabinetts ist, sind es die Heeres-, Marine- und Luftwaffenminister nicht.

Das Bildungsministerium: Geschaffen 1979. Früher Teil des Ministeriums für Gesundheit, Bildung und Soziales

Das Energieministerium: Geschaffen 1977

Das Gesundheitsministerium: Geschaffen 1979, als das Ministerium für Gesundheit, Bildung und Soziales (geschaffen 1953) in verschiedene Zuständigkeitsbereiche aufgeteilt wurde.

Das Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung: Geschaffen 1965

Das Innenministerium: Geschaffen 1849

Das Justizministerium: Geschaffen 1870. Von 1789 bis 1870 war der Justizminister (*Attorney General*) Mitglied des Kabinetts, leitete aber kein Ministerium.

Das Arbeitsministerium: Geschaffen 1913

Das Außenministerium: Geschaffen 1789

Das Verkehrsministerium: Geschaffen 1966

Das Finanzministerium: Geschaffen 1789

Das Ministerium für ehemalige Kriegsteilnehmer: Geschaffen 1989, als die Versorgungsbehörde für Kriegsveteranen den Status eines Ministeriums erhielt.

Das Ministerium führt Programme zur ländlichen Entwicklung sowie Kredit- und Umweltschutzprogramme durch, die nationale Wachstumsstrategien umsetzen sollen, und realisiert wissenschaftliche und technologische Forschungsarbeit in allen landwirtschaftlichen Bereichen.

hoher nationaler Bedeutung und leitet die Nationale landwirtschaftliche Bibliothek (*National Agricultural Library*) zur Bereitstellung von Informationen für eine große Bandbreite von Benutzern, von Wissenschaftlern in der Forschung bis zur allgemeinen Öffentlichkeit.



Auf der Tierversuchsstation des US-Landwirtschaftsministeriums in der Nähe von Dubois (Idaho) werden Schafe zum Zählen und Wiegen in Umzäunungen getrieben.

Durch seine Prüf- und Benotungsverfahren stellt das Landwirtschaftsministerium die Einhaltung von Qualitätsstandards bei den zum Verkauf angebotenen Lebensmitteln sicher. Der Landwirtschaftliche Forschungsdienst (*Agricultural Research Service*) des Ministeriums arbeitet an der Entwicklung von Lösungen für landwirtschaftliche Probleme von

Der zum amerikanischen Landwirtschaftsministerium gehörende auswärtige Landwirtschaftsdienst (*Foreign Agricultural Service – FAS*) ist ein Amt zur Förderung und Unterstützung der Exporte der amerikanischen Landwirtschaft. Er beschäftigt Spezialisten im Ausland, die dort basierend auf amerikanischen landwirtschaftlichen und unterneh-

merischen Interessen Agrarstudien durchführen. Der amerikanische Forstdienst, ebenfalls Teil des Ministeriums, verwaltet ein ausgedehntes Netzwerk nationaler Forst- und Wildnisgebiete.

Das Wirtschaftsministerium

Das Wirtschaftsministerium (*Department of Commerce*) fördert den internationalen Handel, das Wirtschaftswachstum und den technologischen Fortschritt der Vereinigten Staaten. Es bietet Hilfestellung und Informationen zur Erhöhung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt an, führt Programme zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Wachstumsförderung von Unternehmen im Besitz von Minderheiten durch und stellt Unternehmens- und Regierungsplanern statistische, wirtschaftliche und demografische Informationen zur Verfügung.

Das Ministerium umfasst eine Vielzahl von Behörden. Das Nationale Institut für Normen und Technologie (*National Institute of Standards and Technology*) fördert beispielsweise das Wirtschaftswachstum, indem es mit der Industrie an der Entwicklung und Anwendung von Technologien, Messtechnik und Normen arbeitet. Die nationale Behörde für Ozean- und Atmosphärenforschung (*National Oceanic and Atmospheric Administration*), zu der auch der nationale Wetterdienst (*National Weather Service*) gehört, versucht, das Verständnis für die Umwelt zu verbessern und die Küsten- und Seegebiete der Vereinigten Staaten zu schützen. Das amerikanische Patent- und Markenamt (*Patent and Trademark Office*) unterstützt



Dave Glaze, einer der Entwickler der Atomuhr, überprüft ein Gerät dieser Art im *National Institute of Standards and Technology* des Wirtschaftsministeriums in Boulder (Colorado). Die Uhr misst die Zeit durch die genaue Zählung der Vibration von Atomen.

Fortschritte in der Wissenschaft und den Geisteswissenschaften, indem Autoren und Erfindern Exklusivrechte an ihren Werken und Entdeckungen zugesprochen werden. Die Nationale Telekommunikations- und Informationsbehörde der Vereinigten Staaten (*National Telecommunications and Information Administration*) berät den Präsidenten im Bereich Telekommunikationspolitik und versucht, Innovationen und Wettbewerb zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und Konsumenten hochwertigere Telekommunikationsdienstleistungen zu niedrigeren Preisen anzubieten.

Das Verteidigungsministerium

Der Sitz des Verteidigungsministeriums (*Department of Defense – DoD*) ist das Pentagon, eines der größten Bürogebäude der Welt. Das Verteidigungsministerium ist für alle Bereiche verantwortlich, die mit der militärischen Sicherheit des Landes zu tun haben. Es rekrutiert die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, die aus unge-



Der damalige Verteidigungsminister William J. Perry überreicht einem Absolventen der *U.S. Military Academy* in West Point (New York) 1996 ein Diplom.

fähr einer Million Soldatinnen und Soldaten im aktiven Dienst bestehen. Sie werden in kritischen Situationen von den 1,5 Millionen Reservisten der Bundesstaaten unterstützt, die als Nationalgarde bezeichnet werden. Zusätzlich arbeiten im Verteidigungsministerium ungefähr 730.000 zivile Angestellte in Bereichen wie der Forschung, der nachrichtendienstlichen Kommunikation und Planung sowie internationalen Sicherheitsangelegenheiten. Die NSA (*National Security Agency*) koordiniert, leitet und führt hochspezialisierte nachrichtendienstliche Aktivitäten zur Unterstützung der Maßnahmen der amerikanischen Regierung aus und ist dabei auch dem Verteidigungsminister untergeordnet.

Das Ministerium leitet die separat organisierten Teilstreitkräfte Armee, Marine, Marinekorps und Luftwaffe sowie die vier Militärakademien und das *National War College*, die Vereinigten Stabschefs sowie einige spezialisierte Kampfeinheiten. Das Verteidigungsministerium unterhält zur Erfüllung der Vertragsverpflichtun-

gen der Vereinigten Staaten, zum Schutz der entlegenen amerikanischen Territorien und des Handels sowie zur Bereitstellung von Luftstreitkräften und Unterstützungskräften für Streitkräfte in Übersee. Zu seinen nichtmilitärischen Aufgaben gehören der Hochwasserschutz, die Erschließung ozeanografischer Ressourcen und die Verwaltung der Öreserven.

Das Bildungsministerium

Obwohl Schulen innerhalb des amerikanischen Bildungssystems primär unter die Verantwortung der Kommunen fallen, ist das Bildungsministerium für die Behandlung entscheidender Themen im Bereich des amerikanischen Bildungssystems zuständig und dient als Sammelstelle für Informationen, mit denen Entscheidungsträger auf Bundesstaaten- und Kommunalebene ihre Schulen verbessern können. Das Ministerium entwickelt politische Strategien für nationale Bildungsprogramme und führt sie aus, worunter auch Studiendarlehenprogramme, Programme für benachteiligte und behinderte Studenten sowie Berufsbildungsprogramme fallen.

In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts konzentrierte sich das Bildungsministerium auf folgende Bereiche: Anheben der Standards aller Schüler, Verbesserung des Unterrichts, Einbindung der Eltern und Familien in die Ausbildung der Kinder, Verbesserung der allgemeinen Sicherheit, Disziplin und Schutz vor Drogen an Schulen, Stärkung der



Kinder in einem Klassenzimmer in einer öffentlichen Schule in New York beim Lernen

Verbindungen zwischen Schule und Arbeit, Verbesserung des Zugangs zu Finanzhilfen für Schüler und Studenten, die Colleges besuchen oder eine Berufsausbildung machen sowie die Unterstützung aller Schüler, technologische Zusammenhänge zu begreifen.

Das Energieministerium

Wachsende Sorgen bezüglich der Energieversorgungsprobleme der Vereinigten Staaten während der Siebzigerjahre des 20. Jahrhunderts veranlassten den Kongress, das Energieministerium (*Department of Energy – DoE*) zu gründen. Das Ministerium übernahm die Funktionen verschiedener Regierungsbehörden, die bereits im Energiebereich tätig waren. Die Büros innerhalb des Energieministeriums befassen sich mit Forschung, Entwicklung und Veranschaulichung von Energietechnologien, Energieeinsparungen, der zivilen und militärischen Nutzung von Atomkraft, der Regulierung der Energiegewinnung und -verwendung, der Preisfestsetzung für und Bereitstellung von Öl sowie der zentralen

Sammlung und Analyse von Energiedaten.

Das Energieministerium schützt die Umwelt in den Vereinigten Staaten, indem es Standards zur Verringerung der schädlichen Auswirkungen der Energiegewinnung einsetzt. Das Energieministerium führt beispielsweise Studien in den Bereichen Umwelt und Gesundheit durch, wie etwa Studien über bei der Generierung von Energie entstehende Schadstoffe und ihre Auswirkungen auf Ökosysteme.

Das Gesundheitsministerium

Das Gesundheitsministerium (*Department of Health and Human Services – HHS*), das ungefähr 300 verschiedene Programme leitet, hat in seiner Arbeit wahrscheinlich größeren Einfluss auf das Leben vieler Amerikaner als jede andere Regierungsbehörde. Seine größte Unterabteilung, die Behörde für die Finanzierung des Gesundheitsvorsorgewesens (*Health Care Financing Administration*), unterhält die Programme *Medicare* und *Medicaid*, im Rahmen derer jeder fünfte Amerikaner krankenversichert ist. Das *Medicare*-Programm bietet mehr als 30 Millionen älteren und behinderten Amerikanern Gesundheitsversicherungsschutz. *Medicaid*, ein gemeinsames Programm des Bundes und der Einzelstaaten, gewährleistet Versicherungsschutz für 31 Millionen Menschen mit niedrigerem Einkommen, darunter 15 Millionen Kinder.

Das Gesundheitsministerium leitet auch die *National Institutes of Health (NIH)*, die größte im Bereich



Dr. Teresa Pham, Spezialistin für Geriatrie, spricht im *Rehabilitation Center of Los Angeles* (Kalifornien) mit einer Patientin.

der medizinischen Forschung tätige Organisation der Welt. Sie unterstützt mehr als 30.000 Forschungsprojekte zu Krankheiten wie Krebs, Alzheimer, Diabetes, Arthritis, Herzkrankungen und AIDS. Andere dem Gesundheitsministerium untergeordnete Behörden gewährleisten die Sicherheit und Wirksamkeit der Lebensmittel und Arzneimittel innerhalb der Vereinigten Staaten, arbeiten an der Vermeidung von Ausbrüchen ansteckender Krankheiten, stellen Gesundheitsdienste für die Ureinwohner Alaskas und der Vereinigten Staaten bereit und tragen dazu bei,

die Qualität und Verfügbarkeit von Präventivmaßnahmen gegen Drogenmissbrauch, für die Suchtbehandlung und Gesundheitsdienste bei psychischen Erkrankungen zu verbessern.

Das Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung

Das Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung (*Department of Housing and Development – HUD*) leitet Programme, im Rahmen derer die Entwicklung von Wohnsiedlungen und die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum unterstützt wird. Faire, vom Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung durchgesetzte Wohnungsbaugesetze sollen sicherstellen, dass Einzelpersonen und Familien sich eine Wohnung oder ein Haus kaufen können, ohne dabei Diskriminierung ausgesetzt zu sein. Das Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung leitet Versicherungsprogramme, die Familien helfen, sich eine Wohnung oder ein Haus zu kaufen, und ein Mieten-Subventionsprogramm für Familien mit niedrigem Einkommen, die sich sonst keinen angemessenen Wohnraum leisten könnten. Außerdem betreibt es Programme für die Sanierung von Wohnsiedlungen, den Schutz von Stadtzentren vor der Verwahrlosung und die Förderung der Entwicklung neuer Wohngegenden. Das Ministerium ist auch für den Schutz von Eigenheimkäufern auf dem Markt zuständig und fördert Programme zur Belebung der Bauindustrie.

Das Innenministerium

Als führende Umweltschutzbehörde ist das Innenministerium

(*Department of the Interior*) für einen Großteil des öffentlichen Grunds und der natürlichen Ressourcen in Bundeseigentum in den Vereinigten Staaten verantwortlich. Der *U.S. Fish and Wildlife Service* verwaltet 500 Naturschutzparks, 37 geschützte Feuchtgebiete, 65 nationale Laichgebiete für Fische sowie ein Netzwerk von Strafverfolgungsbehörden im Umweltbereich. Der *National Park Service* verwaltet mehr als 370 Nationalparks und Naturdenkmäler, landschaftlich schöne Alleen und Parkanlagen, Flüsse, Küsten- und Erholungsgebiete sowie historische Stätten, um das natürliche und kulturelle Erbe der Vereinigten Staaten zu schützen.

Mithilfe des Landverwaltungsamts (*Bureau of Land Management*) überwacht das Ministerium Landstriche und natürliche Ressourcen auf Millionen von Hektar öffentlichem Land, das hauptsächlich im Westen der Vereinigten Staaten liegt – wie die Vegetation in Weideland- und Erholungsgebieten bis zur Holz- und Ölgewinnung. Die Behörde zur Finanzierung von Bewässerungsvorhaben (*Bureau of Reclamation*) verwaltet im semiariden Westen der Vereinigten Staaten die knappen Wasserressourcen. Außerdem reguliert das Ministerium den Bergbau in den Vereinigten Staaten, bewertet mineralische Ressourcen und hat eine große Verantwortung bezüglich des Schutzes und der Bewahrung des Treuhandvermögens der Ureinwohner der Vereinigten Staaten und Alaskas. Auf internationaler Ebene koordiniert das Ministerium die nationale Politik in den Territorien der amerikanischen Jungferninseln, Guam, Amerikanisch-Samoa sowie

der Nördlichen Marianen und überwacht die finanzielle Unterstützung der Entwicklung auf den Marshallinseln, in den Föderierten Staaten von Mikronesien und auf Palau.

Das Justizministerium

Das Justizministerium vertritt die US-Regierung in rechtlichen Angelegenheiten und vor Gericht und bietet dem Präsidenten und den Ministern seines Kabinetts auf Anfrage rechtlichen Rat und Stellungnahmen zu bestimmten Themen. Das Justizministerium wird vom Justizminister der Vereinigten Staaten geleitet, dem obersten Justizbeamten der amerikanischen Regierung. Das FBI (*Federal Bureau of Investigation*) ist die leitende Strafverfolgungsbehörde für Straftaten nach Bundesrecht und die Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde (*Immigration and Naturalization Service – INS*) setzt die Zuwanderungsgesetze durch. Eine große Behörde innerhalb des Ministeriums ist die Drogenbekämpfungsbehörde (*Drug Enforcement Administration – DEA*), die Betäubungsmittelgesetze und Gesetze zu kontrollierten Substanzen durchsetzt und große illegale Drogenhändlerlinge aufdeckt.

Das Ministerium unterstützt nicht nur einzelne örtliche Polizeistellen, sondern weist amerikanische Bezirksstaatsanwälte und Vollzugsbeamte überall im Land an, hat die Aufsicht über Bundesgefängnisse und andere Strafvollzugsanstalten, ermittelt bei Haftentlassungs- und Begnadigungsgesuchen und berichtet dem Präsidenten über die Ergebnisse der Ermittlungen. Das Justizministerium steht auch in Kontakt mit INTERPOL,

der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation, deren Aufgabe die Förderung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden in den 176 Mitgliedsländern ist.

Das Arbeitsministerium

Das Arbeitsministerium (*Department of Labor*) fördert das Wohl von



Einsatzbeamte der Drogenbekämpfungsbehörde (DEA) bei einem Treffen mit Special Agent Michelle Leonhart, der Leiterin des DEA-Büros in San Francisco (Kalifornien)

Lohnempfängern in den Vereinigten Staaten, trägt dazu bei, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und fördert gute Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Es setzt das nationale Arbeitsrecht um durch Stellen wie die Behörde für Sicherheit am Arbeitsplatz und Gesundheitsschutz (*Occupational Safety and Health Administration*), die Behörde für Beschäftigungsstandards (*Employment Standards Administration*) und die Behörde für Sicherheit und Gesundheitsschutz im Bergbau (*Mine Safety and Health Administration*). Diese Gesetzgebung sichert Arbeitnehmern ihre Rechte auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, Stundenlöhne,

Bezahlung von Überstunden, Schutz vor Diskriminierung im Beruf, Arbeitslosenversicherung sowie Entschädigung bei Unfällen am Arbeitsplatz. Das Ministerium schützt zudem die Rentenansprüche von Arbeitnehmern, unterstützt Berufsausbildungsprogramme und hilft Arbeitnehmern bei der Stellensuche. Das Statistische Arbeitsamt (*Bureau of Labor Statistics*) überwacht und erstattet Bericht über Veränderungen bei den Beschäftigungszahlen, Preisen und anderen volkswirtschaftlichen Messwerten. Das Ministerium unternimmt spezielle Anstrengungen, um älteren Arbeitnehmern, Jugendlichen, Angehörigen von Minderheiten, Frauen und behinderten Menschen zu helfen, die eine Arbeit suchen.

Das Außenministerium

Das Außenministerium (*Department of State*) berät den Präsidenten, der die Hauptverantwortung bei der Formulierung und Durchführung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten trägt. Das Ministerium bewertet die amerikanischen Interessen im Ausland, spricht Empfehlungen zu politischen Strategien und zukünftigen Maßnahmen aus und leitet die notwendigen Schritte zur Durchführung der ausgearbeiteten politischen Strategie ein. Es unterhält Kontakte und Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Ausland, berät den Präsidenten bezüglich der Anerkennung neu entstandener Staaten und Regierungen, handelt Verträge und Abkommen mit anderen Ländern aus und spricht in den Vereinten Nationen und anderen großen internationalen Organisationen für die Ver-

einigten Staaten. Das Ministerium unterhält weltweit mehr als 250 diplomatische und konsularische Vertretungen. 1999 wurde die Behörde für Waffenkontrolle und Abrüstung (*U.S. Arms Control and Disarmament Agency*) und das US-Informationsamt (*U.S. Information Agency*) in die Struktur und Aufgabenstellung des Außenministeriums eingegliedert.

Das Verkehrsministerium

Das Verkehrsministerium (*Department of Transportation – DOT*) ist über zehn innerbehördliche Abteilungen für die Planung, Entwicklung und den Bau von Autobahnen, den städtischen Personennahverkehr, Eisenbahnstrecken, die Zivilluftfahrt, die Sicherheit von Wasserwegen, Häfen, Autobahnen sowie Öl- und Gasleitungen zuständig und leitet so die gesamte nationale Verkehrspolitik.

Das Luftfahrtbundesamt (*Federal Aviation Administration – FAA*) betreibt

beispielsweise ein landesweites Netzwerk bestehend aus Flughafentowers, Luftverkehrskontrollzentren sowie Servicestationen für Flüge, das Bundesamt für Bundesstraßen (*Federal Highway Administration*) stellt den Bundesstaaten finanzielle Unterstützung zur Verbesserung der staatenverbindenden Bundesstraßen, städtischen Straßen, Landstraßen sowie Brücken zur Verfügung, das Bundesamt für die Sicherheit auf Bundesstraßen (*National Highway Traffic Safety Administration*) stellt Sicherheitsstandards für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugzubehör auf und das Seeschiffahrtsamt (*Maritime Administration*) ist für die amerikanische Handelsmarine zuständig. Die US-Küstenwache (*U.S. Coast Guard*) ist die wichtigste Behörde für die Durchsetzung des amerikanischen Seerechts und die Vergabe von Lizenzen und führt Such- und Rettungsmissionen auf See durch, bekämpft den Drogenschmuggel und trägt zur Ver-



Ein Fluglotse des Luftfahrtbundesamts (FAA) kontrolliert im regionalen Zentrum in Seattle (Washington) ein Radarschirmbild.



Agenten des *Secret Service* flankieren 1993 während der Parade zur Amtseinführung in Washington das Auto von Präsident Bill Clinton.

meidung von Ölkatastrophen und der Verschmutzung des Ozeans bei.

Das Finanzministerium

Das Finanzministerium (*Department of the Treasury*) ist für die steuerlichen und monetären Angelegenheiten des Landes zuständig. Das Ministerium hat vier grundlegende Funktionen: die Ausarbeitung der Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik, die Rolle als Finanzbehörde der US-Regierung, die Bereitstellung von spezialisierten Strafverfolgungsdiensten sowie die Prägung von Münzen und Geldscheinen. Das Finanzministerium berichtet dem Kongress und dem Präsidenten über die finanzielle Situation der Regierung sowie über den Zustand der Volkswirtschaft. Es reguliert den Verkauf von Alkohol, Tabak und Schusswaffen im bundesstaatenübergreifenden und internationalen Handel, überwacht das Drucken der Briefmarken für die amerikanische Bundespost (*U.S. Postal Service*), leitet den *Secret Service*, der den Präsidenten,

den Vizepräsidenten, deren Familien sowie durchreisende Würdenträger oder Staatsoberhäupter beschützt, geht gegen die Fälschung der amerikanischen Währung und Wertpapiere vor und leitet die US-Zollbehörde, die den Warenstrom in die Vereinigten Staaten reguliert und besteuert.

Zum Ministerium gehört auch die Bankenaufsichtsbehörde, in der der Kontrolleur der Umlaufmittel die Gesetze anwendet, gemäß derer die ungefähr 2.900 nationalen Banken geführt werden. Die Bundessteuerbehörde (*Internal Revenue Service – IRS*) ist zuständig für die Festsetzung, Schätzung und Erhebung von Steuern – der Hauptquelle der Staatseinnahmen der Regierung.

Das Ministerium für ehemalige Kriegsteilnehmer

Das Ministerium für ehemalige Kriegsteilnehmer (*Department of Veterans Office*) wurde 1930 als unabhängige Behörde geschaffen und 1989 zum Ministerium gemacht. Es ist für die Vermittlung von Leistungen und Diensten zuständig, die Veteranen des US-Militärdienstes und ihren Familien zustehen. Die Gesundheitsversorgungsbehörde für Kriegsveteranen (*Veterans Health Administration*) bietet diesen Krankenhaus- und Pflegedienste, ambulante medizinische und zahnärztliche Versorgung in über 173 medizinischen Zentren, 40 Altersheimen, 600 Kliniken, 133 Pflegeheimen sowie 206 Zentren für Vietnam-Veteranen in den Vereinigten Staaten, Puerto Rico und den Philippinen. Es führt medizinische Forschungsprojekte in Bereichen wie Altern, gesundheitsrelevanten The-

men für Frauen, AIDS und dem posttraumatischen Stresssyndrom durch.

Das Amt für Kriegsrenten (*Veterans Benefits Administration – VBA*) bearbeitet Anträge auf Invalidenrente, Renten, speziellen Bedürfnissen angepasste Wohnungen und auf andere Dienste. Das Amt für Kriegsrenten leitet auch Bildungsprogramme für ehemalige Kriegsteilnehmer und bietet infrage kommenden Kriegsveteranen und militärischem Personal im aktiven Dienst Unterstützung bei der Kreditaufnahme vor dem Hausbau oder -kauf an. Das nationale Friedhofsystem des Ministeriums für ehemalige Kriegsteilnehmer stellt Beerdigungsdienste, Grabsteine sowie Gedenktafeln für Veteranen und infrage kommende Familienmitglieder auf 116 Friedhöfen in den Vereinigten Staaten zur Verfügung.

DIE UNABHÄNGIGEN BEHÖRDEN

Die Ministerien sind die wichtigsten ausführenden Organe der Bundesregierung, zahlreiche andere Behörden tragen jedoch ebenfalls eine große Verantwortung bei der Gewährleistung der reibungslosen Arbeit der Regierung und der Volkswirtschaft. Sie werden oft als unabhängige Behörden bezeichnet, da sie nicht Teil der Ministerien sind.

Die Struktur und Aufgaben dieser Behörden variieren stark. Einige sind regulative Gruppen, die bestimmte Sektoren der Wirtschaft überwachen können. Andere wiederum bieten spezielle Dienste für die Regierung oder die Bevölkerung an. In den meisten Fällen wurden die Behörden vom Kongress geschaffen, um sich mit Sachverhalten zu beschäftigen, die für die normale Gesetzgebung zu komplex geworden sind. 1970 schuf der Kongress beispielsweise die Umweltschutzbehörde (*Environmental Protection Agency – EPA*), um die Bestrebungen der Regierung zum Schutz der Umwelt zu koordinieren. Zu den wichtigsten unabhängigen Behörden zählen die folgenden:

Die **CIA** (*Central Intelligence Agency*) koordiniert die nachrichtendienstlichen Aktivitäten bestimmter Regierungsabteilungen und -behörden, sammelt, bewertet und setzt



Ein Angler wirft seine Angel am Great Miami River in Dayton (Ohio) aus. Der Fluss wurde im Einklang mit von der Umweltschutzbehörde aufgestellten Standards gesäubert.

nachrichtendienstliche Informationen, die mit der nationalen Sicherheit zu tun haben, miteinander in Verbindung, und spricht dem Nationalen

Sicherheitsrat innerhalb der Präsidentialkanzlei Empfehlungen aus.

Die Umweltschutzbehörde (*Environmental Protection Agency - EPA*) arbeitet mit Staaten- und Kommunalregierungen überall in den Vereinigten Staaten zusammen, um die Luft- und Wasserverschmutzung einzudämmen und zu verringern und sich mit Problemen bezüglich Feststoffabfällen, Pestiziden, Strahlung und Giftstoffen auseinander zu setzen. Die Umweltschutzbehörde stellt Standards für die Luft- und Wasserqualität auf und setzt sie durch, bewertet die Auswirkungen von Pestiziden und chemischen Substanzen und leitet das Programm *Superfund* zur Säuberung von Giftmülldeponien.

Die Bundesbehörde für das Fernmeldewesen (*Federal Communications Commission - FCC*) ist für die Regulierung der Radio-, Fernseh-,



Die Bundesbehörde für Notfallmanagement stellt 1999 Wohnwagen für die Opfer des Hurrikans Floyd in Rocky Mount (North Carolina) auf.

Telegrafien-, Satelliten- und Kabelkommunikation zwischen Bundesstaaten und mit anderen Ländern zuständig. Sie vergibt Lizenzen für Radio- und Fernsehsender, weist Radiofrequenzen zu und setzt Regulierungen durch, um sicherzustellen, dass die

Kabelnutzungspreise angemessen sind. Die Bundesbehörde für das Fernmeldewesen stellt den ordnungspolitischen Rahmen für Netzbetreiber auf, wie beispielsweise für Telefon- und Telegrafiefirmen sowie Anbieter drahtloser Telekommunikationsdienstleistungen.

Die Bundesbehörde für Notfallmanagement (*Federal Emergency Management Agency - FEMA*) koordiniert die Arbeit der Behörden auf Landes-, Bundesstaaten- und kommunaler Ebene bei der Reaktion auf Hochwasser, Wirbelstürme, Erdbeben sowie andere Naturkatastrophen. Die FEMA bietet Einzelpersonen und Regierungen finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau von Wohnhäusern, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen, bildet Feuerwehrmänner und medizinisches Notfallpersonal aus und fördert die Notfallplanung überall in den Vereinigten Staaten und den amerikanischen Territorien.

Der Landeszentralbankrat (*Federal Reserve Board*) ist das Hauptorgan des Zentralbanksystems, der Zentralbank der Vereinigten Staaten. Er reguliert die Währungspolitik des Landes, indem er das Kredit- und Geldvolumen im Umlauf beeinflusst. Die Zentralbank stellt den ordnungspolitischen Rahmen für private Bankinstitutionen auf, hat die Eindämmung systemischer Risiken auf Finanzmärkten zum Ziel und bietet besondere Finanzdienstleistungen für die amerikanische Regierung, die Öffentlichkeit und Finanzinstitutionen.

Der Ausschuss zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs (*Federal Trade Commission - FTC*) setzt nationale Kartell- und Verbraucher-

schutzgesetze um, indem er durch Konsumenten, Unternehmen, den Kongress oder Medienberichte angelegte Beschwerden gegenüber einzelnen Unternehmen untersucht. Die Kommission will sicherstellen, dass der amerikanische Markt wett-



Astronaut Fred W. Leslie 1995 während einer Raummission im Spaceshuttle Columbia bei Untersuchungen zur atmosphärischen Dynamik und zur Strömungsdynamik.

bewerbsfähig bleibt, indem ungerichte oder trügerische Praktiken abgeschafft werden.

Die Allgemeine Bundesverwaltung (*General Services Administration - GSA*) ist für den Erwerb, die Bereitstellung, den Betrieb und die Wartung von nationalem Eigentum, Gebäuden und Ausrüstung sowie den Verkauf von überschüssigen Vermö-

genswerten zuständig. Die Allgemeine Bundesverwaltung leitet auch den nationalen Automobilfuhrpark und hat die Aufsicht über Telearbeits- und Kinderbetreuungscentren inne.

Die NASA (*National Aeronautics and Space Administration*) wurde 1958 als Oberaufsicht des amerikanischen Weltraumprogramms geschaffen. Sie schickte die ersten amerikanischen Satelliten und Astronauten in die Erdumlaufbahn und entsandte die Apollo-Kapsel, mit der 1969 die ersten Menschen auf dem Mond landeten. Heute führt die NASA an Bord von Satelliten in der Erdumlaufbahn Forschungsarbeiten sowie interplanetare Untersuchungen durch, erforscht neue Konzepte der Raumfahrttechnologie und betreibt die amerikanische Flotte bemannter *Space Shuttle Orbiter*.

Die Verwaltung der nationalen Archive und Dokumente (*National Archives and Records Administration - NARA*) bewahrt das geschichtliche Erbe der Vereinigten Staaten, indem sie alle staatlichen Dokumente verwaltet. Zum Bestand der *National Archives* gehören Originaltexte, Kinofilme, Ton- und Videoaufzeichnungen, Landkarten, Festbilder und Computerdaten. Die Unabhängigkeitserklärung, die amerikanische Verfassung und die *Bill of Rights* sind im Gebäude der *National Archives* in Washington aufbewahrt und ausgestellt.

Die Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen (*National Labor Relations Board - NLRB*) ist für die Durchsetzung des wichtigsten amerikanischen Gesetzes im Arbeitsrecht zuständig, dem Gesetz über Arbeits-

beziehungen (*National Labor Relations Act*). Die Behörde hat das Recht, ungerechte Arbeitspraktiken zu verhindern oder zu beheben sowie die Rechte von Arbeitnehmern zu schützen, sich zu organisieren und durch Wahlen zu bestimmen, ob sie eine Gewerkschaft als ihre Vertretung in Verhandlungen einsetzen wollen.

Die Bundesbehörde zur Förderung der Grundlagenforschung (*National Science Foundation – NSF*) unterstützt über Stipendien, Verträge, und andere Abkommen mit Universitäten, Colleges sowie gemeinnützigen Verbänden und kleinen Unternehmen Grundlagenforschung und Ausbildungsprogramme in der Wissenschaft und dem Ingenieurwesen in den Vereinigten Staaten. Die NSF fördert die nationale Zusammenarbeit zwischen Universitäten, der Industrie und der Regierung sowie die internationale Zusammenarbeit durch die Wissenschaft und das Ingenieurwesen.

Die Behörde für Personalmanagement (*Office of Personnel Management – OPM*) ist die Personalbehörde der amerikanischen Regierung. Sie stellt sicher, dass der öffentliche Dienst des Landes frei von politischer Einflussnahme bleibt und Staatsangestellte basierend auf fairen Kriterien und ihrer Leistung ausgewählt und behandelt werden. Die OPM unterstützt andere Behörden bei deren Personalpolitik und -organisation und ist für das nationale Rentensystem und Krankenversicherungsprogramm zuständig.

Das Friedenskorps (*Peace Corps*) wurde 1961 gegründet und bildet Freiwillige aus, um sie zwei Jahre im Ausland zu stationieren. Freiwilli-

ge des Friedenskorps sind derzeit in ca. 80 Ländern im Einsatz, wo sie die landwirtschaftliche Entwicklung auf dem Land, kleinere Unternehmen, das Gesundheitswesen, den Naturschutz und den Ausbildungssektor unterstützen.

Die Wertpapier- und Börsenkommission (*Securities and Exchange Commission – SEC*) wurde zum Schutz von Investoren, die Wertpapiere und Aktien kaufen, gegründet. Die Bundesgesetze verlangen, dass Unternehmen, die durch den Verkauf ihrer eigenen Aktien Gewinne machen wollen, Berichte über ihre Geschäftstätigkeiten bei der SEC einreichen, so dass potenzielle Investoren Zugang zu allen wesentlichen Informationen haben. Die Kommission kann Betrug beim Wertpapierverkauf vorbeugen oder bestrafen und ist berechtigt, regulativ in die Aktivitäten der Börse einzugreifen.

Die Small Business Administration (SBA – Verwaltungsapparat zur Unterstützung des gewerblichen Mittelstands) wurde 1953 zur Beratung, Unterstützung und dem Schutz der Interessen mittelständischer Unternehmen gegründet. Die SBA gewährt kleinen und mittelständischen Unternehmen Kredite, hilft Opfern von Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen, fördert das Wachstum von Unternehmen im Besitz von Minderheiten und hilft kleinen und mittelständischen Unternehmen dabei, Verträge über die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen an die Regierung abzuschließen.

Das Sozialversicherungsamt (*Social Security Administration – SSA*) verwaltet das Sozialversiche-



Die *Small Business Administration* unterstützt Menschen mit guten Ideen wie Perry und Monica Lopez, die von ihrem Betrieb in Pasadena (Kalifornien) aus über das Internet scharfe Saucen verkaufen.

rungsprogramm des Landes, bestehend aus Leistungen für Rentner, Behinderte und Hinterbliebene. Um einen Anspruch auf diese Leistungen zu haben, zahlen die meisten amerikanischen Arbeitnehmer Sozialabgaben auf ihr Gehalt; die zukünftigen Leistungen hängen von den Beiträgen des Arbeitnehmers ab.

Das US-Amt für internationale Entwicklung (*United States Agency for International Development – USAID*) leitet wirtschaftliche und humanitäre Hilfsprogramme in Entwicklungsländern, in Mittel- und Osteuropa und den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Das Amt unterstützt Programme in vier Bereichen – Bevölkerung und Gesundheit, breit angelegtes Wirtschaftswachstum, Umwelt und Demokratie.

Die amerikanische Bundespost (*United States Postal Service*) wird von einer eigenständigen öffentlichen Körperschaft betrieben, die 1971 das Postministerium (*Post Office Department*) ersetzte. Die Bundespost ist

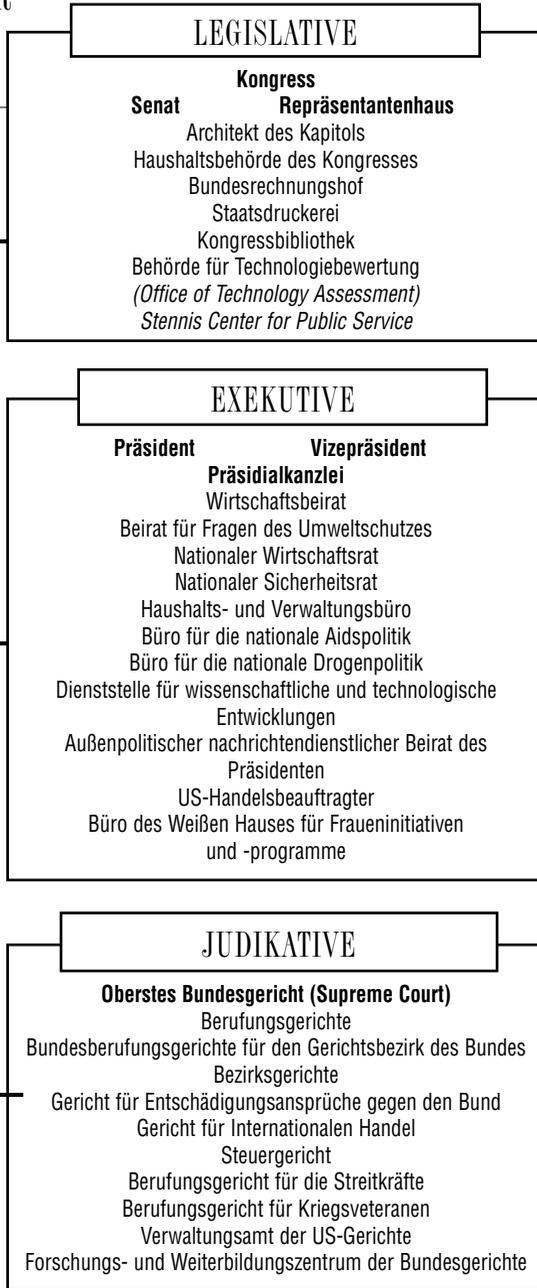


Angestellte der US-Bundespost wenden in einer Sortieranlage in Seattle (Washington) moderne Geräte zur Sortierung der Post an.

für die Abholung, den Transport und die Auslieferung von Postsendungen zuständig sowie für den Betrieb tausender Postämter überall im Land. Sie bietet auch internationale Postdienstleistungen im Rahmen des Weltpostvereins (*Universal Postal Union*) und weiterer Abkommen mit anderen Ländern an. Eine unabhängige Kommission für Postgebühren, die ebenfalls 1971 gegründet wurde, bestimmt die Preise der verschiedenen Postsendungen. □

REGIERUNG DER VEREINIGTEN STAATEN

VERFASSUNG



- Landwirtschaftsministerium
- Wirtschaftsministerium
- Verteidigungsministerium
- Bildungsministerium
- Energieministerium
- Gesundheitsministerium
- Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung
- Innenministerium
- Justizministerium
- Arbeitsministerium
- Außenministerium
- Verkehrsministerium
- Finanzministerium
- Ministerium für ehemalige Kriegsteilnehmer

- ### Unabhängige Einrichtungen, Regierungsbehörden und halbamtliche Institutionen
- Advisory Council on Historic Preservation (Behörde für die Erhaltung historischer Ressourcen)
 - CIA (Central Intelligence Agency)
 - Commission on Civil Rights (Bürgerrechtskommission)
 - Commodity Futures Trading Commission (Aufsichtsbehörde für die US-Warenterminbörsen)
 - Consumer Product Safety Commission (Behörde für die Sicherheit von Verbrauchsgütern)
 - Corporation for National Service (Staatliche Agentur zur Koordinierung von Freiwilligendiensten)
 - Environmental Protection Agency (Umweltschutzbehörde)
 - Equal Employment Opportunity Commission (Behörde für die Gleichberechtigung am Arbeitsplatz)
 - Export-Import Bank of the United States (Export-Import-Bank der Vereinigten Staaten)
 - Farm Credit Administration (Aufsichtsamt für Landwirtschaftskredite)
 - Federal Communications Commission (Bundesbehörde für das Fernmeldewesen)
 - Federal Deposit Insurance Corporation (Bundesversicherungsanstalt für Kreditinlagensicherung)
 - Federal Election Commission (Bundeswahlkommission)
 - Federal Emergency Management Agency (Bundesbehörde für Notfallmanagement)
 - Federal Labor Relations Authority (Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen)
 - Federal Maritime Commission (Bundesschifffahrtsbehörde)
 - Federal Reserve System (Zentralbanksystem)
 - Federal Retirement Thrift Investment Board (Behörde zur Verwaltung des Thrift Savings Plan)
 - Federal Trade Commission (Ausschuss zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs)
 - General Services Administration (Allgemeine Bundesverwaltung)
 - Merit Systems Protection Board (Beschwerdeinstanz für Personalangelegenheiten der Bundesbehörden)
 - NASA (National Aeronautics and Space Administration)
 - National Archives and Records Administration (Verwaltung der nationalen Archive und Dokumente)
 - National Foundation on the Arts and Humanities (Nationale Stiftung für Künste und Geisteswissenschaften)
 - National Labor Relations Board (Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen)
 - National Railroad Passenger Corporation (Bundesbahn)
 - National Performance Review (Initiative, im Rahmen derer die Funktionstüchtigkeit der Regierung überwacht und Berichte über sie erstellt werden)
 - National Science Foundation (Bundesbehörde zur Förderung der Grundlagenforschung)
 - National Transportation Safety Board (Nationale Behörde für Verkehrssicherheit)
 - Nuclear Regulatory Commission (Kerntechnische Genehmigungsbehörde)
 - Occupational Safety and Health Review Commission (Behörde für Sicherheit am Arbeitsplatz und Gesundheitsschutz)
 - Office of Government Ethics (Büro für das standesgemäße Verhalten von Abgeordneten)
 - Office of Personnel Management (Behörde für Personalmanagement)
 - Office of Special Counsel (Ermittlungsbehörde für unerlaubte Personalpraktiken)
 - Overseas Private Investment Corporation (Gesellschaft für Privatinvestitionen in Übersee)
 - Peace Corps (Friedenskorps)
 - Pension Benefit Guaranty Corporation (Aufsichtsamt für das Pensionskassenwesen)
 - Postal Rate Commission (Amt für Postgebühren)
 - Railroad Retirement Board (Behörde für amerikanische Bahngestellte im Ruhestand)
 - Securities and Exchange Commission (Wertpapier- und Börsenkommission)
 - Selective Service System (früher US-Wehrpflichtssystem, heute Registrierungssystem für alle männlichen Amerikaner, die älter als 18 Jahre sind)
 - Small Business Administration (SBA – Verwaltungsapparat zur Unterstützung des gewerblichen Mittelstands)
 - Smithsonian Institution
 - Social Security Administration (Sozialversicherungsamt)
 - Tennessee Valley Authority
 - U.S. Agency for International Development (US-Amt für internationale Entwicklung)
 - U.S. International Trade Commission (Internationale Handelskommission der Vereinigten Staaten)
 - U.S. Postal Service (US-Bundespost)
 - U.S. Trade and Development Agency (US-Behörde für Handel und Entwicklung)
 - Radiosender Voice of America



Das Kapitol

KAPITEL

4

DIE LEGISLATIVE:

DIE KOMPETENZEN DES KONGRESSES

*„Regieren beinhaltet die
Macht, Gesetze zu
erlassen.“*

*– Alexander Hamilton,
The Federalist Papers,
1787–1788*

Artikel I der Verfassung überträgt alle legislativen Kompetenzen der Bundesregierung auf einen in zwei Kammern – den Senat und das Repräsentantenhaus – unterteilten Kongress. Wie in der Verfassung festgelegt, besteht der Senat aus je zwei Vertretern eines Bundesstaats. Momentan gibt es 100 Senatoren. Die Mitgliederzahl des Repräsentantenhauses basiert auf den Bevölkerungszahlen jedes Bundesstaats und ist deshalb in der Verfassung nicht festgelegt. Die Zahl der Abgeordneten beträgt momentan 435.

Nach der Verabschiedung der Verfassung wurden die Senatoren mehr als 100 Jahre lang nicht direkt vom Volk, sondern von den Legislativen der Bundesstaaten gewählt und als Vertreter ihrer eigenen Heimatstaaten betrachtet. Ihre Aufgabe war es sicherzustellen, dass ihr jeweiliger Bundesstaat bei allen Gesetzen gleichberechtigt behandelt wird. Der 1913 verabschiedete 17. Verfassungszusatz legte die Direktwahl für den Senat fest.

Die Delegierten der verfassungsgebenden Versammlung argumentierten, wenn zwei verschiedene Gruppen – eine als Vertreter der Regierungen der Bundesstaaten und eine als Vertreter des Volkes – jedem eingebrachten Gesetz zustimmen müssen, könne es wenig Gefahr geben, dass der Kongress Gesetze in Eile oder ohne die gebotene Umsicht verabschiedet. Wie im britischen Parlament könnte immer eine Kammer die andere kontrollieren. Die Verabschiedung des 17. Verfassungszusatzes veränderte dieses Mächtegleichgewicht zwischen den beiden Kammern nicht maßgeblich.

Obwohl es in der Versammlung intensive Debatten über die Zusammensetzung und Befugnisse des Kongresses gab, waren viele Delegierte der Ansicht, dass die Legislative eher unwichtig sein würde. Einige meinten, der Kongress würde sich hauptsächlich mit Außenpolitik beschäftigen und innenpolitische Angelegenheiten den Regierungen der Bundesstaaten und Kommunen überlassen. Damit hatten sie sich ganz eindeutig geirrt. Der Kongress hat sich als überaus aktiv erwiesen und weitgehende Befugnisse in allen nationalen Belangen ausgeübt. Seine Stärke im Vergleich zur Exekutive war zu verschiedenen Zeitpunkten der amerikanischen Geschichte mal mehr und mal weniger ausgeprägt, aber der Kongress war nie lediglich dazu da, Entscheidungen des Präsidenten abzusegnen.

QUALIFIKATIONEN DER KONGRESSMITGLIEDER

Die Verfassung bestimmt, dass US-Senatoren mindestens 30 Jahre alt, seit mindestens neun Jahren amerikanische Staatsangehörige und Einwohner des Bundesstaates sein müssen, in dem sie gewählt werden. Mitglieder des Repräsentantenhauses müssen mindesten 25 Jahre alt, seit sieben Jahren amerikanische Staatsangehörige und Einwohner des Staates sein, in dem sie gewählt werden. Die Bundesstaaten können weitere Anforderungen für die Wahl zum Kongress aufstellen, aber die Verfassung überträgt jeder Kammer die Befugnis, die erforderlichen Qualifikationen ihrer Mitglieder festzulegen. Jeder Bundesstaat hat das Recht auf zwei Senato-



Mitglieder des 106. Kongresses leisten im Saal des US-Repräsentantenhauses im Januar 1999 ihren Amtseid.

ren. Deshalb wird Rhode Island, mit einem Staatsgebiet von 3.156 Quadratkilometern der kleinste Bundesstaat, durch die gleiche Anzahl von Senatoren vertreten wie Alaska, der mit 1.524.640 Quadratkilometern größte Bundesstaat. Wyoming mit seinen schätzungsweise 480.000 Einwohnern wird durch ebenso viele Senatoren vertreten wie Kalifornien mit einer Bevölkerung von 32.270.000.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses wird vom Kongress bestimmt. Diese Anzahl wird anhand ihrer Bevölkerungsgröße auf die Bundesstaaten aufgeteilt. Unabhängig von seiner Bevölkerung garantiert die Verfassung jedem Bundesstaat mindesten einen Abgeordneten im Repräsentantenhaus. Momentan werden sieben Staaten – Alaska,

Delaware, Montana, North Dakota, South Dakota und Wyoming – lediglich durch einen Abgeordneten vertreten. Andererseits haben sechs Staaten mehr als 20 Abgeordnete – allein Kalifornien hat 52.

Die Verfassung sieht alle zehn Jahre eine Volkszählung vor und eine Neuverteilung der Sitze im Repräsentantenhaus je nach Veränderung der Bevölkerungszahlen. Gemäß der ursprünglichen Vorgaben der Verfassung sollte es nie mehr als einen Abgeordneten pro 30.000 Bürger geben. Das erste Repräsentantenhaus zählte 65 Abgeordnete. Diese Zahl wurde nach der ersten Volkszählung auf 106 erhöht. Wäre man bei der Formel 1 zu 30.000 geblieben, wäre die Zahl der Abgeordneten aufgrund des Bevölkerungszuwachses in den Ver-

einigten Staaten inzwischen auf 7.000 gestiegen. Stattdessen wurde die Formel im Laufe der Jahre angepasst, und heute beträgt das Verhältnis der Abgeordneten zur Bevölkerung in etwa 1 zu 600.000.

Die Legislativen der Bundesstaaten teilen die Staaten in Kongressbezirke auf, deren Bevölkerungszahlen sich im Wesentlichen gleichen müssen. Alle zwei Jahre wählen die Stimmberechtigten jedes Bezirks einen Abgeordneten für den Kongress.

Senatoren werden alle zwei Jahre in den Jahren, die auf eine gerade Zahl enden, im gesamten Bundesstaat gewählt. Die Amtszeit der Senatoren beträgt sechs Jahre. Alle zwei Jahre wird ein Drittel des Senats neu gewählt. Daher sind zwei Drittel der Senatoren immer Personen mit einiger Erfahrung in der Gesetzgebung auf nationaler Ebene.

Theoretisch ist es möglich, dass das Repräsentantenhaus vollkommen aus Abgeordneten ohne Erfahrung in der Gesetzgebung besteht. Praktisch werden allerdings die meisten Mitglieder mehrere Male gewählt, und das Repräsentantenhaus kann sich ebenso wie der Senat immer auf eine Kerngruppe mit gesetzgeberischer Erfahrung verlassen.

Da die Amtszeit der Mitglieder des Repräsentantenhauses zwei Jahre beträgt, gelten zwei Jahre als die Amtsperiode eines Kongresses. Der 20. Verfassungszusatz bestimmt, dass der Kongress seine regelmäßige Sitzungsperiode jeden 3. Januar aufnimmt, wenn der Kongress kein anderes Datum festlegt. Die Sitzungsperiode des Kongresses dauert an, bis seine Mitglieder sich vertagen – meist

gegen Ende des Jahres. Der Präsident kann eine Sondersitzung einberufen, wenn er dies für erforderlich hält. Die Sitzungen werden im Kapitol in Washington abgehalten.

KOMPETENZEN DES REPRÄSENTANTENHAUSES UND DES SENATS

Jede Kammer des Kongresses hat die Befugnis, Gesetze zu jedem Thema einzubringen, mit Ausnahme von Gesetzen zur Erhöhung der Staatseinnahmen, die vom Repräsentantenhaus ausgehen müssen. Die großen Staaten scheinen so also mehr Einfluss auf die Staatskasse zu haben als kleine Staaten. Praktisch gesehen kann allerdings jede Kammer gegen Gesetze stimmen, die von der anderen Kammer verabschiedet wurden. Der Senat kann beispielsweise einen Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses zu den Staatseinnahmen – oder auch jeden anderen Gesetzentwurf – zurückweisen oder Zusätze einfügen, die eine wesentliche Veränderung bedeuten. In diesem Fall muss ein Vermittlungsausschuss, zusammengesetzt aus Mitgliedern beider Kammern, einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss ausarbeiten, bevor der Entwurf zum Gesetz wird.

Der Senat hat ebenfalls gewisse, nur diesem Organ übertragene Kompetenzen, darunter die Befugnis zur Bestätigung von vom Präsidenten ernannten hochrangigen Beamten und Botschaftern der Bundesregierung sowie die Befugnis zur Ratifizierung aller Verträge durch Zweidrittelmehrheit. In jedem Fall macht eine Ablehnung durch den Senat die

Maßnahmen der Exekutive null und nichtig.

Im Fall einer Amtsenthebung von Regierungsvertretern hat das Repräsentantenhaus das alleinige Recht, Vorwürfe des Fehlverhaltens vorzubringen, die zu einem Amtsenthebungsverfahren führen können. Der Senat hat die alleinige Befugnis zur Durchführung von Amtsenthebungsverfahren und zur Entscheidung, ob die jeweilige Person schuldig oder nicht schuldig ist. Ein Schuldspruch führt zur Entlassung des Regierungsvertreters aus seinem Amt.

Die weit reichenden Kompetenzen des Kongresses werden in Artikel I der Verfassung dargelegt:

- Erhebung und Einziehung von Steuern,
- Kreditaufnahme für die Staatskasse,
- Aufstellung des rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmens für die Kontrolle des Handels zwischen den Bundesstaaten und mit fremden Ländern,
- Aufstellung einheitlicher Bedingungen für die Einbürgerung von Ausländern,
- Prägung von Münzen und Drucken von Banknoten, Bestimmung des Geldwerts und Erlassen von Strafbestimmungen für Geldfälscher,
- Normierung von Gewichten und Maßen,
- Schaffung eines Konkursrechts für das ganze Land,
- Errichtung von Postämtern und Bau von Poststraßen,
- Ausgabe von Patenten und Urheberrechten,
- Bildung eines Bundesgerichtssystems,

- Ahndung der Seeräuberei,
- Kriegserklärung,
- Aufstellung und Unterhaltung von Armeen,
- Unterhaltung einer Flotte,
- Aufgebot der Miliz, um den Bundesgesetzen Geltung zu verschaffen, Gesetzwidrigkeiten zu unterdrücken oder Invasionen abzuwehren,
- ausschließliche Gesetzgebung für den Regierungssitz (Washington, D.C.),
- Erlassung aller für die Ausübung der Verfassung erforderlichen Gesetze.

Einige dieser Befugnisse sind mittlerweile überholt, bleiben aber in Kraft. Der 10. Verfassungszusatz schränkt die Befugnisse des Kongresses ein, indem er festlegt, dass nicht der Bundesregierung übertragene Befugnisse den Einzelstaaten oder dem Volk obliegen. Außerdem verbietet die Verfassung ausdrücklich bestimmte Maßnahmen des Kongresses. Es ist ihm nicht erlaubt:

- die Habeas-Korpus-Akte aufzuheben – die Anforderung, dass eine eines Verbrechens beschuldigte Person vor ihrer Inhaftierung einem Richter oder einem Gericht vorgeführt werden muss – es sei denn, dies ist aufgrund eines Aufstandes oder einer Invasion erforderlich;
- Gesetze zu erlassen, durch die Personen für Verbrechen oder rechtswidrige Handlungen ohne Gerichtsverfahren verurteilt werden;
- Gesetze zu erlassen, durch die eine bestimmte Tat rückwirkend zum Verbrechen erklärt wird;
- direkte Steuern von den Bürgern zu erheben, außer auf Basis einer bereits erfolgten Volkszählung;

- Ausfuhren aus einem Einzelstaat zu besteuern;
- den Hafen eines Bundesstaats oder die ihn anlaufenden Schiffe in Bezug auf Handel oder Besteuerung zu bevorzugen;
- Adelstitel zu verleihen.

ÄMTER DES KONGRESSES

Die Verfassung sieht den Vizepräsidenten als Präsidenten des Senats vor. Der Vizepräsident hat kein Stimmrecht, außer bei einem Patt. Der Senat wählt einen Präsidenten pro tempore, der ihm in Abwesenheit des Vizepräsidenten vorsitzt. Das Repräsentantenhaus wählt seinen eigenen Vorsitzenden – den *Speaker*. Der *Speaker* und der Präsident pro tempore sind immer Mitglieder der politischen Partei mit der Mehrheit in der jeweiligen Kammer.

Zu Beginn jedes neuen Kongresses wählen die Mitglieder der politischen Parteien Fraktionsvorsitzende und andere Vertreter für die organisatorische Handhabung der eingebrachten Gesetze. Diese Vertreter üben gemeinsam mit den Vorsitzenden und Ausschussvorsitzenden einen starken Einfluss auf die Entstehung von Gesetzen aus.

DAS AUSSCHUSSVERFAHREN

Eines der Hauptmerkmale des Kongresses ist die vorherrschende Rolle der Ausschüsse bei seinen Verfahren. Die heutige Bedeutung der Ausschüsse entwickelte sich im Laufe der Zeit, sie war nicht verfassungsrechtlich beabsichtigt, da Ausschüsse in der Verfassung keine Erwähnung finden.



Nach der Verabschiedung eines Gesetzes zur Senkung der Steuern mit 80 zu 18 Stimmen im Juni 1997 im Senat reicht der Mehrheitsführer im Senat, Trent Lott, ein Republikaner aus Mississippi, dem demokratischen Senator Bob Graham aus Florida die Hand. Lott lobte den Senat für seine „parteiübergreifenden Bemühungen, jedem Steuerzahler in jeder Phase seines Lebens Steuersenkungen zu bieten.“

Zurzeit zählt der Senat 17 ständige Ausschüsse, das Repräsentantenhaus 19. Jeder Ausschuss ist auf einen konkreten gesetzgeberischen Bereich spezialisiert: auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Bankwesen, Landwirtschaft, Handel, Bewilligung, um nur einige zu nennen. Fast jeder in einer Kammer eingebrachte Gesetzentwurf wird zur Untersuchung und Empfehlung an einen Ausschuss weitergeleitet. Der Ausschuss kann jede an ihn weitergeleitete Angelegenheit billigen, überarbeiten, zurückweisen oder ignorieren. Es ist fast unmöglich, dass ein Gesetzentwurf im Repräsentantenhaus oder im Senat ohne die Billigung eines Ausschusses vorgetragen wird. Im Repräsentantenhaus muss eine Petition zur Entlassung eines Gesetzentwurfs aus dem Ausschuss in den

Sitzungssaal von 218 Abgeordneten unterzeichnet werden; im Senat ist die Mehrheit der Mitglieder erforderlich. In der Praxis erhalten derartige Entlassungsanträge selten die erforderliche Unterstützung.

Die Mehrheitspartei in jeder Kammer kontrolliert das Ausschussverfahren. Ausschussvorsitzende werden von der Fraktion oder einer hierfür designierten Gruppe von Parteimitgliedern gewählt. Minderheitenparteien sind in den Ausschüssen proportional zu ihrer Stärke in jeder Kammer vertreten.

Gesetzesvorlagen können auf verschiedene Art und Weise eingebracht werden. Einige werden von ständigen Ausschüssen erarbeitet, einige von Sonderausschüssen, die für die Behandlung bestimmter gesetzgeberischer Fragen gebildet wurden und einige können vom Präsidenten oder anderen Vertretern der Exekutive eingebracht werden. Bürger und Organisationen außerhalb des Kongresses können Mitgliedern Gesetzesvorschläge unterbreiten, und auch die Senatoren und Abgeordneten selbst können Gesetzentwürfe initiieren. Nachdem sie eingebracht wurden, werden die Gesetzentwürfe den designierten Ausschüssen zugeleitet, die in den meisten Fällen eine Reihe von öffentlichen Anhörungen ansetzen, um den Befürwortern oder Gegnern des Entwurfs die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten darzulegen. Der Anhörungsprozess, der sich über mehrere Wochen oder Monate erstrecken kann, öffnet das Gesetzgebungsverfahren für die Beteiligung der Öffentlichkeit.

Ein Vorteil des Ausschussystems ist, dass es Mitgliedern des Kongresses und ihren Mitarbeitern ermöglicht, in verschiedenen gesetzgeberischen Bereichen einen beachtlichen Erfahrungsschatz zu sammeln. In den Anfangsjahren der Republik, als die Bevölkerungszahlen noch niedrig und die Pflichten der Bundesregierung eng begrenzt definiert waren, war derartiges Fachwissen nicht von so großer Bedeutung. Jeder Abgeordneter war Generalist und besaß Kenntnisse in allen Bereichen, die von Interesse waren. Die Vielschichtigkeit des heutigen Lebens erfordert Fachwissen, was bedeutet, dass gewählte Vertreter oft in ein oder zwei politischen Bereichen Kenntnisse erwerben.

Wenn ein Ausschuss sich für einen Entwurf ausgesprochen hat, wird der Gesetzesvorschlag zur Debatte weitergeleitet. Im Senat erlauben die Regeln eine zeitlich praktisch uneingeschränkte Debatte. Im Repräsentantenhaus setzt der Regelausschuss aufgrund der großen Zahl von Abgeordneten meist Grenzen. Nach dem Ende der Debatte stimmen die Mitglieder entweder für die Gesetzesvorlage, gegen sie oder lassen sie ruhen – was eine Zurückstellung und damit so viel wie eine Ablehnung bedeutet – oder schicken sie zurück in den Ausschuss. Ein von einer Kammer verabschiedetes Gesetz wird der anderen Kammer zur weiteren Bearbeitung zugeleitet. Wenn die Gesetzesvorlage von der zweiten Kammer geändert wird, wird ein aus beiden Kammern zusammengesetzter Vermittlungsausschuss eingesetzt, um einen Kompromiss zu finden.

Fortsetzung auf Seite 78

DAS AUSSCHUSSSYSTEM

Kongressausschüsse sind in der Verfassung nicht ausdrücklich vorgesehen. Während die amerikanische Nation wuchs, nahm auch die Notwendigkeit für die sorgfältige Untersuchung anhängiger Gesetzesvorschläge zu.

Das Ausschusssystem wurde 1789 ins Leben gerufen, als die Mitglieder des Repräsentantenhauses sich durch endlose Diskussionen über neue Gesetzesvorschläge blockiert sahen. Die ersten Ausschüsse beschäftigten sich mit Forderungen aus dem Unabhängigkeitskrieg, Poststraßen und -gebieten sowie dem Handel mit anderen Ländern. Im Laufe der Jahre wurden Ausschüsse als Reaktion auf politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen gebildet und aufgelöst. Ein Ausschuss für Ansprüche aus dem Unabhängigkeitskrieg wird beispielsweise nicht mehr benötigt, allerdings haben beide Kammern des Kongresses einen Ausschuss für die Angelegenheiten ehemaliger Kriegsteilnehmer.

Im 106. Kongress (1999–2000) gab es 19 ständige Ausschüsse im Repräsentantenhaus und 17 im Senat. Hinzu kamen vier gemeinsame ständige Ausschüsse mit Mitgliedern beider Kammern: Kongressbibliothek, Druckerei, Besteuerung und Wirtschaft. Zudem kann jede Kammer für die Untersuchung konkreter Probleme Sonderausschüsse einrichten. Aufgrund der zunehmenden Arbeitsbelastung sind aus den ständigen Ausschüssen außerdem etwa 150 Unterausschüsse hervorgegangen.

Und was genau tun all diese Ausschüsse? Der zuständige Ausschuss muss jede Gesetzesvorlage – der Gesetzentwurf, der dem Kongress vorgelegt wird – sorgfältig überprüfen. Der Ausschuss führt normalerweise Anhörungen durch, bei denen Experten aussagen. Dies können nicht im Ausschuss vertretene Mitglieder des Kongresses sein, Vertreter der Exekutive, Vertreter von Organisationen des Privatsektors und einzelne Bürger.

Nachdem alle Fakten gesammelt wurden, entscheidet der Ausschuss, ob über den Gesetzesvorschlag positiv berichtet wird oder ob Änderungen empfohlen werden. Manchmal lässt man die Vorlage auch ruhen, womit sie praktisch zurückgewiesen ist. Wenn eine Gesetzesvorlage allerdings den Ausschuss verlässt und vom gesamten Repräsentantenhaus oder Senat verabschiedet wird, kommt ein weiterer Ausschuss zum Zuge, der Unstimmigkeiten zwischen den verschiedenen Versionen des Repräsentantenhauses und des Senats der gleichen Gesetzesvorlage ausräumen soll. Dieser „Vermittlungsausschuss“ setzt sich aus Mitgliedern beider Kammern zusammen, stellt den Entwurf zur Zufriedenheit aller Kongressmitglieder fertig und legt ihn dann zur endgültigen Erörterung und Abstimmung dem Repräsentantenhaus und dem Senat vor. Wird der Gesetzentwurf verabschiedet, wird er dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt.

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE DES KONGRESSES

REPRÄSENTANTENHAUS

Landwirtschaft
Bewilligung
Streitkräfte
Bankwesen und
Finanzdienstleistungen
Haushalt
Handel
Bildung und Erwerbstätige
Staatsreform und Kontrolle
Verwaltung des
Repräsentantenhauses
Internationale Beziehungen
Justiz
Ressourcen
Geschäftsordnung
Wissenschaft
Mittelstand
Verhaltenskodizes für Abgeordnete
Verkehrswesen und Infrastruktur
Angelegenheiten ehemaliger
Kriegsteilnehmer
Haushaltsfragen

SENAT

Landwirtschaft, Ernährung und
Forstwirtschaft
Bewilligung
Streitkräfte
Bankwesen
Haushalt
Handel, Wissenschaft und
Verkehrswesen
Energie und natürliche Ressourcen
Umwelt und öffentliche Bauvorhaben
Finanzen
Auswärtiger Ausschuss
Staatlicher Untersuchungsausschuss
Gesundheit, Bildung, Arbeit und
Rente
Angelegenheiten amerikanischer
Ureinwohner
Justiz
Geschäftsordnung und Verwaltung
Mittelstand
Angelegenheiten ehemaliger
Kriegsteilnehmer

Nachdem es von beiden Kammern verabschiedet wurde, wird das Gesetz dem Präsidenten vorgelegt, der dazu Stellung nehmen muss, damit es in Kraft treten kann. Der Präsident hat die Wahl, das Gesetz entweder zu unterzeichnen – dann erlangt es Gesetzeskraft – oder ein Veto einzulegen. Ein vom Präsidenten abgelehntes Gesetz muss von einer Zweidrittelmehrheit beider Kammern gebilligt werden, um dennoch in Kraft zu treten.

Der Präsident kann auch sowohl die Unterzeichnung eines Gesetzes als auch die Einlegung eines Vetos ablehnen. In diesem Fall tritt das Gesetz zehn Tage (ohne Sonntage) nach Vorlage ohne seine Unterschrift in Kraft. Die einzige Ausnahme von dieser Regel kommt zum Tragen, wenn der Kongress sich nach Vorlage des Gesetzes und vor Ablauf der Zehn-Tage-Frist vertagt; die Weigerung des Präsidenten zu handeln negiert dann das Gesetz – ein als „Taschenveto“ (*pocket veto*) bekanntes Verfahren.

INVESTIGATIVE KOMPETENZEN DES KONGRESSES

Eine der bedeutendsten nicht legislativen Funktionen des Kongresses ist die Ermittlungsbefugnis. Diese Verantwortung wird meist den Ausschüssen übertragen – entweder einem ständigen Ausschuss, einem für einen bestimmten Zweck eingesetzten Sonderausschuss oder gemeinsamen Ausschüssen mit Mitgliedern aus beiden Kammern. Ermittlungen werden durchgeführt, um Informationen über zukünftig notwendige Gesetze zu erhalten, die Wirkung von bereits

verabschiedeten Gesetzen oder die Qualifikationen und Leistungen der Mitarbeiter und Beamten anderer Gewalten zu überprüfen und, in seltenen Fällen, um die Vorarbeit für Amtsenthebungsverfahren zu leisten. Oft wenden sich die Ausschüsse an Experten von außen, um die Ermittlungserhebungen durchzuführen und detaillierte Untersuchungen vorzunehmen.

Die investigative Kompetenz hat bedeutende logische Folgen. Eine ist die Befugnis zur Veröffentlichung der Ermittlungen und ihrer Ergebnisse. Die meisten Ausschussanhörungen sind öffentlich, und in den Massenmedien wird umfassend über sie berichtet. Ermittlungen des Kongresses sind deshalb ein wichtiges Instrument für den Gesetzgeber, die Öffentlichkeit zu informieren und das öffentliche Interesse an nationalen Belangen zu wecken. Kongressausschüsse haben außerdem die Befugnis, unwillige Zeugen zur Aussage zu zwingen, Zeugen, die die Aussage verweigern, der Missachtung des Kongresses, und Zeugen, die eine Falschaussage machen, des Meineids zu bezichtigen.

INOFFIZIELLE PRAKTIKEN DES KONGRESSES

Im Gegensatz zu den parlamentarischen Systemen in Europa hat das Verhalten der amerikanischen Gesetzgeber wenig mit zentraler Parteidisziplin zu tun. Jede der großen amerikanischen politischen Parteien ist eine Koalition aus kommunalen und bundesstaatlichen Organisationen, die zusammen in Vierjahresintervallen für den Präsidentschaftswahlkampf eine nationale – republikanische oder

demokratische – Partei bilden. Deshalb verdanken die Mitglieder des Kongresses ihre Position ihrer Wählerschaft in den Kommunen und Bundesstaaten und nicht der nationalen Parteiführung oder ihren Kollegen im Kongress. Folglich ist das gesetzgeberische Verhalten der Abgeordneten und Senatoren eher individualistisch oder idiosynkratisch. Es spiegelt die große Vielfalt der vertretenen Wählerschaften wider und die Freiheit, die sich aus dem Aufbau einer loyalen persönlichen Wählerschaft ergibt.

Der Kongress ist daher ein kollegiales und kein hierarchisches Gremium. Macht wird nicht von oben nach unten ausgeübt, wie in einem Unternehmen, sondern praktisch in jede Richtung. Es gibt nur minimale zentralisierte Autorität, da die Möglichkeiten, abzustrafen oder zu belohnen, gering sind. Kongresspolitik wird durch veränderliche Koalitionen gemacht, die sich je nach Thema unterscheiden können. Manchmal, wenn gegensätzlicher Druck ausgeübt wird – vom Weißen Haus und wichtigen wirtschaftlichen oder ethnischen Gruppen – nutzen die Gesetzgeber die Verfahrensregeln, um eine Entscheidung zu verzögern und damit zu vermeiden, einflussreiche Kreise zu verärgern. Ein Sache kann vertagt werden, wenn der betreffende Ausschuss keine ausreichenden öffentlichen Anhörungen abgehalten

hat. Der Kongress kann eine Behörde auch anweisen, vor Erörterung eines Themas einen detaillierten Bericht vorzubereiten. Oder jede Kammer kann eine Maßnahme ruhen lassen und sie damit effektiv zurückweisen, ohne je in der Sache geurteilt zu haben.

Es gibt informelle oder ungeschriebene Verhaltensstandards, die die Aufgaben und den Einfluss eines bestimmten Mitglieds oft bestimmen. „Insider“, Abgeordnete und Senatoren, die sich auf ihre gesetzgeberischen Aufgaben konzentrieren, können in den Hallen des Kongresses mehr Macht haben, als „Outsider“, die Anerkennung gewinnen, indem sie öffentlich über nationale Belange sprechen. Von den Mitgliedern wird höfliches Verhalten gegenüber ihren Kollegen erwartet. Persönliche Angriffe sind zu vermeiden, unabhängig davon, als wie inakzeptabel man die Politik des Gegners empfinden mag. Außerdem wird von den Mitgliedern erwartet, dass sie sich auf einige Politikbereiche spezialisieren und nicht behaupten, in allen gesetzgeberischen Bereichen kompetent zu sein. Wer sich an diese inoffiziellen Regeln hält, wird mit größerer Wahrscheinlichkeit in angesehenen Ausschüsse oder zumindest in Ausschüsse, die für eine maßgebliche Zahl der eigenen Wähler von Interesse ist, gewählt. □

Die Aufsichtsfunktion des Kongresses

Im Wörterbuch wird „Aufsicht“ als „sorgfältige Überwachung“ definiert, und diese Vorgehensweise hat sich als eine der wirkungsvollsten Methoden des Kongresses zur Einflussnahme auf die Exekutive erwiesen. Durch die Aufsichtsbefugnisse des Kongresses werden Verschwendung und Betrug verhindert, Bürgerrechte und persönliche Freiheiten geschützt, die Einhaltung der Gesetze durch die Exekutive garantiert, Informationen für die Erarbeitung von Gesetzen und die Aufklärung der Öffentlichkeit zusammengetragen und die Leistung der Exekutive bewertet. Sie erstrecken sich auf Ministerien, Regierungsbehörden, Aufsichtsbehörden und die Präsidentschaft.

Die Aufsichtsfunktion des Kongresses nimmt verschiedene Formen an:

- Ausschussanfragen und -anhörungen,
- formelle Konsultationen mit und Berichte vom Präsidenten,
- Beratung des Senats und Zustimmung zu Verträgen und Nominierungen des Präsidenten,
 - Amtsenthebungsverfahren des Repräsentantenhauses und die entsprechenden Verfahren im Senat,
 - Verfahren im Repräsentantenhaus und im Senat gemäß dem 25. Verfassungszusatz, falls der Präsident sein Amt nicht ausüben kann oder das Amt des Vizepräsidenten nicht besetzt ist,
 - informelle Treffen zwischen Vertretern der Legislative und Exekutive,
 - Kongressmitgliedschaft in Regierungskommissionen,
 - Untersuchungen durch Kongressausschüsse und nachgeordnete Behörden, wie die Haushaltsbehörde des Kongresses, der Bundesrechnungshof, und die Behörde für Technologiebewertung – alles Organe des Kongresses.

Aufgrund der Aufsichtsfunktion des Kongresses wurden Amtsinhaber zum Rücktritt gezwungen, politische Maßnahmen revidiert und der Exekutive wurden neue gesetzliche Kontrollen auferlegt. 1949 wurde durch Sonderermittlungsausschüsse des Senats korruptes Verhalten von hochrangigen Amtsinhabern der Truman-Regierung aufgedeckt. Daraufhin wurden bestimmte Behörden neu organisiert und eine Sonderkommission des Weißen Hauses zu Korruption in der Regierung eingesetzt.

Die Übertragung von Anhörungen des Auswärtigen Ausschusses des Senats im Fernsehen Ende der Sechzigerjahre trug zur Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg bei. Durch die Watergate-Ermittlungen des Kongresses 1973 wurde aufgedeckt, dass Beamte des Weißen Hauses ihre Positionen gesetzeswidrig zu ihrem politischen Vorteil nutzten. Mit dem Amtsenthebungsverfahren des Justizausschusses des Repräsentantenhauses gegen Richard Nixon im folgenden Jahr wurde dessen Präsidentschaft beendet. Bei Ermittlungen

von Sonderausschüssen 1975 und 1976 wurden gravierende Verstöße der Nachrichtendienste festgestellt und die Erarbeitung neuer Gesetze zur Kontrolle nachrichtendienstlicher Aktivitäten angeregt.

1983 warfen Ermittlungen des Kongresses in Zusammenhang mit einem Vorschlag, die Grenzkontrollaufgaben der Zollbehörde und der Einwanderungsbehörde zusammenzuführen, Fragen über die Befugnisse der Exekutive auf, derartige Veränderungen ohne neue Gesetze vorzunehmen. 1987 wurden Gesetzesverstöße bei den geheimen Waffenverkäufen der Exekutive an Iran und die Weiterleitung der Profite aus den Waffenverkäufen an die Contras, gegen die Regierung gerichtete Kräfte in Nicaragua, aufgedeckt. Die Erkenntnisse des Kongresses führten zu Gesetzesvorschlägen, die ähnliche Vorkommnisse in Zukunft verhindern sollen.

Bei Ermittlungen einer überparteilichen Kongresskommission und den darauf folgenden Anhörungen im Senat 1996 und 1997 wurden Fälle von Missbrauch und Misswirtschaft bei der Finanzbehörde (*Internal Revenue Service – IRS*), der für die Erhebung von Einkommensteuer zuständigen Behörde, aufgedeckt. Der Finanzausschuss des Senats hörte Beamte der IRS an, die aussagten, dass der Druck, unbezahlte Steuern einzutreiben so groß sei, dass man die Steuerzahler zum Teil stark drangsaliere. Außerdem wurden Bürger angehört, die aussagten, dass sie fälschlich beschuldigt und von der IRS aggressiv verfolgt worden seien, weil sie ihre Steuern nicht bezahlt hätten. 1998 verabschiedete die IRS Reformgesetze, mit denen ein unabhängiger Aufsichtsrat geschaffen und der Schutz der Steuerzahler verbessert wurde. Hierzu zählt auch die Verlagerung der Beweislast bei Streitigkeiten in Steuerangelegenheiten vom Steuerzahler zur IRS.

Die Aufsichtsbefugnisse des Kongresses haben sich immer wieder als entscheidende Kontrollfunktion bei der Beobachtung der Präsidentschaft und der Kontrolle der Politik erwiesen.



Das Oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten, der *Supreme Court*

KAPITEL

5

DIE JUDIKATIVE:

AUSLEGUNG DER VERFASSUNG

„... die Judikative ist der Schutzmechanismus der Verfassung für unsere Freiheit und unser Eigentum.“

– Charles Evans Hughes, Präsident des Obersten Gerichtshofs, 1907 in einer Rede in Elmira (New York)

Die dritte Gewalt im Staat, die Judikative, besteht aus einem System von über das Land verteilten Gerichten. Der oberste Gerichtshof ist der *Supreme Court* der Vereinigten Staaten.

In den Bundesstaaten gab es bereits ein System von Gerichten, bevor die Verfassung entworfen wurde. Unter den Delegierten der verfassungsgebenden Versammlung gab es erhebliche Kontroversen, ob ein System von Bundesgerichten erforderlich sei und ob es die Gerichte in den Bundesstaaten ersetzen sollte. Wie auch bei anderen Themen fanden die Delegierten einen Kompromiss: Die Gerichte der Bundesstaaten behielten ihren Zuständigkeitsbereich und die Verfassung schuf Bundesgerichte mit begrenzten Befugnissen. Artikel III der Verfassung legt die Grundlage für das System der Bundesgerichte: „Die richterliche Gewalt der Vereinigten Staaten soll einem Obersten Gerichtshof und solchen untergeordneten Gerichten übertragen sein, wie sie der Kongress von Zeit zu Zeit anordnen und errichten wird.“

DAS SYSTEM DER BUNDESGERICHTE

Anhand dieser Anleitung teilte der erste Kongress das Land in Bezirke auf und setzte Bundesgerichte für jeden Bezirk ein. Aus diesen Anfängen entwickelte sich die heutige Struktur: der Oberste Bundesgerichtshof, 13 Berufungsgerichte, 94 Bezirksgerichte und zwei Gerichte mit besonderer Zuständigkeit. Dem Kongress obliegt es noch heute, Bundesgerichte einzusetzen und abzuschaffen sowie die Zahl der Richter an den Bundesgerichten zu bestimmen. Er kann allerdings nicht

den Obersten Bundesgerichtshof abschaffen.

Die richterliche Gewalt erstreckt sich auf alle Fälle im Geltungsbereich der Verfassung, der vom Kongress beschlossenen Gesetze oder der Verträge der Vereinigten Staaten; auf alle Fälle, die Botschafter, Minister oder Konsuln anderer Länder in den Vereinigten Staaten betreffen, auf Streitigkeiten, bei denen die Vereinigten Staaten als Partei auftreten, auf Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten (oder ihren Bürgern) und fremden Ländern (oder deren Staatsangehörigen) sowie auf Konkursfälle. Mit dem 11. Verfassungszusatz wurde verfügt, dass die Bundesgerichte nicht mehr für Fälle zuständig sind, in denen ein Bürger eines Bundesstaates Kläger und die Regierung eines anderen Bundesstaates Beklagter ist. Sie sind allerdings weiterhin für Fälle zuständig, in denen die Regierung eines Bundesstaates Kläger und ein Bürger eines anderen Bundesstaates Beklagter ist.

Die Kompetenzen der Bundesgerichte erstrecken sich sowohl auf Zivilklagen auf Schadensersatz und andere Formen der Entschädigung als auch auf Strafsachen gemäß der Bundesgesetze. Artikel III führte zu einem vielschichtigen Beziehungsgeflecht zwischen den Gerichten der Bundesstaaten und den Gerichten des Bundes. Normalerweise werden Verfahren gemäß der Gesetze der Bundesstaaten nicht an einem Bundesgericht verhandelt. Einige Fällen, die unter die Zuständigkeit der Bundesgerichte fallen, können allerdings auch vor den Gerichten der Bundesstaaten verhandelt und

entschieden werden. Auf beiden Ebenen gilt also in einigen Bereichen die ausschließliche und in anderen die konkurrierende Zuständigkeit der Gerichte.

Die Verfassung schützt die richterliche Unabhängigkeit, indem sie festlegt, dass Bundesrichter ihr Amt ausüben sollen, solange ihre „Amtsführung einwandfrei ist“ – praktisch bedeutet dies, bis sie sterben, in Pension gehen oder zurücktreten. Allerdings kann ein Richter, der im Amt eine Straftat verübt, ebenso wie der Präsident oder andere Bundesbeamte durch Klage seines Amtes enthoben werden. Die Richter in den Vereinigten Staaten werden vom Präsidenten ernannt und vom Senat bestätigt. Der Kongress legt auch die Besoldung der Richter fest.

DAS OBERSTE BUNDESGERICHT (SUPREME COURT)

Der *Supreme Court* ist das höchste Gericht der Vereinigten Staaten und das einzige ausdrücklich durch die Verfassung eingesetzte. Gegen eine Entscheidung des Obersten Bundesgerichts können bei keinem anderen Gericht Rechtsmittel eingelegt werden. Der Kongress hat die Befugnis, die Anzahl der Richter am Obersten Bundesgericht zu bestimmen und – mit gewissen Einschränkungen – zu entscheiden, welche Art von Fällen dort verhandelt werden, allerdings darf er die dem *Supreme Court* von der Verfassung selbst verliehenen Kompetenzen nicht verändern.

Die Verfassung äußert sich nicht zu den für das Richteramt erforderlichen Qualifikationen. Es ist nicht vorgeschrieben, dass Richter Anwälte

sein müssen, aber tatsächlich sind alle Richter, auch am Obersten Bundesgericht, Mitglieder der Anwaltsvereinigung.

Seit der Gründung des Obersten Bundesgerichts vor 200 Jahren gab es etwas über 100 Richter. Der ursprüngliche Gerichtshof hatte einen Präsidenten und fünf Bundesrichter. In den folgenden 80 Jahren variierte die Zahl der Richter, bis sie 1869 auf einen Präsidenten und acht Bundesrichter festgelegt wurde. Der Präsident ist der Vorsitzende des Gerichtshofs, aber in entscheidenden Fällen hat er ebenso wie die Bundesrichter nur eine Stimme.

Der *Supreme Court* hat in zwei Fällen die erstinstanzliche Zuständigkeit: in Fällen, die ausländische Würdenträger betreffen und in Fällen, in welchen ein Bundesstaat Partei ist. In allen anderen Fällen ist der Gerichtshof Rechtsmittelgericht.

Üblicherweise werden nur 150 der mehreren tausend am *Supreme Court* eingereichten Fälle dort verhandelt. Bei den meisten Fällen geht es um die Auslegung des Gesetzes oder die Absicht des Kongresses bei der Verabschiedung eines Gesetzes. Ein maßgeblicher Teil der Arbeit des Obersten Bundesgerichts besteht jedoch darin festzustellen, ob ein Gesetz oder eine Maßnahme der Regierung verfassungskonform ist. Diese Funktion der Normenkontrolle wird in der Verfassung nicht ausdrücklich erwähnt. Es ist vielmehr eine aus der Auslegung der Verfassung durch das Gericht entstandene Doktrin, die in dem bahnbrechenden Fall „Marbury gegen Madison“ 1803 mit Nachdruck erklärt wurde. In sei-



Die Richter des Obersten Bundesgerichts (v.l.n.r.):
 Clarence Thomas,
 Antonin Scalia,
 Sandra Day O'Connor,
 Anthony M. Kennedy,
 David H. Souter,
 Stephen G. Breyer,
 John Paul Stevens,
 Präsident William H.
 Rehnquist und
 Ruth Bader Ginsburg.

ner Entscheidung in diesem Fall legte der *Supreme Court* dar, dass „ein Gesetz, das gegen die Verfassung verstößt, kein Gesetz ist“ und führte weiter aus, dass „es ausdrücklich Aufgabe und Pflicht der Gerichte ist zu sagen, was Recht ist“. Die Doktrin erstreckt sich mittlerweile auch auf die Maßnahmen der Regierungen der Bundesstaaten und Kommunen.

Die Entscheidungen des Gerichts müssen nicht einstimmig getroffen werden, eine einfache Mehrheit genügt, sofern mindestens sechs Richter – das gesetzliche Quorum – an der Abstimmung teilnehmen. Bei unterschiedlichen Meinungen veröffentlicht der Gerichtshof meist eine Mehrheitsmeinung und eine Minderheitenmeinung, auch abweichendes

Votum genannt, die beide als Grundlage für zukünftige Entscheidungen des Gerichtshofs dienen können. Oft schreiben Richter verschiedene abweichende Voten, wenn sie mit der Entscheidung zwar übereinstimmen, aber aus anderen Gründen als den von der Mehrheit angeführten.

BERUFUNGSGERICHE (*COURTS OF APPEALS*) UND BEZIRKSGERICHTE (*DISTRICT COURTS*)

Die zweithöchste Ebene der Bundesjustiz besteht aus den Berufungsgerichten, die 1891 geschaffen wurden, um die Entscheidung von Fällen zu erleichtern und die Arbeitslast des *Supreme Court* zu verringern. Der Kongress hat 12 Berufungsgerichte für die regionalen Gerichtsbezirke

und das Bundesberufungsgericht für den Gerichtsbezirk des Bundes geschaffen. Die Zahl der an diesen Gerichten tätigen Richter reicht von 6 bis 28, aber in den meisten Gerichtsbezirken sind es zwischen 10 und 15 Richter.

Die Berufungsgerichte überprüfen die Entscheidungen der Bezirksgerichte (Gerichte mit Bundesgerichtsbarkeit) in ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie haben außerdem das Recht, Verwaltungsakte der unabhängigen Regulierungsbehörden in Fällen zu überprüfen, in denen die internen Überprüfungsmechanismen der Behörden ausgeschöpft wurden und erhebliche Meinungsverschiedenheiten über rechtliche Aspekte fortbestehen. Das Bundesberufungsgericht

für den Gerichtsbezirk des Bundes ist zudem landesweit zuständig für die Anhörung von Sonderfällen, beispielsweise Patentrechtsfälle sowie für Fälle, die von den Gerichten mit besonderer Zuständigkeit wie dem Gericht für Außenhandel und dem Gericht für Entschädigungsansprüche gegen den Bund verhandelt werden.

Auf der Ebene unter den Berufungsgerichten gibt es die Bezirksgerichte. Die 50 Staaten und die amerikanischen Hoheitsgebiete sind in 94 Bezirke unterteilt, so dass die Gerichte für alle Verfahrensbeteiligten einfach erreichbar sind. Jedes Bezirksgericht hat mindestens zwei Richter, viele haben einige Richter und die bevölkerungsreichsten Bezirke haben mehr als zwei Dutzend. Abhängig von der



Die Zeichnung eines Künstlers stellt das Verfahren gegen Terry Nichols (zweiter von rechts) im US-Bezirksgericht in Denver (Colorado) dar. Nichols wurde für seine Beteiligung an dem Bombenanschlag auf ein Bürogebäude des Bundes in Oklahoma City (Oklahoma) 1995 verurteilt.

Arbeitsbelastung kann ein Richter eines Bezirks vorübergehend auch in einem anderen Bezirk aushelfen. Der Kongress bestimmt die Grenzen der Bezirke nach Bevölkerung, Größe und Arbeitsanfall. Einige der kleineren Staaten entsprechen einem Bezirk, während die größeren Staaten wie New York, Kalifornien und Texas aus jeweils vier Bezirken bestehen.

Mit Ausnahme des District of Columbia müssen Richter Einwohner des Bezirks sein, in dem sie dauerhaft als Richter tätig sind. Bezirksgerichte halten ihre Sitzungen in regelmäßigen Abständen in verschiedenen Städten des Bezirks ab.

Die meisten bei diesen Gerichten

anhängigen Fälle und Kontroversen betreffen Verstöße gegen Bundesrecht wie Missbrauch der Postdienste, Diebstahl von Bundeseigentum und Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz, das Bankenrecht oder die Gesetze gegen Geld- und Urkundenfälschung. Es sind die einzigen Bundesgerichte, an denen Anklagejurys die eines Verbrechens Beschuldigten anklagen und Geschworene die Fälle entscheiden.

Jeder Gerichtsbezirk hat außerdem ein Konkursgericht, da der Kongress bestimmt hat, dass Konkursangelegenheiten von Bundesgerichten behandelt werden sollten und nicht von den Gerichten der Bundestaaten.

Im Rahmen des Konkursverfahrens können Einzelpersonen oder Unternehmen, die ihre Gläubiger nicht mehr bezahlen können, entweder eine vom Gericht überwachte Liquidierung ihrer Vermögenswerte beantragen oder ihre finanziellen Angelegenheiten neu regeln und einen Plan zur Tilgung ihrer Schulden ausarbeiten.

SONDERGERICHTE

Zusätzlich zu den Bundesgerichten mit allgemeiner Gerichtsbarkeit war es von Zeit zu Zeit erforderlich, Gerichte für besondere Zwecke einzurichten. Diese Gerichte werden „legislative“ Gerichte genannt, weil sie durch den Kongress eingesetzt wurden. Die Richter an diesen Gerichten

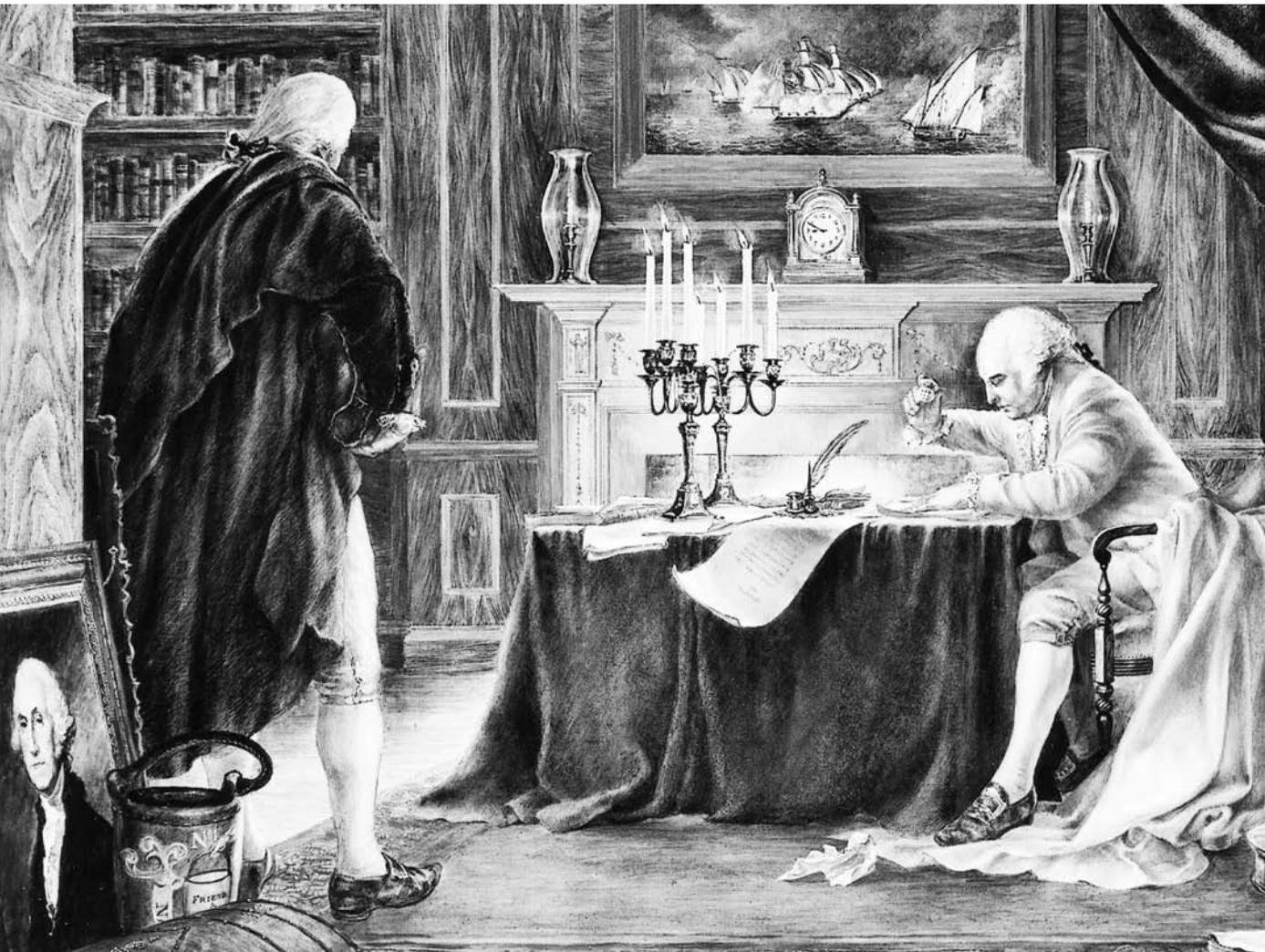
werden wie ihre Kollegen an anderen Bundesgerichten vom Präsidenten mit Zustimmung des Senats auf Lebenszeit ernannt.

Derzeit gibt es zwei Sondergerichte mit nationaler Zuständigkeit für bestimmte Arten von Fällen. Das Gericht für Außenhandel behandelt Fälle im Zusammenhang mit internationalen Zoll- und Handelsfragen. Das Gericht für Entschädigungsansprüche gegen den Bund ist für alle Ansprüche auf Sachentschädigung gegen die Vereinigten Staaten, Streitigkeiten über Bundesverträge, illegale Inbesitznahme von Privateigentum durch die Bundesregierung und eine Vielzahl anderer Ansprüche gegen die Vereinigten Staaten zuständig. □

BAHNBRECHENDE URTEILE DES SUPREME COURT (OBERSTES BUNDESGERICHT)

„Das Gericht verbeugt sich vor den Lehren aus der Erfahrung und der Kraft besserer Beweisführung, wobei es anerkennt, dass Versuch und Irrtum, ein Verfahren, das in der Physik so erfolgreich ist, auch in der Justiz angemessen ist.“

*– Louis D. Brandeis,
Bundesrichter des Obersten
Bundesgerichts der
Vereinigten Staaten,
Burnet gegen Coronado Oil
and Gas Company, 1932*



Eine künstlerische Darstellung von Präsident John Adams (rechts) an seinem letzten Abend im Weißen Haus. Er unterzeichnet Ernennungsurkunden für Mitglieder seiner Partei, die *Federalists*, die Regierungsämter übernehmen sollen. William Marbury, der von Adams zum Richter ernannt wurde, hatte seine Papiere nicht erhalten und versuchte den Anspruch auf sein Amt im *Supreme Court* in einem Verfahren gegen James Madison, ein Mitglied der nachfolgenden Regierung, geltend zu machen. Mit dem Gerichtsurteil im Fall Marbury gegen Madison wurde das Prinzip der Normenkontrolle eingeführt.

Seit der ersten Versammlung des Obersten Bundesgerichts im Jahre 1790 hat es tausende von Urteilen zu so verschiedenen Themen wie den Befugnissen der Regierung, Bürgerrechten bis hin zur Pressefreiheit verkündet. Obwohl viele dieser Urteile wenig bekannt und von geringem Interesse für die Öffentlichkeit sind, heben sich einige aufgrund ihrer Bedeutung für die amerikanische Geschichte ab. Einige der bedeutendsten Fälle sind im Folgenden beschrieben.

MARBURY GEGEN MADISON (1803)

Dieses Urteil wird oft das wichtigste in der Geschichte des *Supreme Courts* genannt. Im Verfahren Marbury gegen Madison wurde das Prinzip der Normenkontrolle sowie die Befugnis des Gerichts begründet, über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen oder Maßnahmen der Regierung zu urteilen.

Der Fall entstand aus einer politischen Auseinandersetzung nach den Wahlen im Jahre 1800, die Thomas Jefferson von den Demokratischen Republikanern gegen den Amtsinhaber John Adams, einen Föderalisten, gewonnen hatte. Während der letzten Tage der Regierung Adams schuf der mehrheitlich föderalistische Kongress einige Posten in der Justiz, wie etwa 42 Friedensrichter für den District of Columbia. Der Senat bestätigte die Ernennungen, der Präsident unterzeichnete sie, und dem Außenminister kam die Aufgabe zu, die Bestallungsurkunden zu versiegeln und sie zu überreichen. Im Trubel der letzten Amtshandlungen konnte der abtretende Außenminister die Bestallungsur-

kunden von vier Friedensrichtern nicht überreichen. Einer von ihnen war William Marbury.

Der neue Außenminister unter Präsident Jefferson, James Madison, weigerte sich, die Bestallungsurkunden zu übergeben, da die neue Regierung verärgert darüber war, dass die Föderalisten versucht hatten, Posten in der Justiz mit ihren eigenen Parteimitgliedern zu besetzen. Marbury erhob Klage vor dem *Supreme Court*, um Madison anzuweisen, seine Bestallungsurkunde zu übergeben.

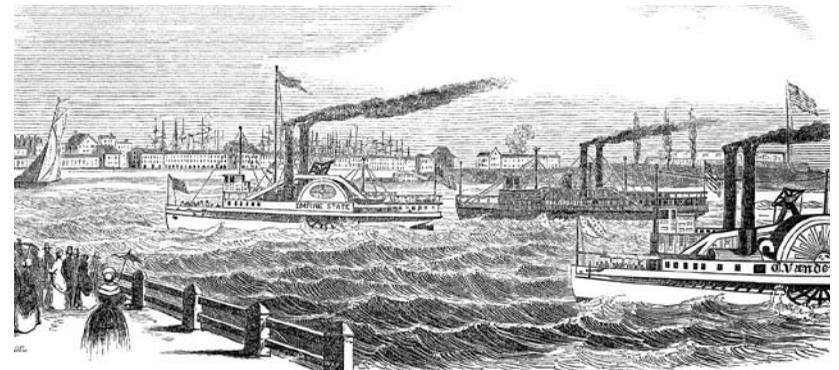
Wenn das Gericht sich entschieden hätte, Marbury Recht zu geben, hätte sich Madison trotzdem weigern können, die Bestallungsurkunde zu übergeben, und das Gericht hätte keine Möglichkeit gehabt, den Beschluss durchzusetzen. Wenn das Gericht sich gegen Marbury entschieden und somit zugelassen hätte, dass ihm das Amt verweigert wird, das ihm rechtlich zustand, hätte es riskiert, gerichtliche Befugnisse an die Jeffersonians abzugeben. Der Präsident des Obersten Bundesgerichts, John Marshall, löste das Dilemma, indem er entschied, dass das Oberste Bundesgericht in diesem Fall keine Handlungsbefugnis hatte. Marshall begründete das Urteil damit, dass Paragraf 13 des *Judiciary Act*, der die Befugnisse des Gerichts regelt, verfassungswidrig sei, da er die ursprüngliche Zuständigkeit des Gerichts, die in der Verfassung niedergelegt ist, erweiterte. Indem es entschieden, kein Urteil in diesem Rechtsstreit abzugeben, sicherte sich das Oberste Bundesgericht seine Rolle als oberster Hüter über das Gesetz.

GIBBONS GEGEN OGDEN (1824)

Die erste Regierung der Vereinigten Staaten Artikel der Konföderation war teilweise aus dem Grund schwach, dass ihr die Machtbefugnisse fehlten, die Volkswirtschaft der neuen Nation einschließlich des bundesstaatenübergreifenden Handels zu regulieren. Die Verfassung verlieh dem US-Kongress die Befugnis, den „Handel zwischen den verschiede-

kurrent keine Lizenz von New York besaß, verklagte er ihn.

Gibbons besaß eine Lizenz des Bundes für die Befahrung von Küstengewässern im Rahmen des *Coasting Act* von 1793, aber die Gerichte des Bundesstaates New York gaben Ogden Recht und bestätigten, dass Gibbons gegen das Gesetz verstoßen hatte, da er nicht über eine Lizenz von New York verfügte. Als Gibbons jedoch



Der Hafen von New York im 19. Jahrhundert. Er war Schauplatz für das Verfahren Gibbons gegen Ogden, in dem der *Supreme Court* die Befugnis des Kongresses bestätigte, den Handel zwischen den Bundesstaaten zu regulieren.

en Staaten... zu regulieren...“, diese Befugnis wurde jedoch oft von Bundesstaaten angefochten, die die Kontrolle über wirtschaftliche Belange behalten wollten.

Anfang des 19. Jahrhunderts verabschiedete der Bundesstaat New York ein Gesetz, gemäß dem Dampfbootbetreiber, die zwischen New York und New Jersey pendelten, eine Lizenz von New York benötigten. Aaron Ogden war im Besitz einer solchen Lizenz, Thomas Gibbons nicht. Als Ogden erfuhr, dass sein Kon-

vor das Oberste Bundesgericht zog, bewerteten die Richter das Gesetz von New York als verfassungswidrig, da es die Befugnisse des US-Kongresses bei der Regulierung des Handels einschränkte. „Das Wort ‚regulieren‘ bedeutet naturgemäß die vollständige Macht über den zu regulierenden Bereich“, begründete das Gericht sein Urteil. Deshalb „schließt es notwendigerweise die Maßnahmen aller anderen Institutionen aus, die dieselbe Handlung in demselben Bereich unternehmen würden.“

DRED SCOTT GEGEN SANDFORD (1857)

Dred Scott war ein Sklave, dessen Besitzer John Emerson ihn von Missouri, einem Bundesstaat, in dem die Sklaverei erlaubt war, nach Illinois mitnahm, wo Sklaverei verboten war. Einige Jahre später kehrte Scott zusammen mit Emerson nach Missouri zurück. Scott war der Meinung, dass er nicht mehr als Sklave gelten sollte, weil er in einem freien Staat gelebt hatte.



Dred Scott, ein Sklave, beanspruchte den Status eines freien Mannes, da er eine Zeit lang in einem freien Staat gelebt hatte. Der *Supreme Court* entschied 1857 gegen Scott. Das Urteil wurde von vielen kritisiert und später aufgehoben.

Emerson starb 1843. Drei Jahre später verklagte Scott die Witwe Emersons, um seine Freiheit zu erlangen. Scott gewann 1850 ein Verfahren vor einem Gericht in Missouri, 1852 hob jedoch das oberste Gericht des Bundesstaats das Urteil des Gerichts der Vorinstanz auf. In der Zwischenzeit

heiratete Frau Emerson erneut und Scott wurde zum rechtlichen Eigentum ihres Bruders, John Sanford (der in den Dokumenten des Gerichts fälschlicherweise Sandford genannt wurde). Scott verklagte Sanford vor einem Bundesgericht, um seine Freiheit zu erlangen, aber das Gericht entschied 1854 gegen Scott.

Als der Fall vor dem Obersten Bundesgericht verhandelt wurde, urteilten die Richter, dass Scott nicht als freier Mann gelten könne, nur weil er in einem freien Bundesstaat gelebt hatte. Als Schwarzer sei er kein Bürger und habe daher nicht das Recht, eine Gerichtsverhandlung anzuregen. Das Urteil wurde allgemein kritisiert und trug zur Wahl von Abraham Lincoln bei, der die Sklaverei 1860 ablehnte, als er Präsident wurde, und bereits 1861 den Bürgerkrieg begann. Das Urteil im Verfahren Dred Scott gegen Sandford wurde durch den 13. Verfassungszusatz, mit dem die Sklaverei 1865 abgeschafft wurde, und den 14. Verfassungszusatz, der ehemaligen Sklaven 1868 Bürgerrechte verlieh, aufgehoben.

DIE BUNDESBEHÖRDE FÜR ARBEITSBEZIEHUNGEN (NATIONAL LABOR RELATIONS BOARD – NLRB) GEGEN JONES & LAUGHLIN STEEL CORPORATION (1937)

Während der Fall *Gibbons gegen Ogden* die Hoheit des Kongresses bei der Regulierung des bundesstaatenübergreifenden Handels begründete, weitete der Fall *NLRB gegen Jones & Laughlin* die Befugnisse des Kongresses von der Regulierung des Handels selbst auf die Regulierung der Geschäftspraktiken von Branchen,



Arbeiter 1946 vor dem Stahlwerk Jones & Laughlin in Pittsburgh (Pennsylvania). Zehn Jahre zuvor hatte der *Supreme Court* gegen Jones & Laughlin entschieden, da das Unternehmen seinen Angestellten die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Teilnahme an Tarifverhandlungen verweigert hatte.

die bundesstaatenübergreifenden Handel betreiben, aus.

Jones & Laughlin, damals eines der größten stahlherstellenden Unternehmen der Vereinigten Staaten, verstieß gegen das Gesetz über Arbeitsbeziehungen aus dem Jahre 1935 (*National Labor Relations Act of 1935*), indem es zehn Angestellten aufgrund der Teilnahme an Gewerkschaftsaktivitäten kündigte. Das Gesetz verbot eine Reihe von ungerechten Arbeitspraktiken und schützte die Rechte von Arbeitnehmern, Gewerkschaften zu bilden und Tarifverträge auszuhandeln. Das Unternehmen weigerte sich, einer Anordnung des NLRB zu entsprechen und die Arbeitnehmer wieder einzustellen. Ein Bundesberufungsgericht lehnte es ab, die Anordnung der Bundesbehörde durchzusetzen, und das Oberste Bundesgericht überprüfte den Fall.

In diesem Fall ging es darum, ob der Kongress die Befugnis hatte, die „lokalen“ Aktivitäten von Unternehmen zu regulieren, die bundesstaatenübergreifend Handel betrieben – das heißt Aktivitäten, die innerhalb eines bestimmten Bundesstaats erfolgen. Jones & Laughlin war der Meinung, dass sich die Zustände in der Fabrik nicht auf den bundesstaatenübergreifenden Handel auswirkten und deshalb nicht vom Kongress reguliert werden dürften. Das Oberste Bundesgericht widersprach dieser Einschätzung und argumentierte, dass die „Einstellung“ dieser [Produktions-] Tätigkeiten aufgrund von Unfrieden im Unternehmen erste Auswirkungen für den bundesstaatenübergreifenden Handel hätte... Die Erfahrung hat deutlich gezeigt, dass die Anerkennung des Rechts von Arbeitnehmern, sich zu organisieren und ihre eigenen Vertreter zur Aushandlung von Tarifverträgen zu wählen, oft eine wichtige Bedingung für den Arbeitsfrieden ist.“ Indem es die Verfassungsmäßigkeit des *National Labor Relations Act* bestätigte, bescherzte das Oberste Bundesgericht den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern einen Erfolg und legte den Grundstein für weiter reichende Regulierungen der Industrie durch die Bundesregierung.

BROWN GEGEN DIE BILDUNGSBEHÖRDE (BOARD OF EDUCATION) (1954)

Vor diesem historischen Fall betrieben zahlreiche Bundesstaaten und der District of Columbia nach Rassen getrennte Schulsysteme im Rahmen des Urteils des Obersten Gerichtshofs im Verfahren *Plessy gegen Ferguson*.



Schwarze und weiße Kinder lernen gemeinsam, nachdem der *Supreme Court* mit dem Urteil *Brown* gegen das *Board of Education* die Aufhebung der Rassentrennung in öffentlichen Schulen anordnete.

son aus dem Jahre 1896, gemäß dem Rassentrennung erlaubt war, wenn die jeweiligen Einrichtungen als gleichwertig angesehen wurden. 1951 focht Oliver Brown aus Topeka (Kansas) diese „getrennt-aber-gleich-Doktrin“ an, als er die städtische Schulbehörde im Namen seiner achtjährigen Tochter verklagte. Brown wollte, dass seine Tochter die Schule für Weiße besuchen konnte, die fünf Häuserblocks von ihrem Zuhause entfernt war, und nicht die Schule für Schwarze, die 21 Häuserblocks entfernt war. Da es die Schulen im Wesentlichen als gleichwertig betrachtete, urteilte ein Bundesgericht gegen Brown.

In der Zwischenzeit reichten die Eltern anderer schwarzer Kinder in South Carolina, Virginia und

Delaware ähnliche Klagen ein. Das Gericht von Delaware war der Auffassung, die Schulen für Schwarze seien schlechter als die Schulen für Weiße und ordnete den Wechsel der schwarzen Kinder an die Schulen für Weiße an. Vertreter der Schulen legten jedoch beim Obersten Bundesgericht Beschwerde gegen die Entscheidung ein.

Das Gericht verhandelte alle diese Fälle gleichzeitig. Die Schriftsätze, die die schwarzen Prozessparteien einreichten, enthielten Daten und Bewertungen von Psychologen und Sozialwissenschaftlern, die erklärten, warum die Rassentrennung ihrer Meinung nach schädlich für die schwarzen Kinder sei. 1954 kam das Oberste Bundesgericht einstimmig

zu dem Schluss, dass „...im Bereich Bildung die ‚getrennt-aber-gleich-Doktrin‘ keinen Platz hat“ und befand, dass die Rassentrennung in öffentlichen Schulen den schwarzen Kindern „den gleichen Schutz der Gesetze“ versagt, „die der 14. Verfassungszusatz gewährleistet“.

GIDEON GEGEN WAINWRIGHT (1963) MIRANDA GEGEN ARIZONA (1966)

Zwei Entscheidungen des Obersten Bundesgerichts in den Sechzigerjahren stützten die Rechte von Personen, die wegen einer Straftat angeklagt waren.

1961 wurde Clarence Earl Gideon in Florida wegen Einbruchs in ein Billardlokal verhaftet. Als er um einen vom Gericht berufenen Anwalt zu seiner Verteidigung ersuchte, lehnte der Richter sein Gesuch mit der Begründung ab, dass die Gesetzgebung des Bundesstaates die Berufung eines Anwaltes ausschließlich bei Kapitalverbrechen vorsieht, also bei Fällen, in denen es um den Tod einer Person geht oder die Verhängung der Todesstrafe verlangen. Gideon verteidigte sich selbst und wurde für schuldig befunden. Im Gefängnis verbrachte er viel Zeit in der Bibliothek mit dem Lesen von Rechtsbüchern und verfasste eine Petition an das Oberste Bundesgericht, damit dieses seinen Fall verhandele. Das Oberste Bundesgericht entschied, dass Gideon ein fairer Prozess verweigert worden war und urteilte, dass jeder Bundesstaat dafür Sorge tragen muss, dass Personen, die einer Straftat beschuldigt werden und sich keinen eigenen Anwalt leisten können, einen Pflichtverteidiger gestellt wird. Als



Clarence Earl Gideon in einer juristischen Bibliothek, die der ähnelt, die er bei der Vorbereitung seiner eigenen Verhandlung am Obersten Bundesgericht nutzte. Der *Supreme Court* entschied 1963 zu Gunsten von Gideon und forderte die amerikanischen Gerichte auf, mittellosen Beklagten einen Rechtsbeistand zu stellen.

der Prozess gegen Gideon mithilfe eines Verteidigers wieder aufgenommen wurde, sprach man Gideon frei.

Kaum drei Jahre später entschied das Oberste Bundesgericht, dass Angeklagte lange vor dem ersten Gerichtstermin das Recht auf einen Anwalt haben. Ernesto Miranda wurde von einem einzelstaatlichen Gericht in Arizona wegen Entführung und Vergewaltigung verurteilt. Seine Verurteilung basierte auf einem von Miranda nach einer zweistündigen Befragung gegenüber Polizeibeamten abgelegten Geständnisses, ohne dass ihm mitgeteilt worden war, er habe das Recht auf die Anwesenheit eines Anwalts. In seinem Urteil

schreibt das Oberste Bundesgericht den Polizeibeamten die Äußerung der so genannten *Miranda Warnings* vor, also die Belehrung eines Verdächtigen bei seiner Verhaftung über seine Rechte – Verdächtige haben das Recht zu schweigen, alles was sie sagen, kann vor Gericht gegen sie verwendet werden, sie haben während der Befragung das Recht, einen Anwalt hinzuzuziehen und sollten sie sich keinen leisten können, wird er gestellt.

Der Fall *Miranda* gegen Arizona ist einer der bekanntesten Urteilsprüche des Obersten Bundesgerichts, da die *Miranda Warnings* häufig in amerikanischen Filmen und im Fernsehen dargestellt werden. Im Jahre 1999 zweifelte jedoch ein Bundesberufungsgericht die Entscheidung im Fall *Dickerson* gegen die Vereinigten Staaten an, in dem ein verurteilter Bankräuber geltend machen wollte, er wäre nicht genau über seine Rechte belehrt worden. Im Juni 2000 hob das Oberste Bundesgericht das Urteil *Dickerson* in einer 7:2-Entscheidung auf, was die Gültigkeit der *Miranda Warnings* unterstrich.

NEW YORK TIMES CO. GEGEN SULLIVAN (1964)

Der erste Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten garantiert die Pressefreiheit. Über Jahre hinweg lehnte es das Oberste Bundesgericht jedoch ab, den ersten Zusatzartikel zum Schutz der Medien vor Verleumdungsklagen anzuwenden – also Klagen, die aufgrund der Veröffentlichung falscher Informationen, die den Ruf einer Person schädigen, angestrengt wurden. Das Oberste Bundesgericht revolutionierte durch



Martin Luther King jr. (rechts) 1960 in Atlanta (Georgia) in Haft. Seine Festnahme im gleichen Jahr in Montgomery (Alabama) ging dem Urteil im Fall *New York Times Co.* gegen Sullivan voraus, in dem das Oberste Bundesgericht entschied, dass Beamte nicht wegen Verleumdung durch die Presse klagen können, wenn die Aussagen nicht „tatsächlich arglistig“ und unter „fahrlöser Missachtung des Wahrheitsgehalts (der veröffentlichten Information)“ gemacht wurden.

seine Entscheidung im Fall *New York Times Co.* gegen Sullivan das Klagerrecht wegen Verleumdung in den Vereinigten Staaten, indem es urteilte, dass Beamte für eine erfolgreiche Klage wegen Verleumdung nicht nur nachweisen müssen, dass die veröffentlichten Informationen falsch sind. Das Gericht entschied, dass in der Klage ebenfalls nachgewiesen werden muss, dass Reporter oder Herausgeber „tatsächlich arglistig“ handelten und Informationen „unter fahrlässiger Missachtung ihres Wahrheitsgehalts“ veröffentlichten.

Der Fall ging auf eine ganzseitige

Anzeige der *Southern Christian Leadership Conference* in der *New York Times* zurück, um Geld für die rechtliche Verteidigung des Bürgerrechtlers Martin Luther King jr. zu sammeln, der 1960 in Alabama verhaftet worden war. L.B. Sullivan, ein Polizeichef in Montgomery (Alabama), behauptete, dass die Anzeige ihn durch die falsche Darstellung der Maßnahmen der städtischen Polizei verleumde. Sullivan verklagte die vier Geistlichen, die die Anzeige in die *New York Times* gesetzt hatten, die wiederum nicht die Richtigkeit der Angaben in der Anzeige überprüft hatte.

Die Anzeige enthielt mehrere Ungenauigkeiten und eine Jury sprach Sullivan 500.000 Dollar zu. Die *Times* und führende Bürgerrechtler legten gegen die Entscheidung vor dem Obersten Bundesgericht Beschwerde ein, und das Gericht entschied einstimmig zu ihren Gunsten. Das Gericht urteilte, dass Verleumdungsklagen nicht eingesetzt werden können, um „Strafen wegen kritischer Äußerungen bezüglich des offiziellen Verhaltens von Beamten durchzusetzen“, und dass die Forderung, Kritiker müssten die Richtigkeit der Angaben gewährleisten, zu Selbstzensur führen würde. Das Gericht sah keine Beweise dafür, dass die *Times* oder die Geistlichen diese Anzeige in böswilliger Absicht veröffentlicht hatten. □



Das Repräsentantenhaus der Legislative in Texas tagt im Gebäude des Kapitols in Austin.

KAPITEL 7

EIN LAND ZAHLREICHER REGIERUNGEN

„Die Befugnisse, die von der Verfassung weder den Vereinigten Staaten übertragen noch den Einzelstaaten versagt sind, bleiben jeweils den Einzelstaaten oder dem Volke vorbehalten.“

– Die Verfassung der Vereinigten Staaten, Zusatzartikel X, 1789

Die föderale von der Verfassung geschaffene Struktur ist das vorherrschende Merkmal des amerikanischen Regierungssystems. Das System selbst ist in Wirklichkeit ein Mosaik, das aus tausenden von kleineren Einheiten besteht – Bausteine, die zusammen das Ganze ergeben. 50 Bundesstaaten zuzüglich des District of Columbia haben eigene Regierungen, und auf niedrigerer Ebene gibt es noch kleinere Einheiten, mit deren Hilfe Landkreise, Großstädte, Kleinstädte und Dörfer verwaltet werden.

Diese Vielzahl von Verwaltungsebenen lässt sich am besten anhand der geschichtlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten erklären. Das föderale System war der letzte Schritt in einem Entwicklungsprozess. Vor der Verabschiedung der amerikanischen Verfassung gab es die Regierungen der verschiedenen Kolonien (später Bundesstaaten) und davor die Regierungen von Landkreisen und kleineren Einheiten. Eine der vorrangigen Aufgaben, die sich die ersten englischen Siedler setzten, war die Schaffung von Regierungseinheiten für die kleinen Siedlungen, die sie an der Atlantikküste errichteten. Noch bevor die Pilger 1920 ihr Schiff verließen, arbeiteten sie den *Mayflower Compact* aus, die erste amerikanische Verfassung in schriftlicher Form. Als die neue Nation Richtung Westen drängte, schuf jeder Außenposten seine eigene Regierung zur Verwaltung seiner Angelegenheiten.

Die Väter der amerikanischen Verfassung beließen dieses mehrschichtige Regierungssystem genau so, wie es sich entwickelt hatte. Sie machten die nationale Struktur zur obersten

Ebene, erkannten aber klugerweise die Notwendigkeit einer Reihe von Regierungen, die in unmittelbarem Kontakt mit den Menschen stehen und besser auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Bestimmte Aufgaben – wie etwa die Verteidigung, das Währungssystem und die auswärtigen Beziehungen – können demnach nur von einer starken, zentralisierten Regierung übernommen werden. Andere Bereiche jedoch – wie das Gesundheitswesen, Bildung und der öffentliche Nahverkehr – können besser von Regierungsbehörden vor Ort übernommen werden.

DIE REGIERUNGEN DER BUNDESSTAATEN

Vor ihrer Unabhängigkeit unterstanden die Kolonien einzeln der Herrschaft der britischen Krone. In den Anfangsjahren der Republik, vor der Ratifizierung der Verfassung, war jeder Bundesstaat im Grunde eine eigenständige Einheit. Die Delegierten der verfassungsgebenden Versammlung (*Constitutional Convention*) wollten zwar eine stärkere, beständigere föderale Einheit, gleichzeitig aber auch die Rechte der Bundesstaaten schützen.

Im Allgemeinen sind Belange, die vollständig innerhalb der Grenzen des Bundesstaates liegen, ausschließlich die Sache der Regierungen der Bundesstaaten. Dazu zählen das innerstaatliche Fernmeldewesen, Verordnungen bezüglich des Eigentums, der Wirtschaft, der Betriebe und der Versorgungsunternehmen, das Strafgesetzbuch des Bundesstaates und die Arbeitsbedingungen innerhalb des Staates. In diesem Zusammenhang



Der Gouverneur von Kalifornien, Gray Davis, unterzeichnet in Anwesenheit von Schulkindern und im Bildungswesen tätigen Beamten ein Gesetz zur Verbesserung der öffentlichen Schulen.

fordert die Bundesregierung, dass die Regierungen der Bundesstaaten demokratisch sein müssen und keine Gesetze erlassen, die der amerikanischen Verfassung oder den Gesetzen und Verträgen der Vereinigten Staaten widersprechen.

Es gibt natürlich in zahlreichen Bereichen Überschneidungen bei den Zuständigkeiten auf staatlicher und nationaler Ebene. Insbesondere in den letzten Jahren hat die Bundesregierung in stetig zunehmendem Maße Zuständigkeiten in den Bereichen Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Transportwesen sowie Wohnungsbau und Stadtentwicklung übernommen. Wo die Bundesregierung solche Zuständigkeiten in den Bundesstaaten wahrnimmt, werden Programme normalerweise durch Kooperation der beiden Regierungsebenen umgesetzt und nicht von oben aufoktroziert.

Wie auf nationaler Ebene gibt es auch in den Bundesstaaten drei

Gewalten: Exekutive, Legislative und Judikative, die in Aufgabenbereich und Umfang im Wesentlichen ihren Gegenstücken auf nationaler Ebene entsprechen. Der Gouverneur ist das Regierungsoberhaupt eines Bundesstaates und wird durch allgemeine Wahlen in der Regel für vier Jahre gewählt (in einigen Bundesstaaten beträgt die Amtszeit zwei Jahre). Mit Ausnahme von Nebraska, das nur ein legislatives Gremium hat, haben alle Staaten eine Zweikammern-Legislative mit einem Oberhaus, das in der Regel Senat genannt wird, und einem Unterhaus, das als Repräsentantenhaus, Abgeordnetenhaus oder Generalversammlung bezeichnet wird. In den meisten Bundesstaaten beträgt die Amtszeit der Senatoren vier Jahre und die der Abgeordneten des Unterhauses zwei Jahre.

Die Verfassungen der verschiedenen Bundesstaaten unterscheiden sich in einigen Details, halten sich aber im Grunde an ein Muster, das der

gesamtamerikanischen Verfassung entspricht – sie enthalten auch eine Erklärung über die Rechte der Bürger und einen Entwurf zur Organisation der Regierung. Bei Themen wie der Geschäftstätigkeit von Unternehmen, Banken, öffentlichen Versorgungsunternehmen und Wohltätigkeitsorganisationen sind die Verfassungen der Bundesstaaten oft detaillierter und eindeutiger als die amerikanische Verfassung. Alle Verfassungen der Bundesstaaten stellen jedoch sicher, dass die letzte Machtbefugnis bei den Menschen liegt und setzen bestimmte Standards und Prinzipien als Grundlage der Regierung ein.

DIE STADTVERWALTUNGEN

Die Vereinigten Staaten waren einst vorwiegend ländlich, sind jedoch heute ein in höchstem Maße urbanisiertes Land. Etwa 80 Prozent der Amerikaner leben heute in Städten, Großstädten oder städtischen Vororten. Diese Statistik lässt die ausschlaggebende Bedeutung von Stadtverwaltungen im Gesamtsystem der amerikanischen Regierungs- und Verwaltungsstruktur erkennen. Mehr als auf Landes- oder Bundesstaatenebene steht die Stadt direkt im Dienst der Menschen und stellt ihnen von Polizei und Feuerwehr über Gesundheitsvorschriften, Bildung, öffentlichem Nahverkehr bis Wohnungsbau sämtliche Dienstleistungen zur Verfügung.

Die Verwaltung der amerikanischen Großstädte ist eine hochgradig komplexe Angelegenheit. Allein im Hinblick auf die Bevölkerungszahlen ist New York größer als 41 der 50 Bundesstaaten. Deshalb wird auch oft

behauptet, dass die schwierigste Führungsposition im Land neben dem Amt des Präsidenten das Amt des Bürgermeisters von New York ist.

Die Stadtverwaltungen werden von den Bundesstaaten autorisiert und ihre Verfassungen beschreiben die Ziele und Befugnisse der Kommunalregierung. In vielerlei Hinsicht arbeiten die Städte unabhängig von den Bundesstaaten. Für die meisten großen Städte ist die Zusammenarbeit mit Organisationen auf Ebene der Bundesstaaten und des Landes bei der Erfüllung der Bedürfnisse ihrer Bewohner unerlässlich.

Im ganzen Land gibt es unterschiedliche Formen der Stadtverwaltung. Die meisten haben jedoch eine durch Wahlen einberufene Art von Zentralrat und einen Leiter der Verwaltung, der von zahlreichen Abteilungsleitern bei der Verwaltung der Angelegenheiten der Stadt unterstützt wird.

Es gibt drei grundsätzliche Arten der Stadtverwaltung: die Kombination aus Bürgermeister und Stadtrat, die Kommission und der so genannte *City Manager*. Basierend auf diesen Reinformen haben zahlreiche Städte eine Mischform dieser Modelle entwickelt.

Kombination Bürgermeister/Stadtrat. Hierbei handelt es sich um die älteste Form der Stadtverwaltung in den Vereinigten Staaten, die bis Anfang des 20. Jahrhunderts in fast allen amerikanischen Städten vorherrschte. Ihre Struktur ähnelt der der Regierung der Bundesstaaten und des Landes. Ein gewählter Bürgermeister steht an der Spitze der Exekutive und ein gewählter Rat, der die verschieden-

en Nachbarschaften vertritt, bildet die Legislative. Der Bürgermeister setzt Leiter der verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung und andere Beamte ein, in manchen Fällen mit Zustimmung des Stadtrats. Er kann



Richard M. Daley, Bürgermeister von Chicago (Illinois) spricht anlässlich einer Veranstaltung zum Tag der Erde 1999.

gegen Verordnungen – die Gesetze der Stadt – Veto einlegen und ist oft für die Vorbereitung des Haushalts der Stadt verantwortlich. Der Stadtrat verabschiedet Stadtverordnungen, legt die Grundsteuer fest und teilt den verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung ihre finanziellen Mittel zu.

Die Kommission. In diesem Modell werden sowohl die legislativen als auch exekutiven Aufgaben einer Gruppe von drei oder mehr Beamten übertragen, die in einer Wahl aller Bürger der Stadt bestimmt werden. Jeder dieser Verwaltungsbeamten leitet die Arbeit einer oder mehrerer Abteilungen der Stadtverwaltung. Einer von ihnen wird zum Vorsitzenden der Kommission ernannt und oft als Bürgermeister bezeichnet, obwohl seine Befugnisse die der anderen Beamten nicht übersteigen.

Der *City Manager*. Die Funktion des *City Managers* ist eine Reaktion auf die zunehmende Komplexität urbaner Probleme, die Fachkenntnisse im Management erfordern, die gewählte öffentliche Vertreter oft nicht haben. Die Antwort bestand darin, die meisten vollziehenden Gewalten wie die Strafverfolgung und die Bereitstellung von Dienstleistungen einem hochqualifizierten und erfahrenen professionellen *City Manager* zu übertragen.

Dieser Ansatz ist von einer zunehmenden Anzahl von Städten umgesetzt worden. Im Rahmen dieses Modells verabschiedet ein kleiner, gewählter Rat die Verordnungen der Stadt und setzt die politischen Ziele fest, beschäftigt aber einen bezahlten Verwaltungsbeamten, auch *City Manager* genannt, zur Ausführung der Entscheidungen. Der Manager erstellt den Haushalt der Stadt und leitet die meisten Abteilungen. Normalerweise gibt es keine feste Amtszeit; der Manager behält seine Stellung, solange der Rat mit seiner Arbeit zufrieden ist.

DIE KREISVERWALTUNG (*COUNTY GOVERNMENT*)

Der Landkreis ist eine Gebietskörperschaft des Staates, und enthält normalerweise – aber nicht immer – mindestens zwei Verwaltungsbezirke und mehrere Gemeinden. New York ist so groß, dass es sich in fünf Stadtbezirke aufteilt, die alle einen eigenständigen Verwaltungsstatus haben: die Bronx, Manhattan, Brooklyn, Queens und Staten Island. Demgegenüber hat Arlington County (Virginia), das gegenüber von Washington am Potomac River gelegen ist, einen sowohl urbanen als auch vor-

städtischen Charakter und wird von einer einzigen Landkreisverwaltung regiert.

In den meisten amerikanischen Landkreisen gibt es eine Kreishauptstadt, in der sich die Regierungsbüros befinden und in der sich die Verwaltungsbeamten des Kreisverwaltungsvorstands treffen. In kleinen Landkreisen werden die Vorstände vom ganzen Landkreis bestimmt, in den größeren sind die einzelnen Bezirke oder Stadtbezirke durch Kreisverwaltungsvorstände vertreten. Die Vorstände erheben Steuern, nehmen Kredite auf und weisen Gelder zu, bestimmen die Gehälter der Mitarbeiter des Landkreises, überwachen Wahlen, bauen und warten Bundesstraßen und Brücken und verwalten Sozialhilfeprogramme auf Ebene der Bundesstaaten und Landkreise.

Die Verwaltung von Kleinstädten und Gemeinden

Tausende Verwaltungsbezirke sind zu klein für eine eigene Stadtverwaltung. Sie gelten als Kleinstädte und Gemeinden und sind für lokale Belange wie den Straßenbau und die Beleuchtung von Straßen, die Gewährleistung der Wasserversorgung, Polizei und Feuerwehr, die Einführung lokaler Gesundheitsvorschriften, die Müllabfuhr, Kanalisation und andere Formen der Abfallentsorgung, die Erhebung von Steuern zur Finanzierung von Regierungsvorhaben und zusammen mit dem Bundesstaat und dem Landkreis für die direkte Verwaltung des örtlichen Schulsystems zuständig.

Mit der Verwaltung wird zumeist ein gewählter Ausschuss oder Rat betraut, der eine Vielzahl von Namen tragen kann: Kleinstadt- oder Gemeinderat, Stadträteausschuss, Selbstverwaltungsorgan oder Verwaltungsvorstand. Der Vorstand kann einen Vorsitzenden oder Präsidenten haben, der als Verwaltungsleiter auftritt, oder es gibt einen gewählten Bürgermeister. Sekretariatsangestellte, Schatzmeister, Polizisten, Feuerwehrmänner sowie Beamte im Gesundheits- und Sozialhilfesektor können zu den Verwaltungsbeamten zählen.



Senatorin des Bundesstaates Elizabeth Ready spricht bei einer Bürgerversammlung in Weybridge (Vermont).

Ein einzigartiger Aspekt der Kommunalregierung, den es hauptsächlich in der Umgebung von Neuengland gibt, ist die „Stadtversammlung“. Einmal im Jahr, manchmal auch öfter, je nach Bedarf, treffen sich die registrierten Wähler einer Stadt in einer öffentlichen Sitzung, um Beamte zu wählen, Themen von lokalem Interesse zu diskutieren und Gesetze zu verabschieden, die die Arbeit der Verwaltung betreffen. Als Gremium entscheiden sie über Straßenbau und

-sanierung, den Bau von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, Steuersätze und den Haushalt des Ortes. Die Stadtversammlung, die es seit mehr als zwei Jahrhunderten gibt, wird oft als direkte Demokratie in Reinform bezeichnet, bei der die regierende Gewalt nicht delegiert, sondern direkt und regelmäßig von allen Menschen ausgeübt wird.

ANDERE KOMMUNALVERWALTUNGEN

Die hier behandelten nationalen, bundesstaatlichen und kommunalen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen enthalten keinesfalls das gesamte Spektrum amerikanischer Verwaltungseinheiten. Die US-Bundesbehörde zur Durchführung von Volkszählungen (Teil des Wirtschaftsministeriums) zählt mehr als 84.955 Verwaltungseinheiten in den Vereinigten Staaten. Dazu zählen Landkreise, Stadtverwaltungen, Schul- und Sonderbezirke.

Die Amerikaner verlassen sich heute in zahlreichen Aufgabenbereichen auf ihre Regierungen; Aufgaben, die sie in den Anfangsjahren der Republik selbst erledigten. Während der Kolonialzeit gab es selbst in den Großstädten wenige Polizisten oder Feuerwehrmänner. Die Regierung stellte damals auch keine Straßenlam-



Die Feuerwehr bekämpft ein Feuer in drei Reihenhäusern in Montgomeryville (Pennsylvania). Der Brandschutz fällt in den Vereinigten Staaten unter die Verantwortung der Kommunalregierungen.

pen oder Straßenreinigungskräfte. Größtenteils bewachen die Menschen ihren Besitz selbst und kümmern sich um die Bedürfnisse ihrer Familien.

Die Befriedigung dieser Bedürfnisse gilt heute als Verantwortung der gesamten Gemeinschaft und wird vom Staat übernommen. Sogar in kleinen Städten werden die Aufgaben von Polizei, Feuerwehr, Sozialhilfe und Gesundheitsvorsorge von Staatshand ausgeübt. Daher rührt die verblüffende Menge an Zuständigkeiten. □



Wahlregistrierung in Los Angeles (Kalifornien)

KAPITEL

8

REGIERUNG DES VOLKES:

DIE ROLLE DES BÜRGERS

*„Es ist die Aufgabe des
Bürgers, die Regierung vor
Fehlritten zu bewahren.“
– Robert H. Jackson,
Bundesrichter des Obersten
Bundesgerichts der
Vereinigten Staaten,
American Communications
Association gegen Douds,
1950*

Mit dem Entwurf der amerikanischen Verfassung schufen die Gründungsväter 1787 ein neues Regierungssystem. Der – für die Zeit revolutionäre – dahinter stehende Gedanke scheint zunächst ganz einfach und logisch. Die Befugnis zu regieren geht direkt vom Volk aus, nicht durch Erstgeburtsrecht oder Waffengewalt, sondern durch freie und offene Wahlen der Bürger der Vereinigten Staaten. Das mag als Theorie nett und direkt klingen, aber die Praxis war bei weitem nicht so allumfassend. Die Frage der Wahlberechtigung komplizierte die Dinge von Anfang an: Wer sollte seine Stimme abgeben dürfen und wer nicht?

Die Gründungsväter waren natürlich Männer ihrer Zeit. Für sie war es selbstverständlich, dass nur Personen mit einem wirtschaftlichen Interesse an der Gesellschaft eine Stimme bei der Entscheidung darüber haben sollten, wer diese Gesellschaft regiert. Da die Aufgabe der Regierung der Schutz von Eigentum und persönlicher Freiheit ist, sollten ihres Erachtens die an ihrer Wahl beteiligten etwas von beidem besitzen.

Das bedeutete zu der Zeit, dass nur weiße, protestantische Männer mit Grundbesitz wählen durften. Frauen, Arme, zur Arbeit verpflichtete Bedienstete, Katholiken, Juden, Sklaven aus Afrika oder amerikanische Ureinwohner – sie alle durften nicht wählen. „Frauen wurden ebenso wie Sklaven und Bedienstete über ihre Abhängigkeit definiert“, erklärt Historiker Michael Schudson. „Die Staatsbürgerschaft erhielt nur, wer Herr über sein eigenes Leben war.“ Aufgrund dieser Einschränkungen wählten nur ungefähr sechs Pro-

zent der Bevölkerung der brandneuen Vereinigten Staaten 1789 George Washington zum ersten Präsidenten des Landes.

Obwohl diese neuen Amerikaner auf die Tatsache stolz waren, dass sie das Königtum und den Adelsstand abgeschafft hatten, ordnete sich das „gewöhnliche Volk“ zunächst noch dem „Adel“ unter. Mitglieder reicher Familien mit guten Beziehungen wurden deshalb meist ohne viel Widerspruch in politische Ämter gewählt. Diese Situation dauerte jedoch nicht lange an. Das Konzept der Demokratie erwies sich als so mächtig, dass es sich nicht beschränken ließ, und die nicht so Reichen mit nicht so guten Beziehungen begannen zu glauben, dass auch sie die Möglichkeit haben sollten, mitzuzusprechen.

DIE ERWEITERUNG DES WAHLRECHTS

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde die Politik in den Vereinigten Staaten langsam aber sicher immer integrativer. Die alten Gebräuche wurden obsolet, Gruppen, die zuvor ausgeschlossen waren, beteiligten sich am politischen Prozess und das Wahlrecht wurde Stück für Stück mehr und mehr Menschen erteilt. Zunächst wurden Einschränkungen aufgrund von Religion und Eigentum abgeschafft, so dass bis Mitte des Jahrhunderts fast alle erwachsenen, weißen Männer wählen durften.

Dann, nach dem Bürgerkrieg (1861–1865) wegen der Frage der Sklaverei, veränderten drei Zusätze zur amerikanischen Verfassung Wirkungsbereich und Wesen der amerikanischen Demokratie maßgeblich. Mit dem 1865 ratifizierten 13. Verfassungszusatz wurde die Sklaverei



Ein Plakat der *League of Women Voters* fordert Frauen auf, ihr im 19. Verfassungszusatz 1920 gewährt Wahlrecht auszuüben.

abgeschafft. Der 1868 ratifizierte 14. Zusatz erklärte alle in den Vereinigten Staaten geborenen oder eingebürgerten Personen zu Staatsbürgern des Landes und des Bundesstaats, in dem sie lebten, und legte fest, dass ihr Recht auf Leben, Freiheit, Eigentum und Gleichheit vor dem Gesetz von der Bundesregierung durchgesetzt werden müsse. Der 1870 ratifizierte 15. Verfassungszusatz untersagte der Bundes- und den Landesregierungen die Diskriminierung potenzieller Wähler aufgrund von Rasse, Hautfarbe oder vorherigem Dienstbarkeitsverhältnis.

Das entscheidende Wort „Geschlecht“ wurde nicht erwähnt – und das nicht aus Versehen; den Frauen blieb das Wahlrecht daher weiterhin verwehrt. Die Erweiterung des Wahlrechts auf ehemalige Sklaven verließ der lange vor sich hin dümpelnden Kampagne für das Frauenwahlrecht neuen Schwung. Dieser Kampf wurde schließlich 1920 gewonnen, als der 19. Verfassungszusatz bestimmte, dass das Wahlrecht nicht „aufgrund des Geschlechts“ versagt werden könne.

Ironischerweise war damit die Situation umgekehrt worden. Frauen durften nun wählen, aber viele schwarze Amerikaner nicht. Anfang der Neunzigerjahre des 19. Jahrhunderts hatten Weiße aus dem Süden Schwarze durch Wahlbestimmungen wie die „Großvaterklausel“ (die Lesetests für alle Bürger vorschrieb, deren Vorfahren vor 1868 nicht wählen durften), die Erhebung einer Wahlsteuer und oft genug durch körperliche Einschüchterung systematisch aus der Wahlpolitik entfernt. Diese Entrechtung bestand weit in das 20. Jahrhundert hinein. Die Bürgerrechtsbewegung, die in den fünfziger Jahren begann, führte zum Wahlrechtsgesetz von 1965 (*Voting Rights Act*), einem Bundesgesetz, das unfaire Wahlverfahren gesetzlich verbot und das Justizministerium zum Aufsichtsorgan über die Wahlen im Süden bestimmte. Der 1964 ratifizierte 24. Verfassungszusatz schaffte die Erhebung einer Steuer als Voraussetzung für die Teilnahme an Wahlen ab, womit eine der wenigen verbleibenden Methoden eliminiert wurde, mit der die Staaten versuchten, die Wahlbeteiligung von

Fortsetzung auf Seite 114

POLITISCHE PARTEIEN

Einem Großteil der amerikanischen Gründerväter widerstrebt die Idee politischer Parteien, widerstreitender „Faktionen“, die ihres Erachtens sicher mehr daran interessiert wären, miteinander zu wetteifern, als für das Allgemeinwohl zu arbeiten. Sie wollten, dass die Bürger ohne die Einmischung organisierter Gruppen einzelne Kandidaten wählen – aber so sollte es nicht kommen.

In den Neunzigerjahren des 17. Jahrhunderts hatten sich bereits unterschiedliche Ansichten zum richtigen Kurs des neuen Landes herausgebildet, und die Vertreter unterschiedlicher Standpunkte versuchten, Unterstützung für ihre Sache zu gewinnen, indem sie sich zusammenschlossen. Die Anhänger Alexander Hamiltons nannten sich *Federalists*, sie befürworteten eine starke Bundesregierung, die die Interessen des Handels und der Wirtschaft unterstützen würde. Die Anhänger Thomas Jeffersons nannten sich Demokratische Republikaner; sie zogen der Bundesregierung einen dezentralisierten Agrarstaat mit begrenzten Befugnissen vor. Bis 1828 waren die *Federalists* als Organisation verschwunden, sie wurden durch die *Whigs* ersetzt, die beim Wahlkampf aus dem Widerstand gegen die Wahl von Präsident Jackson in diesem Jahr entstanden. Die Demokratischen Republikaner wurden zu Demokraten, und das heute noch bestehende Zweiparteiensystem war geboren.

In den Fünfzigerjahren des 18. Jahrhunderts stand die Sklaverei im Mittelpunkt, wobei insbesondere die Frage streitig war, ob Sklaverei in den neuen Staatsgebieten im Westen des Landes erlaubt werden sollte. Die *Whig*-Partei legte sich bei diesem Thema nicht fest, und das war ihr Todesurteil; sie wurde 1854 durch die Republikanische Partei ersetzt, deren Hauptziel die Abschaffung der Sklaverei im gesamten Staatsgebiet war. Schon sechs Jahre später gewann diese Partei mit Abraham Lincoln 1860 die Präsidentschaftswahl. Bis dahin hatten sich die Parteien als vorherrschende politische Organisationen des Landes etabliert, und die Parteizugehörigkeit war im Bewusstsein der meisten Menschen ein wichtiger Faktor geworden. Die Parteigezogenheit wurde vom Vater auf den Sohn übertragen und Aktivitäten der Parteien – darunter spektakuläre Wahlkampfveranstaltungen mit Märschen und Fackelparaden – wurden zu einem Teil des gesellschaftlichen Lebens vieler Gemeinden.

Bis in die Zwanzigerjahre des 19. Jahrhunderts hatten diese ausgelassenen folkloristischen Veranstaltungen allerdings nachgelassen. Kommunale Reformen, Reformen des öffentlichen Dienstes, Gesetze gegen Korruption und die

Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl zur Verringerung der Macht der Politiker bei den nationalen Parteitagungen hatten zu einem saubereren politischen System beigetragen – der Politik aber auch ein wenig den Spaß genommen.

Warum gibt es in diesem Land heute nur zwei politische Parteien? Die meisten Amtsinhaber werden in den Vereinigten Staaten nach reinem Mehrheitswahlrecht (*single-member district system*) gewählt, indem sie ihre Gegner in dem so genannten „*first-past-the-post*“-System aus dem Feld schlagen, ohne dass die Stimmen nach dem Verhältniswahlrecht Niederschlag finden. Dies führt zur Schaffung eines Duopols: Eine Partei ist an der Macht, die andere nicht. Wenn sich diejenigen, die nicht an der Macht sind, zusammenschließen, haben sie eine bessere Chance gegen die Machthaber. Gelegentlich erhalten dritte Parteien einen gewissen Anteil der Stimmen, zumindest eine Zeit lang. Die erfolgreichste dritte Partei war in den letzten Jahren die Reformpartei von H. Ross Perot, die in den Präsidentschaftswahlen 1992 und 1996 mäßigen Erfolg hatte. Jesse Ventura war der erste Kandidat der Reformpartei, der 1998 mit seiner Wahl zum Gouverneur von Minnesota Wahlen in einem Bundesstaat gewann. Dritte Parteien haben es allerdings schwer, da eine oder beide der großen Parteien oft ihre populärsten Themen aufgreifen und damit auch ihre Wähler übernehmen.

„In den Vereinigten Staaten decken die beiden politischen Etiketten – Demokrat oder Republikaner – fast alle Inhaber öffentlicher Ämter ab, und deshalb werden die meisten Wähler überall im Namen der beiden Parteien mobilisiert“, erläutert Nelson W. Polsby, Professor für Politikwissenschaft in dem Buch *New Federalist Papers: Essays in Defense of the Constitution*. „Demokraten und Republikaner sind jedoch nicht überall gleich. Teils subtile, teils offensichtliche Unterschiede in den 50 verschiedenen politischen Kulturen der Bundesstaaten haben erhebliche allgemeine Unterschiede in der Bedeutung dessen zur Folge, was es heißt, Demokrat oder Republikaner zu sein oder die jeweilige Partei zu wählen. Diese Unterschiede legen nahe, dass man Recht haben mag, wenn man das amerikanische Zweiparteiensystem eine Maske für ein System mit etwa 100 Parteien nennt.“



Diese Zeichnung eines Wahllokals in Washington aus dem Jahr 1867 zeigt Afroamerikaner bei der Stimmabgabe in einer Kommunalwahl und einen afroamerikanischen Wahlrichter am Tisch sitzend.

Afroamerikanern oder Armen zu verweigern.

Zur Erweiterung des Wahlrechts wurde eine letzte Änderung der Verfassung vorgenommen. Die amerikanische Beteiligung am Vietnamkrieg in den Sechziger- und Anfang der Siebzigerjahre verliehen einem zunächst im Unabhängigkeitskrieg erörterten und bei jedem Krieg seitdem immer wieder aufgenommenen Gedanken neuen Auftrieb, dass Menschen, die alt genug sind, um für ihr Land in den Krieg zu ziehen, auch alt genug sind, um zu wählen. Der 1971 ratifizierte, 26. Verfassungszusatz senkte das Wahlrecht von 21 auf 18

Jahre. Jetzt sind fast alle erwachsenen Staatsbürger der Vereinigten Staaten über 18 Jahre wahlberechtigt, unabhängig davon, ob sie im Land geboren oder eingebürgert wurden. Gesetzliche Einschränkungen gibt es lediglich für einige ehemalige Straftäter und für Entmündigte.

DIREKTE DEMOKRATIE

Die wichtigste Frage der amerikanischen Wahlpolitik ist dieser Tage nicht, wer wählen darf, sondern wie viele Wahlberechtigte sich tatsächlich die Zeit nehmen und die Mühe machen, zur Wahl zu gehen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Antwort hierauf – bei Präsidentschaftswahlen – etwa die Hälfte. Bei den Wahlen 1876 erreichte die Wahlbeteiligung das historische Hoch von 81,8 Prozent. In den Achtziger- und Neunzigerjahren des 19. Jahrhunderts belief sie sich im Durchschnitt auf etwa 80 Prozent, aber dann begann der allmähliche Rückgang, und 1924 wurde mit 48,9 Prozent der niedrigste Stand erreicht. Die *New Deal Coalition* der Demokratischen Partei während der Weltwirtschaftskrise in den Dreißigerjahren führte zu einer Wiederbelebung des Wählerinteresses und zu einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von um die 60 Prozent. 1968 begann die Wahlbeteiligung wieder zu sinken, der niedrigste Stand wurde mit 49,1 Prozent bei der Präsidentschaftswahl 1996 erreicht.

Die Tatsache, dass viele Menschen nicht zur Wahl gehen, wird von vielen als Besorgnis erregend empfunden. „Zurzeit gibt es das in Meinungsumfragen und durch Beschwerden mündiger Bürger

geäußerte weit verbreitete Gefühl, dass das amerikanische Wahlsystem in Schwierigkeiten ist“, erläutert der Politikwissenschaftler A. James Reichley in seinem Buch *Elections American Style*. „Einige sind der Meinung, dass diese Schwierigkeiten geringfügiger Natur sind und durch moderate Reformen behoben werden können, andere sind der Ansicht, sie reichen tiefer und erfordern weit reichende politische Maßnahmen, womöglich einhergehend mit umfassenden Änderungen der allgemeinen gesellschaftlichen Ordnung. Zu den Beschwerden zählen die enormen Kosten und Dauer der Wahlkämpfe, die Macht der Medien in Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung der Kandidaten sowie die ungebührliche Einflussnahme von „Sonderinteressen auf Nominierungen und allgemeine Wahlen“.

Viele Kommentatoren glauben, dass das amerikanische Wahlsystem mehr direkte und weniger repräsentative Demokratie benötigt. Im Fernsehen ausgestrahlte Zusammenkünfte beispielsweise, bei denen die Wähler direkt mit den gewählten Politikern und Kandidaten sprechen können, wurden als Stärkung der Rechte der Wähler angepriesen. Abstimmungsinitiativen (*ballot initiatives*), Referenden und Abberufungswahlen werden immer mehr eingesetzt. Die genauen Mechanismen unterscheiden sich von Bundesstaat zu Bundesstaat, aber im Allgemeinen ermöglichen die Initiativen den Wählern die Umgehung der Legislative ihres Bundesstaats durch die Sammlung einer ausreichenden Anzahl von Unterschriften für Peti-

tionen, um Gesetzesvorschläge oder in einigen Staaten Vorschläge für Verfassungsänderungen direkt auf den Stimmzettel zu setzen. Referenden erfordern es, dass bestimmte Arten von Gesetzen, beispielsweise zur Mittelbeschaffung durch Ausgabe von Wertpapieren, zur öffentlichen Billigung auf den Stimmzettel gesetzt werden. Außerdem können Referenden für die Rücknahme von Gesetzen eingesetzt werden, die bereits von der Legislative des Bundesstaates verabschiedet wurden. Mit einer Abberufungswahl können die Bürger entscheiden, ob ein Amtsinhaber vor dem regulären Ablauf seiner Amtszeit abgewählt wird.

Die mittlerweile von 24 Staaten zugelassenen Initiativen waren besonders im Westen populär – sie wurden 300 Mal in Oregon, mehr als 250 Mal in Kalifornien und fast 200 Mal in Colorado angewandt. Auf den Stimmzetteln der verschiedenen Staaten erschien ein breites Themenspektrum, darunter Regelungen zu Berufen und Unternehmen, Antirauchergesetze, Versicherungsraten für Kraftfahrzeuge, Abtreibungsrechte, legalisiertes Glücksspiel, die medizinische Verwendung von Marihuana, der Einsatz von Atomkraft und Waffenkontrolle.

STAATSBÜRGERLICHE VERANTWORTUNG

Die Bürger der Vereinigten Staaten haben ganz eindeutig viele Rechte, die ihnen von allen Völkern als wertvoll betrachtete Freiheiten einräumen: die Freiheit, zu denken, was sie möchten; diese Meinung auszusprechen – einzeln ihrem gewählten Vertreter gegenüber oder gemeinsam in

kleinen oder großen Versammlungen; jede beliebige Religion oder gar keine Religion auszuüben; der Schutz vor unbilligen Durchsuchungen ihrer Person, ihrer Wohnungen oder ihrer privaten Unterlagen. Allerdings gehen gemäß der Theorie der demokratischen Regierung mit diesen Rechten Pflichten einher: die Beachtung der Gesetze; die Entrichtung gesetzlich auferlegter Steuern; der Dienst als Geschworener, wenn man dazu aufgerufen wird; die Information über Themen und Kandidaten sowie die Ausübung des Wahlrechts, dass mit so viel Mühe und Tränen erkämpft wurde.

Eine weitere wichtige Pflicht ist der öffentliche Dienst. Millionen amerikanischer Männer und Frauen sind in die Streitkräfte eingetreten, um ihr Land in Zeiten nationaler Krisenfälle zu verteidigen. Weitere Millionen haben in Friedenszeiten gedient, um die militärische Stärke des Landes zu bewahren. Junge und alte Amerikaner sind dem *Peace Corps* und anderen Freiwilligenorganisationen beigetreten, um im In- und Ausland soziale Dienste zu leisten.

Die Verantwortung, durch deren Übernahme am dauerhaftesten etwas bewirkt werden kann, ist jedoch die Teilnahme am politischen Prozess. „Befürworter der partizipatorischen Demokratie argumentieren, dass eine verstärkte Bürgerbeteiligung an der Entscheidungsfindung in der Gemeinde und am Arbeitsplatz wichtig ist, um die eigene Rolle und Verantwortung als Bürger innerhalb einer größeren Gemeinschaft zu erkennen“, erklärt Craig Rimmerman, Professor für Politikwissenschaft, in seinem

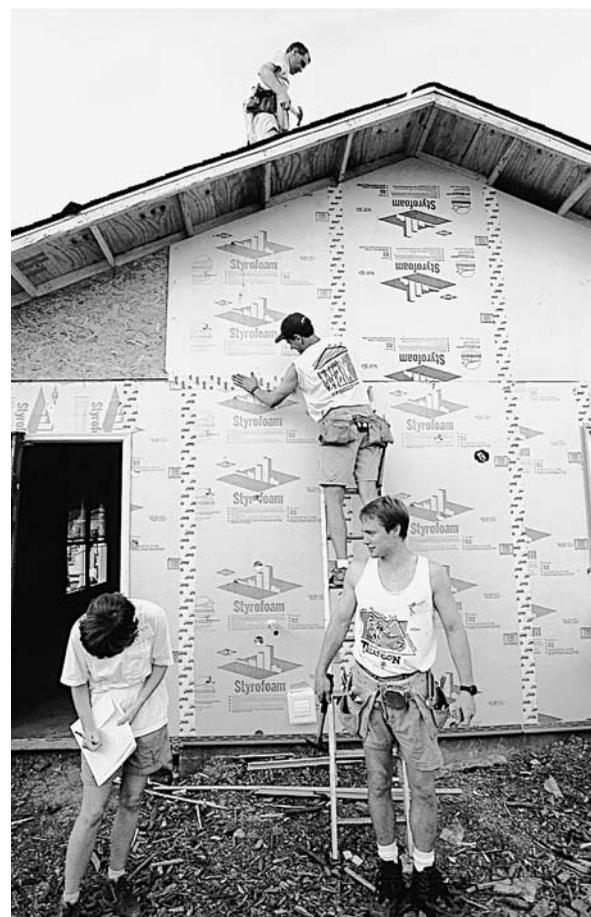
Buch *The New Citizenship: Unconventional Politics, Activism, and Service*.

„Bei Gemeindetreffen erfahren Bürger beispielsweise etwas über die Bedürfnisse anderer Bürger. In einer wirklich partizipatorischen Umgebung handeln die Bürger nicht nur als selbständige Einzelpersonen, die eigene Interessen verfolgen, sondern sie verknüpfen durch einen Prozess der Entscheidungsfindung, der Debatte und des Kompromisses letztendlich ihre eigenen Anliegen mit denen der Gemeinschaft.“

Tom Harkin, US-Senator aus Iowa, meint, dass die Art von Aktivisten, die frühere Bürgerrechts-, Anti-Vietnamkriegs- und Umweltbewegungen anheizten, ihre Energie jetzt „näher zu Hause einsetzen, ihre Nachbarn zum Kampf für Anliegen wie bessere Wohnungen, faire Besteuerung, niedrigere Versorgungskosten und die Beseitigung von Giftmüll organisieren... Über Barrieren aufgrund von Ethnie, Schicht oder Geografie hinweg haben diese Maßnahmen Millionen von Menschen gezeigt, dass gemeinsame Interessen die Unterschiede weit aus überwiegen. [Für sie alle] ist die Botschaft der Bürgerinitiativen die gleiche: ‚Nicht ärgern, nicht frustriert sein, nicht aufgeben. Organisieren und kämpfen.‘“

VIRTUELLE COMMUNITIES

Einige interessierte amerikanische Wähler bleiben durch den Kontakt mit ihren gewählten Vertretern involviert, insbesondere mit dem Präsidenten und ihren Senatoren und Abgeordneten. Sie schreiben Briefe, schicken Telegramme, telefonieren und suchen die jeweilige



Freiwillige der Organisation *Habitat for Humanity* bauen in Houston (Texas) ein Haus. *Habitat* ist eine von tausenden von Freiwilligenorganisationen in den Vereinigten Staaten, durch die Bürger zur Verbesserung ihrer Gemeinden beitragen.

Person in ihrem Büro auf, sei es in Washington, im Heimatbundesstaat oder im Bezirk. In den letzten Jahren ist allerdings ein neues Kommunikationsmedium aufgetreten, das den Wählern außergewöhnliche Macht verleiht – die Macht zu erfahren, was auf der Welt geschieht, diese Ereignisse zu kommentieren und zu versuchen, die Dinge, die ihnen nicht

gefallen, zu ändern. Das Medium ist das Internet, das World Wide Web, die Datenautobahn. Wie man es auch nennen mag, es hat die Politik in den Vereinigten Staaten rapide und unwiderruflich verändert.

Das Internet kann auch ein „mächtiges Instrument für kollektive Maßnahmen sein, wenn wir es so nutzen wollen“, sagt der politische

Aktivist Ed Schwartz in seinem Buch *NetActivism: How Citizens Use the Internet*. „Es hat das Potenzial, zum mächtigsten Instrument für politische Organisation seit 50 Jahren zu werden und zu einem, das jeder Bürger anwenden kann. [Was] Gemeindeaktivisten oft am meisten benötigen, sind konkrete Informationen, über Regierungsbehörden und bestimmte Programme sowie darüber, wie das politische System funktioniert. Diese Informationen finden sie ganz einfach und praktisch kostenlos im Internet.“



EnviroLink und *Neighborhoods Online* sind zwei Internet Websites, die Menschen mit gemeinsamen Interessen aus allen Teilen der Vereinigten Staaten und aus der ganzen Welt zusammenbringen.

„Virtuelle Communities“ von Männern und Frauen mit ähnlichen Interessen, die womöglich tausende von Meilen voneinander entfernt wohnen und anders nie voneinander gehört hätten, kommen jetzt im Internet zusammen. Oft treffen sich diese Menschen nie persönlich, aber sie lernen sich über regelmäßigen intel-

lektuellen Austausch über die ihnen am meisten am Herzen liegenden Themen im Laufe der Zeit sehr gut kennen.

Eine weitere tief greifende Veränderung ist der schnelle Zugang zu Informationen über Regierung, Politik und Themen über das Internet, die vorher nicht verfügbar waren, oder zumindest für die meisten nur schwer auffindbar.

EnviroLink beispielsweise ist eine Website zu Umweltfragen. Gemeindeorganisationen erfahren auf dieser Seite konkrete Fakten über

Themen wie Treibhausgasemissionen, Sondermüll oder giftige Chemikalien. In der Vergangenheit mussten sich diese Gruppen womöglich darauf



beschränken, allgemein über diese Probleme zu sprechen. Über *EnviroLink* ist nun detailliertes Recherche-material unmittelbar verfügbar. Die Website bietet Zugang zu bildungspolitischen Ressourcen, Regierungsbehörden, Umweltorganisationen und Veröffentlichungen, alles nach Themen sortiert. *EnviroLink* bietet auch Informationen und Ratschläge zur Ergreifung direkter Maßnahmen, indem Namen und E-Mail-Adressen von Kontaktpersonen zu konkreten Umweltbelangen zur Verfügung

gestellt werden. Außerdem gibt es „Chatrooms“, in denen Diskussionen geführt und Gedanken ausgetauscht werden können.

Aktivisten auf lokaler Ebene empfinden das Internet als besonders hilfreich. Diese Personen engagieren sich politisch für die Verbesserung der Bedingungen in ihren eigenen Nachbarschaften und Gemeinden. Sie organisieren die Verschönerung ihrer Nachbarschaft, Mülltrennung, Gruppen zur Sicherung der Nachbarschaft und Programme zur Vermittlung von Lese- u. Schreibkenntnissen für Erwachsene. „Ziel ist es nicht nur, einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten“, sagt Ed Schwartz, „obwohl das ein Faktor ist. Sie sind ganz einfach der Meinung, dass gesunde Gemeinschaften nur möglich sind, wenn die Anwohner durch persönliches Engagement zu ihrem Wohlergehen beitragen.“

Ein Beispiel dafür, wie diese Personen das Internet nutzen, ist *Neighborhoods Online*, eine von Schwartz gestaltete Website zur Förderung von Nachbarschaftshilfe in den Vereinigten Staaten. Hunderte von Menschen besuchen diese Website jeden Tag, darunter Organisatoren, Mitarbeiter gemeinnütziger Organisationen, gewählte Vertreter, Journalisten, Lehrkräfte und Studenten von Colleges sowie ganz normale Bürger, die nach neuen Lösungsansätzen für Probleme in ihrer Nachbarschaft suchen.

„Wir haben bescheiden angefangen“, so Schwartz, „und nun einen Punkt erreicht, an dem fast jedes Gemeindeentwicklungsunternehmen, jedes Nachbarschaftsberatungskomitee, jedes Alphabetisierungspro-

gramm für Erwachsene, jede Ausbildungsagentur und jeder Dienstleister bereits online ist oder versucht herauszufinden, wie er dahin kommt.“

PRIVATE INTERESSEGRUPPEN

Die oben erwähnten und andere, ähnliche Gruppen werden öffentliche Interessengruppen genannt, da sie sich für ein Allgemeinwohl einsetzen, das nicht notwendigerweise ihren eigenen Mitgliedern zugute kommt. Das bedeutet nicht, dass die von derartigen Gruppen vertretenen Standpunkte immer richtig sind, sondern, dass der Anteil an profitablen oder selektivem Eigeninteresse niedrig ist.

Private Interessengruppen andererseits haben normalerweise ein wirtschaftliches Interesse an den von ihnen vertretenen Grundsätzen. Unternehmensorganisationen begrüßen niedrige Unternehmenssteuern und Beschränkungen des Streikrechts, während Gewerkschaften Gesetze zum Mindestlohn und zum Schutz der Tarifverhandlungen befürworten. Im Mittelpunkt des Interesses anderer privater Interessengruppen – wie Kirchen und ethnische Gruppen – stehen allgemeinere grundsätzliche Themen, die ihre Organisationen oder Überzeugungen betreffen.

Eine Art privater Interessengruppe, die in den letzten Jahren an Mitgliedern und Einfluss gewann, ist das politische Aktionskomitee (*political action committee* – PAC). Hierbei handelt es sich um unabhängige Gruppen, die sich auf ein einziges Anliegen oder eine Reihe von Anliegen gründen und Geld für Wahlkampagnen für den Kongress oder die Präsi-

Fortsetzung auf Seite 122

Medien



Präsidentschaftskandidaten Richard Nixon (links) und John F. Kennedy (mit dem Rücken zur Kamera) bereiten sich 1960 auf ihre historische Fernsehdebatte vor.

Die Amerikaner erkannten früh die grundlegende Bedeutung eines unkomplizierten Zugangs zu Informationen für das ordnungsgemäße Funktionieren ihrer neuen Demokratie. Ohne diesen Zugang könnten sie keine sachkundigen Entscheidungen über Kandidaten und Politik treffen. Wenn sie effektiv sein sollen, müssen diese Informationen zudem leicht verfügbar und weit verbreitet sein.

Die Antwort auf diesen Bedarf waren Zeitungen. Die erste Tageszeitung der Vereinigten Staaten erschien 1783 in Philadelphia (Pennsylvania). Bis 1800 hatte Philadelphia sechs Tageszeitungen, New York hatte fünf, Baltimore (Maryland) drei und Charleston (South Carolina) zwei. Fast 250 weitere Zeitungen – hauptsächlich Wochenzeitungen – erscheinen in allen Teilen des Landes. Bis 1850 gab es 2.000 Zeitungen, darunter 200 Tageszeitungen.

Die Unbeirrbarkeit unabhängiger Journalisten führte von Anfang an zu Konflikten mit vielen amerikanischen Politikern. George Washington schrieb 1792: „... wenn die Regierung und ihre Beamten ständig von den Zeitungen beschimpft werden, ohne dass diese sich herablassen, Beweggründe oder Fakten zu ermitteln, wird es meines Erachtens keinem lebenden Menschen möglich sein, das Staatsruder in der Hand oder den ganzen Apparat zusammenzuhalten.“ Andererseits erkannten die Politiker die entscheidende Rolle der Medien bei der Informierung der Bürger. Thomas Jefferson schrieb 1787: „...wäre es mir überlassen zu entscheiden, ob es eine Regierung ohne Zeitungen oder Zeitungen ohne Regierung geben soll, würde ich nicht zögern, Letzteres vorzuziehen.“

Das Radio gewann 1924 an politischer Bedeutung, als die nationalen Parteitags zum ersten Mal live übertragen wurden. In diesem Jahr begannen die Partei-

en, für Radiowerbung zu bezahlen – die Republikaner gaben 120.000 Dollar aus, die Demokraten 40.000 Dollar. Vier Jahre später waren die Ausgaben der beiden Parteien auf eine Million Dollar gestiegen, womit die Aufwärtsspirale der Wahlkampfausgaben begann, die sich in den letzten Jahren noch beschleunigt hat.

George Gallup begann 1934, Meinungsumfragen in einer kleinen Auswahl von Schlüsselbezirken durchzuführen. Er war der Ansicht, dass diese Umfragen „eine schnelle und effiziente Methode seien, um Gesetzgebern, Pädagogen, Experten und Redakteuren wie auch normalen Bürgern im ganzen Land eine zuverlässigeres Maß des Pulses der Demokratie zu geben.“ Heute sind Meinungsumfragen sehr viel ausgefeilter, da die Fragestellungen unter Berücksichtigung der Erfahrungswerte differenzierter wurden und die Analyse durch die Einführung moderner Technologie unterstützt wird. Trotz gelegentlicher Fehler werden Meinungsumfragen generell als effektive Methode zur Ermittlung der öffentlichen Meinung gesehen.

Die erste Fernsehübertragung eines Parteitags fand 1940 mit 100.000 Zuschauern statt. In den Fünfzigerjahren erreichte das Fernsehen dann schon ein Drittel aller amerikanischen Haushalte. Die beiden Parteien gaben 1952 während des Wahlkampfes 3,5 Millionen Dollar für Fernsehwerbung aus, wobei die Republikaner die Demokraten in ihren Ausgaben immer noch weit übertrafen. Die Debatten zwischen Kennedy und Nixon 1960 entschieden die ausschlaggebende Rolle des Fernsehens für moderne Wahlkämpfe.

„Fernsehen ist für die meisten Amerikaner zur wichtigsten Informationsquelle geworden“, erläutert der britische Historiker Philip John Davies in *Elections USA*. „Kandidaten für wichtige Ämter, die eine maßgebliche Wirkung erzielen wollen, können es sich nicht erlauben, die Berichterstattung im Fernsehen zu ignorieren oder sich die Chance der Werbung in diesem Medium entgehen lassen... Zudem erwartet die Öffentlichkeit heute zumindest von den Kandidaten für wichtige Ämter einen Fernsehauftritt; ein Kandidat für ein Amt im Kongress, im Bundesstaat oder sogar für ein wichtiges kommunales Amt kann immer noch sehr effektiv im Rundfunk und in den Printmedien werben, aber ohne Fernsehwerbung erscheint der Wahlkampf kaum glaubhaft.“

deutscher Partei spenden. Die PACs dürfen den Kandidaten in Bundeswahlen nur einen begrenzten Betrag spenden. Allerdings gibt es keine Beschränkung des Betrags, den PACs für die unabhängige Vertretung eines Standpunktes oder für die Unterstützung der Wahl eines Kandidaten in ein Amt ausgeben dürfen. Heute gibt es tausende von PACs.

„Die politischen Parteien fühlen sich durch die exponentiell ansteigende Zahl von Interessengruppen bedroht. Immer zahlreicher betreiben sie ihre Büros von Washington aus und stellen sich beim Kongress und den Bundesministerien direkt vor“, erläutert Michael Schudson in seinem Buch *The Good Citizen: A History of American Civic Life*. „Viele Organisationen, die ein Auge auf Washington haben, erwarten von den Bürgern moralische und finanzielle Unterstützung. Da sich viele von ihnen auf wenige oder womöglich nur ein Thema konzentrieren, oft auf ein einziges Anliegen mit enormem emotionalen Gewicht, stehen sie mit den Parteien in einem Wettbewerb um Geld, Zeit und Leidenschaften der Bürger.“

Mit den immer teurer werdenden Wahlkämpfen nehmen die für diese „Sonderinteressen“ ausgegebenen Beträge immer mehr zu. Viele Amerikaner haben das Gefühl, dass diese vermögenden Interessenvertreter – seien es Unternehmen, Gewerkschaften oder zur Unterstützung von bestimmten Standpunkten organisierte PACs – so mächtig werden, dass normale Bürger diesem Einfluss nichts entgegensetzen können.

Aber sie können etwas tun. Sie können sich informieren und dann anhand dieser Informationen handeln. Die Nutzung des Internets ist vielleicht die schnellste und effizienteste Methode, um den gewählten Vertreter im Auge zu behalten. Innerhalb von Minuten kann man so herausfinden, welche „Sonderinteressen“ politische Spenden an einen Vertreter geleistet haben und wie der Vertreter bei Gesetzen in letzter Zeit gestimmt hat. Die Bürger können dann diese Informationen nutzen und ihre eigene Meinung kundtun.

Eine Tatsache des politischen Lebens ist, dass Nachdenken über Themen, das Zusammenbringen von Informationen hierüber, und die Diskussion mit Freunden und Nachbarn die Handlungsweise – oder, wichtiger noch, das Abstimmungsverhalten – von gewählten Vertretern nicht beeinflussen. Diesen Vertretern ist allerdings sehr daran gelegen, dass diejenigen, die sie gewählt haben, sie wieder wählen. Wenn Briefe, Telefonanrufe, Faxnachrichten und E-Mails von Wählern eintreffen, findet das sehr wohl Beachtung. Es sind immer noch die Bürger, jeder mit seiner Stimme, wann immer er sie abzugeben wünscht, die die ultimative Macht haben.

Der Weg von 1787 über den Entwurf einer amerikanischen Verfassung bis in die Gegenwart war nie ein gerader. Die Wähler wurden von Leidenschaften und Ereignissen zunächst in die eine, dann in die andere Richtung gerissen. Aber irgendwann fanden sie immer den Weg zurück in die Mitte. Irgendwo

zwischen dem Pragmatischen und dem Idealen, zwischen dem Lokalen und dem Nationalen, zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, zwischen Egoismus und Altruismus, zwischen den Rechten der Bundesstaaten und dem Wohlergehen der Nation als Ganzes gibt es Gemeinsamkeiten, auf

denen die Amerikaner im Laufe der Jahre ein starkes, prosperierendes, freies Land aufgebaut haben – ein Land mit Fehlern, sicherlich, das aber immer von der Aussicht auf bessere Zeiten in der Zukunft angetrieben wird. □

Literaturhinweise zum amerikanischen Regierungssystem

Abraham, Henry J.

Justices, Presidents, and Senators: A History of the U.S. Supreme Court Appointments From Washington to Clinton. 4th ed. Lanham, Maryland: Rowman and Littlefield, 1999.

Baum, Lawrence

Supreme Court. Washington, D.C.: CQ Press, 1997.

Bibby, John

Two Parties or More?: The American Party System. Boulder, Colorado: Westview Press, 1998.

Bowen, Catherine

Miracle at Philadelphia: The Story of the Constitutional Convention, May to September 1787. Boston, Massachusetts: Little Brown, 1986.

Boyte, Harry C., Heather Booth, and Steve Max

Citizen Action and the New American Populism. Philadelphia, Pennsylvania: Temple University Press, 1986.

Brinkley, Alan, Nelson W. Polsby, and Kathleen M. Sullivan

The New Federalist Papers: Essays in Defense of the Constitution. New York, New York: Norton, 1997.

Brookhiser, Richard

Alexander Hamilton, American. New York, New York: Free Press, 1999.

Carp, Robert A., und Ronald Stidham

Judicial Process in America. 4th ed. Washington, D.C.: CQ Press, 1998.

Davies, Philip

U.S. Elections Today. 2nd ed. New York, New York: Manchester University Press, 1999.

Edwards, George C.

Government in America: People, Politics, and Policy. 8th ed. New York, New York: Longman, 1999.

Fine, Toni M.

American Legal Systems: A Resource and Reference Guide. Cincinnati, Ohio: Anderson Publishing, 1997.

Fisher, Louis

Constitutional Conflicts Between Congress and the President. 4th ed. Topeka, Kansas: University Press of Kansas, 1997.

Fisher, Louis

The Politics of Shared Power: Congress and the Executive. 4th ed. College Station, Texas: Texas A & M University Press, 1998.

Friedman, Lawrence M.

American Law: An Introduction. 2nd ed. New York, New York: W.W. Norton, 1998.

Graber, Doris

Mass Media and American Politics. 5th ed. Washington, D.C.: CQ Press, 1997.

Greenstein, Fred

Leadership in the Modern Presidency. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, 1988.

Hall, Kermit, ed.

The Oxford Guide to United States Supreme Court Decisions. New York, New York: Oxford University Press, 1999.

Hanson, Russell, ed.

Governing Partners: State-Local Relations in the United States. Boulder, Colorado: Westview Press, 1998.

Hedge, David

Governance and the Changing American States. Boulder, Colorado: Westview Press, 1998.

Hoffman, Daniel

Our Elusive Constitution: Silences, Paradoxes, Priorities. New York, New York: SUNY Press, 1997.

Kurian, George T.

Historical Guide to the U.S. Government. New York, New York: Oxford University Press, 1997.

Loomis, Burdett

The Contemporary Congress. 2nd ed. New York, New York: St. Martins Press, 1998.

Mason, Alpheus

American Constitutional Law: Introductory Essays and Selected Cases. 12th ed. New York, New York: Prentice Hall, 1998.

Meador, Daniel J.

American Courts. St. Paul, Minnesota: West Publishing Co., 1991.

Nelson, Michael

The Presidency and the Political System. 5th ed. Washington, D.C.: CQ Press, 1998.

Notess, Greg R.

Government Information on the Internet. 2nd ed. Lanham, Maryland: Bernan Press, 1998.

O'Brien, David M.

Storm Center: The Supreme Court in American Politics. 5th ed. New York, New York: W.W. Norton, 1999.

Perloff, Richard M.

Political Communication: Politics, Press, and Public in America. Mahwah, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates, 1998.

Polsby, Nelson

Presidential Elections: Strategies and Structures of American Politics. 9th ed. Chatham, New Jersey: Chatham House, 1996.

Reichley, A. James, ed.

Elections American Style. Washington, D.C.: The Brookings Institution, 1997.

Relyea, Harold C., ed.

The Executive Office of the President: A Historical, Biographical, and Bibliographical Guide. Westport, Connecticut: Greenwood Press, 1997.

Rimmerman, Craig A.

The New Citizenship: Unconventional Politics, Activism, and Service. Boulder, Colorado: Westview Press, 1997.

Ripley, Randall

Readings in American Government and Politics. 3rd ed. Boston, Massachusetts: Allyn and Bacon, 1999.

Rogers, Donald, ed.

Voting and the Spirit of American Democracy: Essays on the History of Voting and Voting Rights in America. Urbana, Illinois: University of Illinois Press, 1992.

Rossiter, Clinton, ed.

The Federalist Papers, by Alexander Hamilton, James Madison, and John Jay. New York, New York: Mentor, 1999.

Schudson, Michael

The Good Citizen: A History of American Civic Life. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, 1999.

Schwartz, Ed

Net Activism: How Citizens Use the Internet. Sebastopol, California: Songline Studios, Inc., 1996.

Selnow, Gary W.

Electronic Whistle-Stops: The Impact of the Internet on American Politics. Westport, Connecticut: Praeger Press, 1998.

Van Horn, Carl

The State of the States. 3rd ed. Washington, D.C.: CQ Press, 1996.

Weisberg, Herbert, ed.

Great Theatre: The American Congress in the 1990s. Cambridge, England: Cambridge University Press, 1998.

Wilson, James

American Government: Institutions and Policies. 7th ed. Boston, Houghton Mifflin, 1998.

Woll, Peter, ed.

American Government: Readings and Cases. 13th ed. New York, New York: Longman, 1999.

Produced by the Regional Program Office, Vienna
RPO 2006-133 German
(Outline of U.S. Government)

Office of International Information Programs
UNITED STATES DEPARTMENT OF STATE
<http://usinfo.state.gov>

Office of International Information Programs
UNITED STATES DEPARTMENT OF STATE
<http://usinfo.state.gov>